Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 308 · 26. JAHRGANG · AUSGABE 12/20-1/21 VOM 16. DEZEMBER 2020 · ERSCHEINT MONATLICH · **2 EURO**

3 | **Rechte der Garageneigentümer gesichert**
»Populismus« war erfolgreich

12-14 | **Der Obus in Eberswalde**
Vorzüge und Behinderungen

23 | **Wirtschaft ist für alle da**
Was ist Gemeinwohl-Ökonomie?

Die grünen Bänder *von Bernau*

Wie Alleepflanzungen dem Erhalt der Stadtnatur auf die Sprünge helfen

Es ist schon lange kein Geheimnis mehr – Bernau wächst und wächst, daß fast die Nähte platzen. Klagen über den Verkehr oder die Bahn wechseln sich ab mit Beschwerden über den Baulärm, der schier in der ganzen Stadt nicht zu verschwinden scheint.

Ja, in Bernau nehmen nicht nur die Einwohnerzahl, die Anzahl der Wohnungen oder der Verkehr zu. Infrastruktur entsteht – wie auch das Leben – nicht nur einmal und für die Ewigkeit. Sie muß immer wieder erneuert werden. Dabei sind in den vergangenen Jahren gefühlt sehr viel mehr Bäume an den Straßenrändern durch Alterung, Umweltschäden oder schlicht einfach nur wegen Sturm zu Bruch gegangen. Bei gutem Platzregen laufen nicht nur Parks voll Wasser oder Teiche über, auch alte Baumbestände an Stadtmauer, Stadtpark, Wallanlagen und entlang zentrumsnaher Alleen müssen weichen oder fielen einfach um. Vielleicht haben die Bäume, die vielfach dem Kreis der altehrwürdigen Hundertjährigen angehören, eine Art Lebensader, die über die Jahre einen Instinkt entwickelt. Vielleicht gibt ja dieser Instinkt das Signal, wenn die Zeit gekommen ist, dem Menschenlärm auszuweichen oder dem Dieselgestank adé zu sagen? Doch fest gewurzelte Bäume haben nur einen einzigen Ausweg.

Ja, wer weiß das schon so genau? Nach einigen schweren Stürmen vor Jahren lassen sich deutlich vermehrte Aktivitäten der Stadt in der Pflege und beim Abholzen maroder Teile in allen Grünanlagen beobachten. Diverse Firmen setzen das ganze Jahr über ihre Geräte oder die Kletterseile in Szene. Sägen, Mulcher und Schreddermaschinen knattern um die Wette mit brummgröligen Laubbläsern der Hausmeisterfirmen. Doch ach – viel mehr als glatte Flächen und lichte Stellen sind damit nicht zu erzeugen. Pflegeschnitte sind nicht die einzigen Maßnahmen, die es zur Erhaltung eines gesunden Baumbestands bedarf. Das Umfeld muß nicht zuletzt einen ausgeglichenen Wasserhaushalt haben und neuen geeigneten Wuchs ermöglichen. So greift der Mensch gern helfend ein, sagt man.

Wie Herr Brandt vom Infrastrukturamt Bernau mitteilt, sind die Zeiten vorbei, wo er sich nur auf korrigierendes Abholzen oder das Wurzelfräsen von überaltertem Bewuchs konzentriert. Er leitet aktuell auch Maßnahmen zur Erneuerung des Baumbestands ein, und das in zweierlei Hinsicht. Alleebäume werden dort als Lückenschluß ersetzt, wo marode Bäume entfernt wurden. Zum anderen läßt seine Behörde Straßen und Fahrwege als klassische Allee aufwerten, die bislang nur eine rein verkehrliche Funktion erfüllten und am Rande bestenfalls einen Straßengraben aufweisen.

Das bislang bekannteste Projekt ist *»1000 Bäume für Bernau«*. Mit diesem EU-geförderten Programm sind 2020 bereits 900 Bäume in den Außenlagen der Stadt wie in Birkholz, Birkenhöhe und zwischen Albertshof und Thaerfelde neu angepflanzt worden. Doch bleiben diese Baumreihen nicht trostlos in der Landschaft stehen. Ein jeweils für zwanzig Jahre abgeschlossener Pflegevertrag sichert eine nachhaltige Betreuung zu sachgerechter Bewässerung und Pflege, bis die Gehölze ausreichende Stabilität entwickelt haben, um dauerhaft ihren Standort zu halten.

Foto: Thomas Tobler

Doch zurück nach Bernau. Was am Stadtrand für viele gewöhnliche Verkehrswege Luxus war, nämlich Bäume am Straßenrand, ist nun in dem einen oder anderen Fall sogar in greifbare Nähe gerückt. Wie Herr Brandt mitteilt, sind auch die verbleibenden 100 Bäume des EU-Förder-Programms nun an Ort und Stelle in die Erde gesetzt.

Vorbei ist damit die Zeit, wo der Wind ungehindert den Staub hinter den Feldern über den Asternweg (Ladeburg) jagte. Auch entlang der Püttenstraße (Schmetzdorf) sind Mitte des Novembers durchgehend neue Alleebäume eingesetzt worden. Eine Prachtallee. Die Bauwagen aus SAW wurden auch in der Fichtestraße gesichtet. Stadtauswärts rechterhand finden sich nun durchgehend Straßenbäume. Die externe Firma verbuddelte sie im Lückenschluß über den Grenzweg hinaus, der bislang die Gemarkungsgrenze zwischen Ladeburg und Bernau markierte. Das ist somit auch ein schönes Beispiel dafür, wie man doch zwei Bernauer Ortsteile durch ein grünes Band verbinden kann. Möge es gedeihen.

THOMAS TOBLER

Ruhige Zeiten

Der Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski hat es geschafft. Er konnte die Regel seiner Vorgänger, nach anderthalb Wahlperioden vom Volk demokratisch abgewählt zu werden, durchbrechen.

Selbst das böse Omen des Jahres 2017, als der 25. Juni – das Datum der Abwahl des ersten Nachwendebürgermeisters Dr. Hans Mai – wieder auf einen Sonntag fiel, überstand Friedhelm Boginski unbeschadet. Die Abwahl seines direkten Vorgängers Reinhard Schulz erfolgte 2006, da war der 25. Juni wieder ein Sonntag. Damals wurde extra darauf geachtet, daß die Abwahl nicht an diesem Tag, sondern drei Wochen später stattfand.

Ein Jahr vorher, 2016, hatte Boginski seinen bis dahin besten Mann geopfert. Ganz nach dem Vorbild von Landrat Ihrke, der in Krisenzeiten seinen einstigen engen Mitstreiter Thomas Engel in die Wüste geschickt hatte, um selber auf seinem Verwaltungsstuhl zu überleben. Der vormalige Verwaltungsdezernent und zwischenzeitlich von Boginski als Nachfolger im Bürgermeisteramt vorgesehene Bellay Gatzlaff hatte intern die Haushaltspolitik des Bürgermeisters kritisiert. Das konnte der Chef nicht dulden und so mußte Gatzlaff gehen, wie so manch anderer verwaltungsinterne Kritiker vorher – ungeachtet der Kosten, die der Stadt dabei entstanden. Seitdem kehrte in der Stadtverwaltung Ruhe ein.

Von seinen abgewählten Vorgängern hatte sich Friedhelm Boginski ohnehin seit Beginn seiner Bürgermeisterschaft positiv abgehoben. Er kann verständliche und zusammenhängende Sätze formulieren, ist kein Trottel und auch kein Säufer.

Nach zwei Wahlperioden – das sind insgesamt 16 Jahre – wird Boginski 2022 nicht wieder kandidieren. Um seinen Nimbus als erfolgreichster Nachwende-Bürgermeister aufrechtzuerhalten, wird er bis dahin Konflikten möglichst aus dem Weg gehen.

Die Eberswalderinnen und Eberswalder können davon profitieren, wie zum Beispiel bei der aktuellen Lösung des Garagenproblems. Auch durch den vom Bürgermeister akzeptierten Verzicht auf Mieterhöhungen im Bestand bei der WHG werden mögliche Konflikte vermieden.

Friedhelm Boginski ist klug. Er wird in den verbleibenden zwei Jahren alles tun, um Beschädigungen zu vermeiden. Das verspricht ruhige Zeiten. Für die Eberswalderinnen und Eberswalder kann das nur gut sein.

Sie sollten sich aber darauf vorbereiten, daß danach alles ganz anders sein kann. Sie sollten rechtzeitig prüfen, wem sie das Bürgermeisteramt anvertrauen wollen. Im neuen Jahr ist damit zu rechnen, daß sich die ersten Bewerber für eine Kandidatur in Stellung bringen, indem sie sich ins Licht der öffentlichen Aufmerksamkeit drängen.

GERD MARKMANN

Erfolg für »Atombomber? Nein Danke!«

Noch im Mai wollte die Bundesregierung Milliarden für den Kauf neuer Atombomber ausgeben. Diese Entscheidung wurde allerdings fürs erste gestoppt, auch aufgrund des Widerstandes aus der Zivilgesellschaft.

Eine Beschaffung dieses Kriegsgeräts wäre ein verheerendes Signal für die internationalen Bemühungen um die nukleare Abrüstung gewesen. Durch unseren Druck konnte dies vorerst verhindert werden!

Für uns geht es jetzt darum, daß der Kauf neuer Atombomber vom Tisch kommt und nicht in der kommenden Legislaturperiode beschlossen wird.

Honduras hat als 50. Staat den UN-Atomwaffenverbotsvertrag ratifiziert. Er wird bereits am 22. Januar 2021 in Kraft treten! Das Verbot von Atomwaffen wird dann endlich fest im Völkerrecht verankert sein. Diese rechtliche und politische Realität wird Auswirkungen zeigen, in Büchel und weltweit!

Das Erreichen dieses Meilensteins zeigt, wie wichtig und erfolgreich das Engagement von ICAN ist. Wir wollen diesen Erfolg feiern, aber uns nicht darauf ausruhen. Das Inkrafttreten des Vertrages ist für uns ein Ansporn, daß wir unsere Anstrengungen, Deutschland zu einem schnellen Vertragsbeitritt zu bringen, noch verstärken.

Die 50. Ratifizierung des Atomwaffenverbotsvertrags und das vorläufige Aus für einen neuen deutschen Atombomber wären ohne unser gemeinsames zivilgesellschaftliches Engagement nicht möglich gewesen. Die letzten Monate haben bewiesen, daß unser Beitrag etwas bewirkt!

Damit der Vertrag auch in Deutschland an Zustimmung gewinnt und die deutschen Atombomber bald endgültig der Geschichte angehören, dürfen wir jetzt nicht in unserem Engagement nachlassen!

NIELS DUBROW, ICAN Deutschland

Barnimer Migrationsbeirat konstituiert

Péter Vida als Vorsitzender des Beirates für Migration und Integration wiedergewählt

Eberswalde (bbp). Der Beirat für Migration und Integration des Landkreises Barnim hat auf seiner konstituierenden Sitzung seinen bisherigen Vorsitzenden PÉTER VIDA einstimmig wiedergewählt. Seit seiner ersten Wahl zum Vorsitzenden vor neun Jahren ist dies die vierte Wahl Vidas zum Sprecher des Vertretungsgremiums der Migrantinnen und Migranten.

Zu Stellvertretern wurden DIANA SANDLER und KHUSEN SERBIEV gewählt. Zudem wurde die Entsendung von Vertretern in die Fachausschüsse des Kreistages sowie in den Migrations- und Integrationsrat des Landes beschlossen. Ebenso wurden bereits erste Projekte für das kommende Jahr geplant. So soll neben kulturellen Veranstaltungen diesmal der Fokus auf einem Ausbau der digitalen Kommunikation und Beratung für Geflüchtete stehen. Der Beirat für Migration und Integration vertritt die Interessen der über 9.000 im Landkreis lebenden Menschen mit Migrationshintergrund und hat hierzu Rede- und Antragsrecht in allen Ausschüssen des Kreistages. Er wird für vier Jahre gewählt. Dabei ist der Barnim der einzige Landkreis in Brandenburg, in welchem die Menschen mit ausländischem Paß direkt ihre Vertretung wählen können.

Die Liste der Freien Wähler hatte die Direktwahl am 17. November mit klarem Vorsprung gewonnen, wobei Péter Vida das beste Ergebnis aller Bewerber erzielte. Die Liste »ZUKUNFT« um Diana Sandler erhielt 25,3 %, die neue Liste *»Bessere Chancen«*, die viele Eberswalder Bewerber stellte, kam auf 28,1 %.

Kreisvolkshochschule Online

Die Volkshochschule im Landkreis Barnim hat seit Anfang November viele der geplanten Präsenzkurse ausgesetzt oder deren Start vorerst verschoben. Vor dem Hintergrund der steigenden Infektionszahlen im Barnim ist diese Entscheidung nach einer sorgfältigen Abwägung zum Schutz der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger sowie des Gesundheitssystems vor Überlastung erfolgt.

Auch wir möchten dazu beitragen, physische Kontakte und Begegnungen auf ein existenziell notwendiges Minimum zu beschränken, um der weiteren Verbreitung des Corona-Virus Einhalt zu gebieten. Für alle, die die aktuelle Zeit nutzen möchten, um sich weiterzubilden, bietet die Kreisvolkshochschule Barnim trotz der aktuellen Einschränkungen umfangreiche Möglichkeiten.

Aktuell finden gut 100 Kurse und Vorträge online statt, zu denen man sich auf der Webseite WWW.KVHS.BARNIM.DE anmelden kann.

Einerseits nutzen Gruppen, die bislang in Präsenz gemeinsam gelernt haben, nun die moderne Lernplattform www.vhs.cloud um sich regelmäßig online zu treffen – das sind sowohl Sprachkurse aber auch viele Gesundheitskurse. Andererseits bietet die KVHS Barnim ein hochkarätiges Angebot an Online-Vorlesungen mit bundesweit renommierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern.

Für alle, die noch keine Idee für ein Weihnachtsgeschenk haben, empfehlen wir das klügste Geschenk überhaupt: einen Gutschein für einen Kursbesuch an der Volkshochschule!

ELKE BLANK,
Kreisvolkshochschule Barnim

Rechte der Garageneigentümer **gesichert**

Erfolgreicher »Populismus« der Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur

Eberswalde (bbp). Auf ihrer Sitzung am 28. November haben die Eberswalder Stadtverordneten beschlossen, die Rechte der Besitzer von Garagen auf städtischem Grund und Boden entgegen dem sogenannten Schuldrechtsanpassungsgesetz für weitere zehn Jahre zu schützen. Dem waren kontroverse Diskussionen vorausgegangen (BBP 11/2020).

Die 2004 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Sonderregelung für Garageneigentümer auf städtischen Grundstücken lief 2019 aus. Nach einer Initiative der Fraktion DIE PARTEI ALTERNATIVE FÜR UMWELT UND NATUR, die Regelung von 2004 unbefristet zu verlängern, hatten die Stadtverordneten nach einer Intervention der Stadtverwaltung eine Verlängerung der Regelung um ein Jahr beschlossen mit der Maßgabe, daß die Verwaltung bis Ende 2020 eine Richtlinie erarbeitet, welche *»interessengerechte Regelungen zur Garagenproblematik beinhaltet«*.

Erwartet wurde eine Regelung im Interesse aller Beteiligten, also insbesondere auch der Garagennutzer. Was die Stadtverwaltung im Herbst 2020 dann vorlegte, orientierte sich indes ausschließlich an den Verwaltungsinteressen. Ziel war, daß endlich auch in Eberswalde uneingeschränkt das BRD-Recht gemäß des Schuldrechtsanpassungsgesetzes gelten soll – zum Nachteil der Garageneigentümer.

Es war wiederum die Fraktion DIE PARTEI ALTERNATIVE FÜR UMWELT UND NATUR, die sich für die Rechte der Garageneigentümer stark machte, indem sie ihre 2019er Vorlage erneut zur Beschlußfassung einbrachte.

Die beabsichtigte Wirkung trat ein. Ein regelrechter Shitstorm war die Folge, bis hin zu *»Populismus«*-Vorwürfen. Die Furcht vor einer Wiederholung der Protestbewegung von 1999 bis 2004 war offensichtlich.

Letztlich gewann die Vernunft die Oberhand. Die Stadtverwaltung lenkte ein und auch die Fraktion ließ von ihrer Maximalforderung ab. Es wurden Regelungen gefunden, die berechtigten Kritiken am bisherigen Verfahren zu berücksichtigen. Künftig wird beispielsweise ein spekulativer Garagenhandel und die Konzentration vieler Garagen in der Hand Einzelner nicht mehr möglich sein. Das Privileg, Garagen auf städtischem Grund zu erwerben, wird künftig auf Einwohner von Eberswalde und Verwandte der bisherigen Eigentümer beschränkt bleiben.

»Wir freuen uns sehr«, so der Fraktionsvorsitzende von Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur Mirko Wolfgramm, *»daß unsere Initiative letztlich zugunsten der 3.200 Eberswalder Garagennutzer ausgegangen ist. Durch das Entgegenkommen der Verwaltung konnten wir unsere Vorlage zur unbefristeten Verlängerung des 2004er Beschlusses unbeschadet zurückziehen und der geänderten Richtlinie zustimmen.«*

Bernau.Pro.Klima

Stadtklima führt zum Prioritätenwandel

Der Bernauer Grüne Gürtel leidet. Sowohl zunehmender Verkehr, überalterte Baumbestände als auch die forcierte Bebauung von Freiflächen setzen der städtischen Klimabilanz gerade in der aktuellen Wachstumsphase zu. Risiken wie Wasserknappheit, Hitzestreß, Starkregen und Überflutungen überlappen sich zusehends in und um Bernau und betreffen mehrere Bereiche der bereits heute spürbaren Klimabetroffenheit. Dies wurde auch von den Stadtpolitikern bereits erkannt.

Im Rahmen des Projekts *»Kommune im Dialog. Anpassung an den Klimawandel in Bernau mittels ökosystembasierter und partizipativer räumlicher Planung (Bernau.Pro.Klima)«* haben sich die Stadt Bernau und die Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde von Januar 2018 bis Juli 2020 intensiv mit den Klimawandelfolgen in Bernau und Möglichkeiten der Anpassung beschäftigt.

Ziel des Projektes war es, einen dauerhaften, durch aktive Beteiligung getragenen und ökosystembasierten Anpassungsprozeß an die Folgen des Klimawandels in Bernau zu etablieren, um die Anpassungsfähigkeit von Bernau langfristig zu erhöhen. Für dieses Ziel wurde eine kommunale Strategie zur Anpassung an den Klimawandel für das Stadt-Umland-System Bernaus erarbeitet. Die Strategie ist das Ergebnis einer gemeinsam angewandten Aktionsforschung. Mit abwechslungsreichen Formaten wie Workshops, Planungswerkstätten, Vorträgen, Stadt-Rallyes, Umfragen, Info-Ständen und einer Klima-Radtour wurde eine breite Beteiligung verschiedener Akteure in Bernau geschaffen. Landnutzer, Vertreter aus der Kommunalpolitik und Zivilgesellschaft, Mitarbeiter der Stadtverwaltung, Schüler sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger waren bei der Strategieentwicklung aktiv beteiligt. Gemeinsam haben sie Vorschläge für Maßnahmen und Projekte zur Klimaanpassung für die städtischen

Foto: BERNAU LIVE

Flächen, die Gewässer und Feuchtgebiete, das Offenland/Feldmark und den Wald in Bernau erarbeitet.

Mit Abschluß des Projekts Bernau.Pro.Klima, welches wissenschaftlich von einem Team der HNEE durch MAREN MICHAELSEN betreut wurde, steht Bernau nun vor einer großen Herausforderung.

Es geht darum, die erarbeiteten Projektergebnisse in die Praxis umzusetzen und den initiierten Anpassungs- und Beteiligungsprozeß zu verstetigen. Dies wurde auch in der Rede des Bürgermeisters bei der Veranstaltung *»Klimawandel vor unserer Haustür: Bernau paßt sich an«* am 5. November im Bürgersaal des Neuen Rathauses deutlich. Bürgermeister ANDRÉ STAHL (Die Linke) versprach, aufgrund der Komplexität in dieser Angelegenheit einen systematischen Ansatz zu nehmen, indem auch ressort- und stellentechnische Erweiterungen seitens der Stadtverwaltung anstehen. Entsprechende Vorschläge wären hier zu erarbeiten und an die Stadtverordnetenversammlung zu richten. Die Veranstaltung fand leider, bis auf die Redner, nur online statt, jedoch mit einem liveStream, dessen Aufzeichnung im Internet abgerufen werden kann: https://tinyurl.com/BernauProKlima.

Die Strategie zur ökosystembasierten Anpassung an den Klimawandel, die im Rahmen des Projektes erarbeitet wurde, ist auf der städtischen Webseite einsehbar (www.natuerlich-barnim.de/bernau-pro-klima/dokumente).

THOMAS TOBLER

Kämpfen lohnt sich

Der Kampf der Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur um die Rechte von Garageneigentümern auf städtischen Grundstücken war erfolgreich. Die nun beschlossene Regelung verlängert den Schutz um weitere zehn Jahre. Wir danken allen, die unsere Bemühungen, dies zu erreichen, unterstützt haben.

Seit 2015 gab es in Eberswalde z.T. erhebliche Mietsteigerungen. Der städtischen Wohnungsgesellschaft kommt eine besondere Verantwortung zu, einer allgemeinen Mietpreistreiberei entgegenzuwirken. Bereits 2020 verzichtete die WHG angesichts der Belastungen infolge Corona auf die Erhöhung von Bestandsmieten. Wir haben unseren Vertreter im WHG-Aufsichtsrat gebeten, darauf hinzuwirken, daß die WHG auch 2021 auf die Erhöhung der Bestandsmieten verzichtet. Wie sich zeigte, mit Erfolg.

Die Friedrich-Ebert-Straße Süd sollte unbebaut bleiben. Es fehlt der Bedarf. Einem Investor müßten Sonderkonditionen geboten werden, damit dieser wirtschaftlich kalkulieren kann. Verluste gehen zu Lasten der Stadt. Ladenleerstand mit noch mehr Läden zu bekämpfen, ist eine wenig erfolgversprechende Strategie.

Der *»Mobilitätsplan 2030+«* fand nicht unsere Zustimmung. Das Gros der Planungen beruht auf dem vom Land vorangetriebenen, zur Lösung Eberswalder Verkehrsprobleme völlig ungeeigneten Projekt der sog. Ortsumgehung B167neu. Diese würde die Verkehrsentwicklung in Eberswalde auf Jahrzehnte beeinträchtigen. Die Lösung der Eberswalder Verkehrsprobleme hängt wesentlich davon ab, ob es gelingt, die Entwicklung des ÖPNV sowie des Eberswalder Straßennetzes in die eigenen Hände zu nehmen. Ohne diese wichtige Voraussetzung bleibt die erfolgreiche Umsetzung des *»Mobilitätsplans 2030+«* Illusion.

MIRKO WOLFGRAMM, Fraktionsvorsitzender

Stadtfest FinE

Eberswalde (bbp). Am Stadtfest FinE gab es in den vergangenen Jahren regelmäßig Kritik, insbesondere wegen der Kosten. Der laufende Vertrag mit dem Veranstalter lief 2020 aus. Kulturamtsleiter NORMAN REICHELT informierte im November im Ausschuß für Kultur, Soziales und Integration (AKSI) darüber, daß es zur Neuausschreibung keine Bewerbungen gab. Daher wurde eine zweite Ausschreibung notwendig. Im zweiten Anlauf wurden verschiedene bekannte Akteure der Stadt extra angeschrieben. Dennoch beteiligte sich nur ein Bewerber, der zwar nicht formal, aber inhaltlich die Voraussetzungen erfüllt hat. Der Zuschlag ging an den Bewerber *»King Size Events«*. Das Eventunternehmen aus dem Ortsteil Tornow wird den Kirchhang und die Tanz-/Shownacht bespielen.

Erna-Bürger-Weg:

War der Beschluß rechtswidrig?

Aufforderung an den Bürgermeister zur Beanstandung des Beschlusses

Eberswalde (bbp). Die Eberswalder Stadtverordnetenversammlung (StVV) hat auf ihrer Sitzung am 29. Oktober beschlossen, den Geh- und Radweg zwischen der Eberswalder Straße und dem Finowkanal in Finow-Ost als *»Erna-Bürger-Weg«* zu benennen. Der fraktionslose Stadtverordnete Carsten Zinn hatte bereits vor der Abstimmung seine inhaltliche Ablehnung deutlich gemacht (BBP 11/2020). Nach Vorliegen der Niederschrift forderte er Bürgermeister Friedhelm Boginski (FDP) auf, den Beschluß gemäß § 55 der Brandenburger Kommunalverfassung (BbgKVerf) zu beanstanden.

Der Tagesordnungspunkt lautete in der Einladung *»Benennung eines öffentlichen Geh- und Radweges in 'Madame-Ebart-Weg'«*, begründete Zinn seinen Einwand. *»Es wurde jedoch nicht über die ursprünglich vorgelegte Beschlußvorlage entschieden, sondern über eine Austauschvorlage, die den Stadtverordneten erst zum Sitzungsbeginn auf den Tisch gelegt worden war.«* Der daraufhin gefaßte Beschluß hatte *»einen völlig anderen Inhalt als die ursprüngliche Vorlage. Statt MADAME EBART war nunmehr ERNA BÜRGER Gegenstand der Namensgebung für den Weg. Eine völlig andere Person war nun Gegenstand der Beschlußfassung. Insofern handelte es sich nicht um eine einfache Änderung der Vorlage, sondern um einen völlig neu eingeführten Beratungsgegenstand.«*

Weder die Stadtverordneten noch die Öffentlichkeit hatten die Möglichkeit, den neuen Beratungsgegenstand angemessen zur Kenntnis zu nehmen und sich entsprechend vorzubereiten, *»was insbesondere bei solch sensiblen Angelegenheiten wie die Benennung von Straßen, Wegen oder Plätzen nach Personen der Zeitgeschichte von erheblicher Bedeutung ist«*.

Unter Bezugnahme auf § 35 der Kommunalverfassung und § 3 der Geschäftsordnung der StVV Eberswalde moniert der Stadtverordnete die Nichteinhaltung der festgelegten Fristen. *»Es wurde auch nicht versucht, den Beratungsgegenstand wegen Eilbedürftigkeit in die Tagesordnung aufzunehmen. Insofern ist dieser Beratungsgegenstand überhaupt nicht in die Tagesordnung aufgenommen worden. Die Beschlußfassung darüber war demnach rechtswidrig.«*

Nach § 55 der Kommunalverfassung ist der Hauptverwaltungsbeamte, das ist in Eberswalde der Bürgermeister, verpflichtet, Beschlüsse zu beanstanden, wenn er der Auffassung ist, daß diese rechtswidrig sind.

Eine Reaktion auf die Aufforderung zur Beanstandung gab es bisher nicht. Der Bürgermeister und auch der StVV-Vorsitzende Martin Hoeck (FDP) hielten es auch für unnötig, auf der Novembersitzung der Stadtverordneten darüber zu informieren.

Verkehrswende in Eberswalde – Fehlanzeige!

Wir bewerten es positiv, daß der neue *»Mobilitätsplan 2030+«* in einem Prozeß mit breiten Beteiligungsmöglichkeiten für die Öffentlichkeit entstanden ist und sich ein Leitbild der Nachhaltigkeit setzt. Mit dem Ergebnis insgesamt sind wir jedoch nicht zufrieden.

Der Plan läßt nichts von einem Aufbruch in ein neues Mobilitätszeitalter erkennen. Ambitionierte Zielsetzungen in Richtung Verkehrswende und Klimaschutz – Fehlanzeige. Auch mit diesem Plan wird sich – wie in den vergangenen zwei Jahrzehnten – an der Konzentration der Verkehrsströme im Stadtzentrum (Markt und Breite Straße) und an der Bahnhofsbrücke und den damit verbundenen Problemen nichts ändern. Weiterhin wartet man auf die B167 neu und macht alle spürbaren Entwicklungsschritte von diesem anachronistischen Projekt abhängig.

Grüne/B90 hingegen fordern Stadtverwaltung und Verkehrsplaner auf, die Möglichkeiten zur zügigen Umsetzung einer Fußgängerzone in der Friedrich-Ebert-Straße zwischen Breite Straße und Goethestraße intensiv zu prüfen. Wir erinnern an den Praxistest für den Fußgängerüberweg in Höhe Kienwerder. Was zunächst nicht möglich schien, wurde nach einem Probebetrieb schließlich doch umgesetzt. Wir vermissen und fordern außerdem innovative und wirkungsvolle Maßnahmen, um den Fuß- und Radverkehr endlich deutlich attraktiver und sicherer zu machen sowie konkrete Zielsetzungen für die Erhöhung dieses Verkehrsanteils am Gesamtaufkommen.

Alles in allem – wir hätten uns einen ambitionierteren Plan gewünscht.

KAREN OEHLER, Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen Barnim

Eberswalder »Förderung« des Radverkehrs:

Mit Schrittgeschwindigkeit durch Ostend

Eberswalde (bbp). Der Stadtteil Ostend soll künftig für den Fahrzeugverkehr zur übergreifenden Tempo 30 Zone werden. In diesem Zusammenhang werde der bisherige gemeinsame Geh- und Radweg in der Saarstraße als Pflichtradweg aufgehoben, teilte die Pressestelle der Stadtverwaltung kürzlich mit. Hier wird nun ein Gehweg mit *»Radfahrer frei«* eingerichtet. Der Radfahrer könne dann entscheiden, so die Stadtverwaltung, ob er auf der mit Holperpflaster befestigten Fahrbahn fährt oder den Gehweg in Schrittgeschwindigkeit nutzt.

Für Schildbürger – nicht für Schildbürgerinnen

Foto: Dr. Ulrich Pohl

Verwaltung will weniger Ausschüsse

Eberswalde (bbp). Bereits zum Beginn der Wahlperiode im Juni 2019 hatte die Stadtverwaltung vorgeschlagen, die beiden Ausschüsse für Kultur, Soziales und Integration (AKSI) sowie für Bildung, Jugend und Sport (ABJS) zusammenzulegen. Argumentiert wurde unter anderem damit, daß so die Ausschüsse an die Struktur der Dezernate in der Stadtverwaltung angepaßt würden.

Die neu gewählten Stadtverordneten wehrten sich damals erfolgreich gegen dieses Ansinnen. Die Stadtverwaltung reagierte auf ihre Weise. In der Folge gab es viele Ausschußsitzungen, in denen nur wenige Beschlußvorlagen auf der Tagesordnung standen. Manche Sitzung entfiel ganz mangels Beratungsgegenstand. So wurde ein zweiter Anlauf zur Fusion von AKSI und ABJS vorbereitet, der inzwischen bereits informell an die Fraktionen herangetragen wurde.

Mirko Wolfgramm, der Vorsitzende der Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur und für die Fraktion in beiden Ausschüssen tätig, erklärte dazu: *»Wir sprechen uns entschieden gegen die Zusammenlegung der beiden Ausschüsse aus. Gerade in jetziger Zeit ist ein solches Ansinnen alles andere als verantwortungsbewußt. Aufgrund der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie haben viele Sportvereine, Künstler, Kulturschaffende, soziale Einrichtungen und auch Kirchen große Probleme. Ihnen sollte in diese schwierigen Zeit die Möglichkeit erhalten bleiben, sich in diesen Ausschüssen zu Wort zu melden. Ein zusammengelegter Ausschuß würde mit Themen überfrachtet werden, so daß zu wenig Zeit für gründliche Diskussionen bleibt.«*

Angelika Röder, sachkundige Einwohnerin im AKSI, geht ebenfalls davon aus, daß die sozialen Probleme infolge der Pandemieauswirkungen im kommenden Jahr noch weiter zunehmen werden. Daher solle jetzt nicht über eine Ausschußzusammenlegung nachgedacht werden.

»Kulturland Brandenburg« in Eberswalde:

Open Air in der **Borsighalle**

Eberswalde (bbp). Die Stadt Eberswalde hat den Zuschlag für die Eröffnungsveranstaltung zum *»Kulturland Brandenburg«* bekommen. Für die in der zweiten Maihälfte 2021 stattfindende Veranstaltung soll die Borsighalle als Open Air-Halle genutzt werden.

Für das Projekt Industriekultur fanden sich insgesamt fünfzehn Partner innerhalb der Stadt zusammen. Bereits in diesem Jahr hat die Stadt 15.000 Euro vom Land für die Vorbereitung dieser Veranstaltungen erhalten. Insgesamt werden acht Orte bespielt. Dazu gehören neben der Borsighalle das alte Walzwerk, das Blechenhaus, der Familiengarten selbst, das Kraftwerk Finow, der Kranbau Eberswalde, das Messingwerk, der Rofin-Park und das Museum in der Adlerapotheke.

Die Bauarbeiten an der Borsighalle sollen bis zum Frühjahr fertiggestellt werden. Der Landrat sei nach einer Besichtigung *»sehr angetan«* gewesen, so die Stadtverwaltung. Die Halle soll zunächst einmalig für die Auftaktveranstaltung *»Kulturland Brandenburg«* genutzt werden. Für eine dauerhafte Nutzung werden noch Ideen gesammelt, wobei sich, wie es hieß, auch die Stadtverordneten einbringen können.

Hilfen für Unternehmer

Eberswalde (bbp). Für die kommunale Förderung *»kleinteiliger Maßnahmen zur Belebung des Einzelhandels, der Gastronomie, des Handwerks, der freien Berufe und Soloselbständiger«* stehen im kommenden Haushaltsjahr 230.000 Euro zur Verfügung. Das sind 200.000 Euro mehr als ursprünglich geplant. Am 15. Dezember entscheiden die Eberswalder Stadtverordneten über die zugehörige Richtlinie.

»Corona« werde auch 2021 *»ein begrenzender Faktor für die Wirtschaft und die Entwicklung der Innenstadtzentren sowie der gesamten Stadt Eberswalde sein«*, heißt es in der Sachverhaltsdarstellung. Daher soll die Richtlinie eine größere finanzielle Ausstattung erhalten und für Antragsteller aus Gastronomie und Einzelhandel aber auch aus Handwerk, Produktion sowie Kunst- und Kulturwirtschaft im gesamten Gebiet der Stadt Eberswalde zur Verfügung stehen. Insbesondere soll die Einführung und Nutzung von digitalen Technologien und Marketingmaßnahmen, wie Online-Präsenzen, gefördert werden. Für die Maßnahmenkategorie *»Medien und Digitalisierung«* hatte der Hauptausschuß im November 150.000 Euro zur Verfügung gestellt. Weitere 50.000 Euro werden zusätzlich für die übrigen Förderkategorien bereitstehen.

Die Förderrichtlinie richtet sich an kleine und mittlere Unternehmen sowie Einzelunternehmer, Soloselbständige und Freiberufler. *»Ziel ist eine Impulswirkung für die Einführung und Nutzung digitaler Produktions-/Kommunikations- und Marketinginstrumente/-technologien, um das wirtschaftliche Wachstum zu stärken und die Krisenfestigkeit des lokalen Handels, der Gastronomie und Einzelselbständiger aus Kultur-/Kreativwirtschaft zu erreichen. Mit dem Programm wird also die lokale Wirtschaft im Digitalisierungsprozeß unterstützt, um einen Betrag zum Erhalt des wirtschaftlichen Lebens im gesamten Stadtgebiet zu leisten.«* Strategisches Ziel sei *»die Positionierung der Stadt Eberswalde als Innovationstreiber auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene«*. Neben der Resilienz schaffe diese Richtlinie auch die Grundlage auf Betriebsebene und im kommunalen Raum zur Aufnahmefähigkeit weiterer Förderprogramme.

Seit der Bewilligung zusätzlicher Stellen im Rahmen des Haushaltsbeschlusses vor einem Jahr verfügen die zuständigen Ämter über ausreichend Personal, um die Förderrichtlinie umzusetzen.

Hilfe für Schnelltests gesucht

Wenig Personal, knappe Zeitfenster und ein immenser organisatorischer Aufwand für die vorgeschriebenen Schnelltests belasten derzeit das Team der Alloheim Senioren-Residenz *»Haus am Werbellinsee«* in Schorfheide OT Altenhof. Die Einrichtung hofft nun, qualifizierte Ehrenamtliche oder Mini-Jobber zu finden, die bei den Schnelltests helfen.

Kontakt: Telefon 033363/523-1010 oder per eMail an Samuel.Wiedebusch@alloheim.de. Alloheim, Krumme Straße 5, Altenhof.

Alle sind Tatverdächtige

»Und jetzt müssen Sie noch Ihre Fingerabdrücke abgeben …« – Welche Bilder kommen dir bei diesem Satz im Kopf? Wahrscheinlich Verhaftung, Verbrecherkartei oder Szenen aus Fernsehkrimis. Fingerabdrücke abgeben – das müssen normalerweise nur Tatverdächtige.

Ab August 2021 sollen wir alle wie Tatverdächtige behandelt werden: Wer dann einen neuen Personalausweis beantragt, muß verpflichtend seine Fingerabdrücke speichern lassen – so verlangt es ein neues Gesetz. Dagegen haben wir einiges in Bewegung gesetzt: Innerhalb kurzer Zeit unterstützten 10.000 Menschen unsere Petition gegen die Fingerabdrücke im Personalausweis. Viele haben auf unseren Aufruf hin ihre Bundestagsabgeordneten angeschrieben. Unsere Kritik war Thema im Bundestag und unser Mitarbeiter Friedemann Ebelt konnte als Experte bei einer Anhörung im Innenausschuß dazu sprechen. Doch der Bundestag hat das Gesetz beschlossen.

Die Mittel der Politik haben wir ausgeschöpft, jetzt geht es weiter auf der juristischen Ebene: Unsere Anwälte prüfen zur Zeit, wie wir die Fingerabdruckpflicht am besten kippen können. **Wir wollen keinen Staat, der seinen Bürgerinnen und Bürgern grundsätzlich mißtraut.**

Auch ansonsten gibt es viel zu tun: Verschlüsselung bei Messengern soll gerade ausgehebelt werden und die Vorratsdatenspeicherung kratzt schon wieder an der Hintertür. Allheilmittel *»Digitalisierung«*? Wir wollen nicht, daß Baden-Württembergs schlechtes Beispiel Schule macht und Schülerinnen und Schüler an Microsoft, Apple, Google, Zoom & Co ausgeliefert werden. Deshalb erarbeiten wir zur Zeit ein Bildungspaket mit Alternativen.

Dafür brauchen wir jetzt deine Unterstützung (https://digitalcourage.de/spende).

Gemeinsam können wir viel bewegen!

RENA TANGENS, Digitalcourage e.V.

Hand in Hand

Eberswalde (bbp). Eberswalde ist die am stärksten von Kinderarmut betroffene Stadt im Land Brandenburg. Jedes dritte Kind lebt in Armut. Mit dem Bürgerstiftungsfonds *»Hand in Hand«* fördert die BÜRGERSTIFTUNG BARNIM UCKERMARK deshalb Bildungschancen und kulturelle Teilhabe von benachteiligten Kindern und Jugendlichen in Eberswalde. Der Vorstand der Stiftung hat am 30. November das Statut und die Förderstrategie für den Fonds beschlossen und den Beirat berufen. Ihm gehören die HALA ALISSA (Familienhelferin), CHRISTOPH MASKOW (Apotheker), DUNJA SCHWARZ-FINK (Paritätischer Wohlfahrtsverband) und KATJA SCHMIDT (Freiwilligenagentur Eberswalde) an.

Die Initiative zur Gründung des Fonds ging maßgeblich von der Eberswalder Privatbäckerei Wiese aus, die sich nicht nur ideell, sondern auch finanziell engagierte.

Gemeinwohl-Ökonomie:

Regionalgruppe in Eberswalde gegründet

Eberswalde (bbp). Es ist ein Dutzend Jahre her, daß die Weltwirtschaft nach dem Platzen der sogenannten Finanzblase in eine schwere Krise geriet. Das nach 1990 ausgerufene *»Ende der Geschichte«* fand ein Ende. Das in die Nischen *»verkrachter Sozialismus-Nostalgiker«* verdrängte Nachdenken über Alternativen zum Kapitalismus hatte plötzlich wieder Konjunktur.

Die Finanzkrise war gestern. Aber die Geschichte des Kapitalismus steht nicht mehr still. Sie geht wieder weiter, von einer Krise zur nächsten. Aktuell heißt die Überschrift *»Corona-Krise«*. Und das Nachdenken über Alternativen ist wieder in Gang gekommen.

Eine der Ideen, wie zumindest die Gebrechen des Kapitalismus angegangen werden sollen, vielleicht sogar eine alternative Wirtschaftsordnung entstehen könnte, nennt sich *»Gemeinwohl-Ökonomie«* (GWÖ). *(s. Seite 20)*

Am 30. November trafen sich in – den Corona-Auflagen angemessen virtuell per Online-Konferenz – 28 Menschen, die nach zweistündiger Beratung schließlich die Eberswalder GWÖ-Regionalgruppe aus der Taufe hoben, die zweite im Land Brandenburg.

Die Moderation sowie den inhaltlichen und technischen Support für die Online-Konferenz organisierte die Berliner Regionalgruppe und der Verein Gemeinwohl-Ökonomie Berlin-Brandenburg e.V. KARINA SCHEFFLER, NENO RIEGER und PHILIPP WODARA stellten das Konzept der Gemeinwohl-Ökonomie vor und informierten insbesondere über die Aufgaben einer Regionalgruppe. Dazu gehören insbesondere die Bekanntheit der GWÖ auszuweiten, neue Aktive zu gewinnen und sie einzubinden, den internen Wissensschatz anzureichern und zu diskutieren, mit anderen Organisationen zu kooperieren und als Schnittstelle für die Arbeiten in den Arbeitsgruppen (AG). Dabei arbeiten die Regionalgruppe weitgehend autonom und sie organisiert ihre Arbeit selbst. Der Verein fungiert als organisatorisches Rückgrat für die GWÖ-Regionalgruppen in Berlin und Brandenburg. Ein Weisungsrecht an die Regionalgruppen hat der Verein nicht.

Die Regionalgruppen wählen sich eine Koordinationsgruppe und treffen sich regelmäßig (bspw. monatlich) im Plenum. Dort werden die verschiedenen Aktivitäten besprochen und koordiniert, zur Gründung von AGs motiviert, die Teilnahme an Veranstaltungen organisiert und vieles mehr.

Auf der Gründungsveranstaltung ging es nicht zuletzt um die Benennung der Koordinatoren, wofür sich ISABELLA KRAUSE und EDUARD FISCHER bereiterklärten.

Zum ersten Plenum der Eberswalder GWÖ-Regionalgruppe luden die beiden – wiederum als Online-Konferenz – am Montag, den 14. Dezember, ein. Hier gab es eine ausführlichere Einführung in die Gemeinwohl-Ökonomie und es wurden erste Aktionsschwerpunkte sowie über den Namen der Regionalgruppe beraten.

Kontakt: Eduard Fischer (eduard.fischer@ecogood.de), Internet: www.ecogood.org/de

Kunstwerke *mit »Namen und Adresse«*

Eberswalde (prest-ew). Die ersten Ausschilderungsarbeiten für Kunstwerke der Stadt im öffentlichen Raum sind abgeschlossen. Es handelt sich um Plexiglasschilder an Skulpturen, die einen glatten Betonsockel haben oder an der Hauswand (wie bei der Kita Regenbogen) angebracht wurden, sowie Metallschilder, die auf Beton aufgebracht oder in die Erde einbetoniert wurden. Nunmehr sind der Name des Kunstwerkes und des Künstlers, das Entstehungsjahr sowie der Ort, an dem das Kunstwerk entstand, aufgeführt. Dem voraus gingen intensive Reinigungsarbeiten, unter anderem von Graffitis, für die eine Eberswalder Firma beauftragt wurde. Gleichzeitig erfolgte eine Versiegelung mit einem Schutzanstrich. Eine weitere Ausschilderungsrunde wird 2021 auf den Weg gebracht.

Die rund 50 Kunstwerke in der Stadt werden einmal jährlich vom Kulturamt auf ihren Zustand hin geprüft, mögliche und notwendige Reparaturen beauftragt. Über 100 Kunstwerke verschiedener Ausführungen befinden sich insgesamt in unserer Stadt, unter anderem in der Obhut des Zoos, des Familiengartens und der Hochschule für nachhaltige Entwicklung. Den aktuellen Blick auf die jeweilige Situation der Kunstwerke haben dazu im öffentlichen Stadtraum die Kollegen des Bauhofes, die immer auch für eine erste Reinigung zur Verfügung standen und stehen.

Aktuell laufen die Vorbereitungen für die Restaurierung der Flötenspielerin im Innenhof des Haus Schwärzetal. Hilfreich wäre in diesem Zusammenhang, wenn sich Paten für die Kunstwerke finden, die auf den Zustand des Werkes – vielleicht ja direkt vor ihrer Haustür – achten und im Zweifel im Kulturamt (Telefon 03334/64411) anrufen, so daß eine schnelle Reaktion möglich ist und dem Werk so eine längere Lebensdauer beschert wird – zur Freude aller Eberswalderinnen und Eberswalder sowie der Gäste der Stadt.

Derzeit verfügt das Kulturamt über Basisinformationen zu den vielen Kunstwerken, aus denen künftig auch ein geführter Stadtrundgang entstehen soll. Dieser wird von der Tourist-Information verantwortet und koordiniert. Hierzu werden noch kunstinteressierte Bürgerinnen und Bürger gesucht, die bei Interesse an dem Projekt Kontakt zum Kulturamt aufnehmen können.

Wenn »Schallschutz« zu mehr Lärm führt…

Monatelang hatten sich Anwohner über den Lärm der Windkraftanlagen zwischen Bernaus Ortsteilen Nibelungen und Pankeborn beschwert. Auf Antrag der Fraktion BVB/Freie Wähler in der Stadtverordnetenversammlung wurde daraufhin eine Messung durchgeführt, die Grenzwertüberschreitungen feststellte. Zum Schutz der Anwohner wurde im Dezember 2019 eine Auflage zur nächtliche Drosselung der Anlagen erteilt. Die Anwohner konnten von da an wieder etwas ruhiger schlafen.

Seit Mitte 2020 gab es jedoch erneute Beschwerden über den nächtlichen Lärm der Anlagen. Die gedrosselten Anlagen schienen den Anwohnern wieder so laut wie zuvor. Ich habe daher eine erneute Anfrage an die Landesregierung gestellt.

Laut deren Antwort arbeiten die Betreiber der Windkraftanlagen daran, die dauerhaften Auflagen wieder aufzuheben. Hierfür wurden zwischen Juni und September sogenannte Sägezahnhinterkanten (Serrations) an den Rotoren installiert. Von diesen Anbauten erhofft man sich offensichtlich eine geringfügige Reduktion oder zumindest Verschiebung der Lärmemissionen in andere Frequenzbereiche, um die Grenzwerte möglicherweise knapp einhalten zu können.

Am Abend des 8. Oktober und in der Nacht vom 1. zum 2. November wurden zudem erneut Schallmessungen durchgeführt. Sie sollen offensichtlich eine Begründung für die Aufhebung der Drosselungen liefern. Die Ergebnisse der Messungen liegen dem Landesamt für Umweltschutz jedoch noch nicht vor.

Alles, was die Anwohner bisher von den Maßnahmen mitbekommen, ist ein Anstieg der Lärmbelästigung. Wenn das am Ende zu einer Aufhebung der Drosselungen führt, wäre das nicht nachvollziehbar. Wir werden auf allen Ebenen an der Sache dranbleiben.

PÉTER VIDA

Quartiersmanagement vor Veränderungen

Eberswalde (bbp). Das Quartiersmanagement (QM) im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde verändert sich. Die bisherige Koordinatorin Ute Truttmann von der S.T.E.R.N. GmbH verläßt zum Ende des Jahres den Kiez und auch ihre Firma und wechselt in die Berliner Senatsverwaltung, Fachbereich Schulentwicklung.

Die Projektleitung in Eberswalde übernimmt künftig ihre Kollegin Julia Klemm. Neu im Team ist die studierte Stadt- und Regionalplanerin Julia Hantke, die erste Erfahrungen als Quartiersmanagerin im Gropiusquartier in Berlin sammelte. Die beiden werden auch im neuen Jahr regelmäßig am Dienstag und am Donnerstag im Kiez sein und darüber hinaus nach Vereinbarung.

Die Mitarbeiterinnen des externen und internen Quartiersmanagements (v.l.n.r.): Ute Truttmann, die Ende des Jahres das QM verläßt, ihre Nachfolgerin Julia Hantke, die neue Projektkoordinatorin Julia Klemm und Katharina Zielke, mit der seit Anfang Oktober auch wieder die Stelle der stadtinternen Quartiersmanagerin besetzt ist. *Foto: Quartiersmanagement*

Seit Oktober ist auch die Stelle des internen QM in der Eberswalder Stadtverwaltung wieder besetzt. Katharina Zielke ist wochentäglich im Büro *»Soziale Stadt«* im Bürgerzentrum in der Schorfheidestraße 13 erreichbar. Eine Aufgabentrennung zwischen internem und externen QM gibt es nicht. Julia Klemm verspricht sich aber künftig durch Katharina Zielke eine deutliche Verbesserung des Informationsflusses zwischen externem QM und Stadtverwaltung.

Im *»Soziale Stadt«*-Büro wird auch die städtische Integrationskoordinatorin Saarah Schmidt ihren Sitz haben. Dies sei, so die einhellige Meinung der Quartiersmanagerinnen, eine gute Bereicherung für die Arbeit im Kiez. *»Das Quartiersmanagement-Team«*, heißt es in dem aktuellen Flyer des QM, *»setzt sich gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern für ein lebenswertes Brandenburgisches Viertel ein. Wir sind Ansprechpartnerinnen vor Ort für Bewohner, Vereine, Einrichtungen und Freiwillige im Viertel.«* Als Aufgaben werden hier insbesondere die Stärkung der Nachbarschaft genannt.

Dabei gibt es Unterstützung, Beratung und die Vernetzung von Bewohnern, Akteuren, Initiativen, Vereinen, Einrichtungen und Projektideen sowie finanzielle Unterstützung. Zu den Aufgaben des QM gehört zu dem die Öffentlichkeitsarbeit im und für das Viertel. Derzeit entsteht hierfür ein eigener Internetauftritt des Quartiersmanagements. Anfang 2021 soll dieses neue Angebot online verfügbar sein (www.meinbrandenburgischesviertel.de).

Öffentliches Internet

Im November 2017 hatten die Eberswalder Stadtverordneten die Installation öffentlicher WLAN-Hotspots im Stadtgebiet beschlossen. Für das Brandenburgische Viertel war so ein öffentlicher Internetzugang im Bereich des Potsdamer Platzes vorgesehen. Später kam der *»Club am Wald«* als zweiter Standort im Kiez dazu. Im Oktober informierte der Eberswalder Verwaltungsdezernent Maik Behrendt im Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen, daß beide Standorte Ende 2019 mit jeweils einem Access Point (AP) realisiert worden sind.

Schon seit 2018 gibt es WLAN auf dem Eberswalder Marktplatz (1 AP) und im Bürgerbildungszentrum *»Amadeu Antonio«* (6 AP). Im zweiten Quartal 2019 wurde zudem begonnen, den Tierpark mit WLAN zu versorgen (bisher 7 AP). Ziel ist hier eine *»flächendeckende Ausleuchtung«* durch weitere 5 bis 7 AP. Ebenfalls realisiert sind 3 AP zur Internetversorgung im Familiengarten (I. Quartal 2020). In Verantwortung der Stadt soll dann noch im Zusammenhang mit dem Bau des Fahrradparkhauses ein weiterer WLAN-Hotspot für den Bahnhofsvorplatz installiert werden.

Alles zusammen kostet die Hardware einschließlich der Installation knapp 28.000 Euro, von denen 15.000 Euro mittels der EU-Förderung *»WiFi4EU«* finanziert wird, so daß knapp nur 12.000 Euro aus dem städtischen Haushalt bereitgestellt werden müssen. Hinzu kommen jährliche Kosten von 10.000 Euro für Datenleitung, Verwaltung und Service, die von der Stadt zu tragen sind.

Weitere freie Internetzugänge (17 AP) wird es in Regie des Landes Brandenburg im Rahmen der Initiative *»1.500 Hotspots für BB«* in öffentlichen Einrichtungen geben.

»Bürgerfreifunk« als Alternative

In der gleichen Sitzung des Wirtschafts- und Finanzausschusses nutzte Martin Knopp aus dem Brandenburgischen Viertel die Einwohnerfragestunde, um für eine weitere Möglichkeit zu werben, einen möglichst flächendeckenden freien Internetzugang in der Stadt zu erreichen. Möglich sei das mit dem sogenannten *»Bürgerfreifunk«*.

Für viele Einwohner gehört der Internetzugang inzwischen zur häuslichen Standardausstattung, oft als Flatrate, deren Kapazität eher selten ausgeschöpft wird. Mittels *»Bürgerfreifunk«* wäre es möglich, diese freien Kapazitäten auch anderen zugänglich zu machen. Martin Knopp schlägt vor, daß jeder Einwohner, der sich dazu bereit erklärt, ein bestimmtes Budget und einen zusätzlichen WLAN-Router erhält, um damit seinen eigenen Internetanschluß mit der Öffentlichkeit zu teilen. Das sei kostengünstiger als große WLAN-Hotspots an speziellen Punkten in der Stadt aufzubauen. Mit dem *»Bürgerfreifunk«* könne ein über die ganze Stadt verteiltes großes öffentliches WLAN-Netz aufgebaut werden.

LISA ROTHE

Landkreis Barnim zum Oberschulneubau in der Eberswalder Straße:

Ein Höchstmaß *an Transparenz*

Eberswalde (bbp). Der Landkreis Barnim will an der Eberswalder Straße auf dem Gelände des einstigen Behördenzentrums (Arbeits-, Finanzamt u.a., vormals Lehrlings- und Ledigenwohnheime des SVKE Schlacht- und Verarbeitungskombinat Eberswalde) einen neuen Oberschul-Campus errichten. Die Entscheidungen dazu fielen am 28. Mai bzw. 10. Juni in nichtöffentlicher Sitzung in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde und im Kreistag. (*BBP 6 und 10/2020*)

Im Oktober wandte sich Christian S. aus dem Eberswalder Ortsteil Westend mit einigen Fragen zu dem neuen Schulkomplex an den fraktionslosen Stadtverordneten Carsten Zinn, der die Fragen umgehend an den Barnimer Landrat weiterleitete.

Der Bürger aus Westend hatte aus der Presse erfahren, daß die alten Gebäude in der Eberswalder Straße vom Landkreis Barnim gekauft worden sind und einem Schulneubau weichen sollen. Es sei grundsätzlich zu begrüßen, daß dieser Schandfleck beräumt wird, meint Christian S., *»jedoch fehlt mir die Transparenz in Choronazeiten. Können Sie mir sagen, warum es keinerlei Veröffentlichung über die Höhe der Ankaufskosten seitens des LK Barnim gibt und warum sämtliche Beschlüsse nichtöffentlich sind? Ich verstehe wirklich nicht, wie es dem LK Barnim gelungen ist, nach all den Jahren dieses Grundstück zu erwerben, nachdem diverse Versuche unter anderem der Stadt an überhöhten Forderungen seitens des Eigentümers gescheitert sind. Da aktuell bundesweit Höchstpreise für Grundstücke zu zahlen sind, ist daher anzunehmen, daß auch dieses ca. drei Hektar große Gelände zu stark überhöhten Preisen veräußert wurde. Mich würde daher interessieren, wie der Landkreis Barnim das in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit und fallenden Steuereinnahmen vor dem Steuerzahler rechtfertigt.«* Der Westender weist auch darauf hin, daß die die Gebäude hochgradig kontaminiert sind. Sie müssen demnach *»für sehr viel Geld«* zurückgebaut werden. Er fragt: *»Wie hoch sind die dafür vorgesehenen Kosten?«*

Nach gut einem Monat Bearbeitungszeit gab es bereits eine Antwort vom Rechtsamt des Landkreises Barnim. Der juristische Sachbearbeiter in der Kreisverwaltung Jan Waschko schrieb, daß er die Fragen des Bürgers wie folgt beantwortet:

1. Der Landkreis hat sich im Grundstückskaufvertrag gegenüber dem Verkäufer verpflichtet, über Abschluß, Inhalt und Durchführung dieses Kaufvertrags Stillschweigen zu bewahren. Daher wurde der Kreistagsbeschluß zum Ankauf weder öffentlich behandelt noch veröffentlicht, §§ 36 Absatz 2 Satz 2 und 39 Absatz 3 der Kommunalverfassung.
2. Belastbare Angaben zu den Baukosten liegen noch nicht vor und hängen vom Planungsfortschritt ab.

Noch mehr Transparenz kann man ja nun wirklich nicht verlangen.

Nicht mit der CDU

Groß Schönebeck (bbp). TOBIAS BIERMANN hatte zur Kommunalwahl 2019 als Kandidat von Bündnis Schorfheide, das ein Mandat errang, den Einzug in den Kreistag Barnim verpaßt. Mit 952 Stimmen kam er bündnisintern auf Platz 3. Platz 1 und damit das Kreistagsmandat hatte Wilhelm Westerkamp errungen, der seinen Kreistagssitz aufgeben mußte, als er im Herbst 2019 zum hauptamtlichen Bürgermeister von Schorfheide gewählt wurde. Nun hat auch der Nachrücker Christoph Raschke, zugleich Ortsvorsteher von Finowfurt, sein Mandat aufgegeben, so daß Tobias Biermann als Drittplatzierter zum Zuge kam.

Im Unterschied zu seinen Vorgängern im Kreistag hat sich Biermann jedoch nicht der CDU-Fraktion angeschlossen, sondern trat der sozialdemokratischen Fraktion bei. Die CDU-Fraktion verlor damit ihren Status als stärkste Fraktion im Kreistag, gleichauf mit den LINKEN/Bauernverband.

Der heute 29jährige leitet seit 2016 die Kita *»Borstel«* in Groß Schönebeck. Im Ortsteil engagiert er sich in der Wählergruppe WIR FÜR BÖHMERHEIDE, GROß SCHÖNEBECK, KLANDORF UND SCHLUFT, die nur auf Kreisebene gemeinsam mit dem Bündnis Schorfheide antrat, auf Gemeindeebene jedoch mit dem Bündnis konkurrierte. Die Entscheidung des Nachrückers, mit der SPD statt wie bisher das Bündnis Schorfheide mit der CDU zusammenzuarbeiten, geschah offensichtlich aus inhaltlichen Erwägungen. Dies kann zumindest nach einem Blick in die Kommunalwahlprogramme von WIR und Bündnis Schorfheide angenommen werden (www.wirschorfheide.de, www.buendnis-schorfheide.de), die in wesentlichen Punkten differieren.

Freie Wähler Schorfheide:

Keine Elternanteile für Kopierkosten

Der Antrag von Freie Wähler Schorfheide auf Abschaffung der Kopier- und Mia-Heft*-Kosten an den Schulen der Schorfheide wurde von der Gemeindevertretung einstimmig angenommen.

Die Kosten für das Kopieren und die Kosten des Mia-Hefts werden an den Schulen der Gemeinde Schorfheide bisher nicht vollständig von der Gemeinde übernommen. An den Schulen wird deshalb durch die Lehrerinnen und Lehrer ein Eigenanteil von den Schülern eingesammelt. Nicht selten führt dies zu unnötigem bürokratischem Aufwand, bei dem sich die Lehrkräfte in kleinteiligen administrativen Aufgaben verzetteln müssen, statt ihre wertvolle Zeit direkt in die unmittelbare Arbeit mit den Schülern zu investieren.

Auch mit dem Blick auf die Attraktivität der Schulen, insbesondere der Oberschule Finowfurt, und der gleichberechtigten Teilhabe aller Schülerinnen und Schüler im Bereich Bildung sollten die überschaubaren Kosten von der Gemeinde in Zukunft vollständig übernommen werden. Daher fordern wir von FREIE WÄHLER Schorfheide die Übernahme dieser Kosten durch die Gemeinde bis spätestens zum Schuljahresbeginn 2022.

Durch die konstruktive und sachliche Beratung mit der Verwaltung und den anderen Fraktionen kam es zu einer einstimmigen Annahme des Antrages auf der jüngsten Sitzung der Gemeindevertretung.

Dieses Ergebnis zeigt, daß mit familienfreundlicher Sacharbeit Erfolge erzielt werden können.

SVEN WELLER, Fraktionsvorsitzender
Freie Wähler Schorfheide

* Das Mia-Heft ist ein großes Hausaufgabenheft mit erweiterten Spektrum, das die Lehrer der Finowfurter Schule sehr begeisterte, so daß sie dieses Heft kopiert haben, um es für den Unterricht zu verwenden.

Kommunales Kino im Wohnzimmer

Der HEIDEKRUG IN JOACHIMSTHAL bleibt zwar bis Ende des Jahres geschlossen, darf aber dank *Salzgeber Medienverleih* trotzdem einen außergewöhnlichen Film zeigen. *»Schlaf«*, ein Heimat-Horror-Thriller aus der BRD kann ab sofort direkt von der Heidekrug-Homepage www.heidekrug.org für 10 Euro ausgeliehen werden. Alle Kinos, die den Film anbieten, werden zu 50 Prozent an den Einnahmen beteiligt. Das heißt, wer diesen Film guckt, unterstützt die deutsche Programmkinolandschaft und auch den Heidekrug. Der Film von Michael Venus erzählt die Geschichte von Marlene (Sandra Hüller), die an immer wiederkehrenden Alpträumen leidet und glaubt, daß sie real sind. Als sie in einen komatösen Schlaf fällt, macht sich ihre Tochter Mona (Gro Swantje Kohlhof) auf die Suche nach dem Auslöser und stößt dabei auf ein eigentümliches Dorfhotel und einen alten Familienfluch, der sie bis in ihre Träume verfolgt.

Der Verein Kulturhaus Heidekrug 2.0 wünscht allen mutigen und neugierigen Zuschauern einen spannungsvollen Filmabend im Wohnzimmer.

RUTH BUTTERFIELD

Keine Perspektive für die Ebertwiese?

Stadtverwaltung nur Moderator für die Baulobby

Eberswalde (bbp). »*Schön, daß Sie sich für Ihre Themen einsetzen.*« Mit diesen Worten begrüßte die Eberswalder Baudezernentin Anne Fellner die Einwohnerinnen und Einwohner, die am 1. Dezember zur Sitzung des städtischen Ausschusses für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt (ASWU) kamen. Im Unterschied zu mehreren Händlerinnen und Händlern hatte die Initiative »*Recht auf Stadt – für ein solidarisches Eberswalde*« keine spezielle Einladung erhalten. Dennoch durfte ein Vertreter auch zum Tagesordnungspunkt, in dem es um den weiteren Umgang mit der Bebauung in der Friedrich-Ebert-Straße Süd ging, das Wort ergreifen.

Zunächst gab es aber zahlreiche Wortmeldungen zur Einwohnerfragestunde, viele kritische und einige die Bebauung befürwortende.

Mehrere Redner kritisierten das Beteiligungsverfahren an sich. Die ungünstige Uhrzeit habe vielen keine Möglichkeit zur Teilnahme gelassen und es fehlte die Null-Option zur Auswahl. Eine Studentin der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung sagte, sie fühle sich nicht ernst genommen. Man habe den Eindruck, daß Studenten als »*durchziehende Gruppe*« zweitklassig behandelt werden. Dabei werde sie nach ihrem Studium, wie viele andere, sehr wohl in Eberswalde bleiben. Andere kritisierten das »*dünne Informationsangebot*« und die Voreingenommenheit der Stadtverwaltung in dem stattgefundenen Dialog. Die Bebauung sei in Zeiten beschlossen worden, deren Bedingungen heute nicht mehr gelten. Soziodemographische Prozesse würden ignoriert. Die Beteiligung hätte eine Chance für die Stadt sein können und Mittel gegen eine weitere Spaltung der Gesellschaft, statt bloß Informationsveranstaltung. Eine Bebauung schaffe vollendete Tatsachen, die dann nicht mehr revidiert werden können. Es wurde vorgeschlagen, zunächst erstmal die Straße zu beruhigen und den Belebungseffekt abzuwarten. Von einer Bebauung sollte abgesehen werden.

David Scholz, der in der Puschkinstraße wohnt, mahnte an, den Handel an die aktuellen Entwicklungen anzupassen. Der viele Leerstand zeige, daß da einiges nicht funktioniert. Er vermutet, daß die Kaufkraft in Eberswalde nicht ausreicht, woran auch zusätzliche Ladenflächen nichts ändern werden.

Mehrere Einwohnerinnen und Einwohner sprachen sich für eine Bebauung der Friedrich-Ebert-Straße Süd aus. Monique Schostan, bis 2019 Stadtverordnete (CDU), betrieb bis vor einigen Jahren selber ein Modegeschäft in der Eberswalder Innenstadt, das sie aus wirtschaftlichen Gründen aufgeben mußte. Im Herbst 2019 fand sie dann eine Anstellung in der Stadtverwaltung. Sie habe bereits 2004 die Bebauung begrüßt und hofft, daß es nun endlich Wirklichkeit damit wird. Eine Fußgängerzone ohne Bebauung wäre der »*Todesstoß*« für die Friedrich-Ebert-Straße. »*Die Leute wollen am liebsten mit dem Auto ins Geschäft fahren*«, weiß sie aus der Zeit, als sie noch ihr Modegeschäft betrieb. Über eine Verkehrsberuhigung könne nach einer Bebauung gesprochen werden. Aktuell zeigten die Weihnachtsbuden, wie schön ein Boulevard wäre.

»*Es gab reichlich Beteiligung und Austausch*«, widersprach der Apotheker Christoph Maskow (FDP) den Kritiken von »*Recht auf Stadt*«. Es müsse endlich weitergehen mit der Planung, ist seine Forderung. »*Zu entscheiden haben das die Stadtverordneten*«, stellte er klar. Und: »*Es gibt genügend Bäume in der Stadt. Wir brauchen keine grüne Wiese in der Stadt, eine grüne Wiese ist nicht attraktiv.*« In der Stadtmitte wünscht er sich eine eine Magistrale, wie es sie zum Beispiel in Buxtehude gibt. Befremden löste der Ausschußvorsitzende Dr. Hans Mai aus, der sich nicht auf die Moderation beschränkte, sondern mehrfach Redebeiträge belehrend kommentierte.

Baudezernentin Anne Fellner lobte das Verfahren. Unterschiedliche Sichtweisen seien eine »*Bereicherung*«. Das Beteiligungsformat sei gezielt ausgewählt worden, um auch unter Corona-Bedingungen die Grundsatzfrage zu klären: weiter gehen oder ruhen lassen. »*Die Beschlußvorlage ist kein Beschluß zum B-Plan. Es ist ein 'weicher' Beschluß, um miteinander im gesamtstädtischen Kontext mit den Stadtverordneten zu diskutieren.*« Eine Verkehrsberuhigung sei bereits im Mobilitätsplan 2030 als Grundidee mit aufgenommen worden. Und es habe schon eine Entwicklung gegeben: Es gibt keinen Bauriegel mehr, sondern eine von Grünflächen »*unterbrochene*« Bebauung, die auch ein »*Öko-Café*« beherbergen könnte. Der Erhalt der Freifläche direkt am Kienwerder an der Hochschulbibliothek sei auch ihr ein Anliegen.

Die Baudezernentin wies darauf hin, daß es auch Bebauungsbefürworter gebe. Die Stadtverwaltung sei keineswegs parteiisch, wie in einigen Redebeiträgen kritisiert worden war. Sie sieht sich als Moderatorin, die verschiedenen Möglichkeiten abzuwägen. »*Der Einzelhandel steckt in einer Krise, das stimmt*«, so Anne Fellner. »*Daher soll es auch gegenüber den ersten Entwürfen auch weniger Einzelhandel geben.*« Statt dessen sei beispielsweise ein Kita vorstellbar.

Die Beratung zur Beschlußvorlage »*Perspektive Friedrich-Ebert-Straße Süd*« begann mit einer Präsentation der Stadtverwaltung zur Bürgerbeteiligung, deren Ergebnisse und dem Standpunkt der Verwaltung. Die Fläche sei seit 1990 im »*Fokus der Stadtentwicklung*«. 2017/18 gab es dann eine Machbarkeitsstudie mit einem Bebauungsentwurf durch einen privaten Investor. Das Verfahren zum daraufhin aufgestellten Bebauungsplan Nr. 136-1 ruht derzeit. Die Stadtverwaltung plant inzwischen ohne Investor weiter und legte 2020 drei neue Entwürfe vor, die dem »*Grundsatz der doppelten Innenentwicklung*« entsprechen.*

Im Rahmen der Bürgerinformation am 15. September sei zur Geschichte der Fläche informiert worden. Mögliche bauliche Entwicklungen wurden präsentiert und mit Bürgerinnen und Bürgern diskutiert (BBP 10/2020). An der Abstimmung per Stimmzettel und eMail beteiligten sich insgesamt 270 Bürger, von denen 47 % jegliche Bebauung ablehnten. 37 % votierten für eine der drei vorgelegten Bebauungsvarianten, 16 % wollten eine alternative Bebauung. »*Folgende Aspekte waren allen Einwendern wichtig: mehr Freifläche und eine offenere Bebauung mit viel Grün und Aufenthaltsqualität, eine nachhaltige Bauweise mit nachwachsenden Rohstoffen und Gebäudegrün, sozialverträglicher Wohnraum sowie eine Verkehrsentlastung.*«

In der anschließenden Diskussion der Ausschußmitglieder und geladenen Gäste überwogen die Wortmeldungen von Bebauungsbefürworter deutlich. Am Finowkanal sei schon genügend zusätzliches Grün entstanden, das eigentlich auch hätte bebaut werden können. »*Wenn erstmal neue Geschäfte entstanden sind, dann werden auch die Leerstände neu bezogen, weil dann ja dort Menschen flanieren.*« Mehr Einzelhandel belebe das Geschäft, wie man in der Umgebung der Alten Brauerei sehen kann – sofern man die Entwicklung der Rathauspassage und des Altstadtcarees ausblendet.

Der Vorsitzende der Linksfraktion Sebastian Walter sagte, er sei als Jugendlicher auch gegen die Bebauung gewesen. Inzwischen hat er seine Meinung geändert. Er steht zu der Linken-Position für die Bebauung der Ebertstraße Süd. Als Linker fordert er selbstverständlich ein »*sozialverträgliches*« Bauen und mietpreisgebundenen Wohnraum. Das Wort »*sozialverträglich*« wurde schließlich auch in der beschlossene Fassung untergebracht.

Für Karen Oehler (Bündnis 90/Die Grünen) ist es ein Erfolg, daß die Freifläche am Kienwerder bleibt, »*damit das schöne Bibliotheksgebäude nicht verstellt wird*« und sie wünscht sich eine andere, kleinteiligere Fassadengestaltung.

Als Vertreter von »*Recht auf Stadt*« durfte sich Paul Venuß an der offiziellen Diskussion beteiligen (*siehe Seite 10*).

Von den 9 anwesenden stimmberechtigten Ausschußmitgliedern votierten am Ende 8 für die Verwaltungsvorlage. Oskar Dietterle (Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur) enthielt sich der Stimme. Am 15. Dezember entscheidet die Stadtverordnetenversammlung abschließend über die »*Perspektive Friedrich-Ebert-Straße Süd*«.

* Doppelte Innenentwicklung heißt, die Entwicklung der Städte in ihrem Bestand nicht nur im Sinne einer baulichen Verdichtung zu betreiben, sondern den Blick zugleich auch auf die Erhaltung, Weiterentwicklung und Qualifizierung des urbanen Grüns zu richten. Beides soll als Einheit konzeptionell zusammengeführt werden. (Deutsches Institut für Urbanistik)

Alleskönner Friedrich-Ebert-Straße:

Bauprojekt mit nachhaltiger **Fassade**

Die Stadtverwaltung hat zur Dezembersitzung der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage mit dem schönen Namen *»Perspektive Friedrich-Ebert-Straße Süd«* eingebracht (Seite 9). PAUL VENUß von der Initiative *»Recht auf Stadt – für ein solidarisches Eberswalde«* nutzte die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt (ASWU) am 1. Dezember zu einer Wortmeldung, die wir nachfolgend dokumentieren:

Die Beschlußvorlage klingt in sich widersprüchlich. Als würde man versuchen einen technischen Vorgang in den Worten der Poesie auszudrücken. Hier wurde scheinbar das Vokabular des Nachhaltigkeitsdiskurses auf ein in seiner Gesamtwirkung nicht nachhaltiges Bauprojekt angewendet. Ist das ein Mittel der Diplomatie oder ein bereits jetzt gesetzter Stolperstein für später notwendige Kürzungen?

1 Laut der Beschlußvorlage soll die Schaffung von sozialverträglichem Wohnraum als Ergebnis der Bürgerbeteiligung in der Planung berücksichtigt werden. Es ist bekannt, daß aufgrund des schwierigen Baugrunds ein Bauprojekt mit hohen Kosten verbunden ist. Noch dazu, wenn mit nachwachsenden Rohstoffen gebaut werden soll. Wie kann gewährleistet werden, daß die entstehenden Wohnungen sozialverträglich sind? Man bedenke, daß man sozialverträglichen Wohnraum in ganz anderer Größenordnung erhalten kann, einfach indem die WHG auf weitere Mieterhöhungen und High-End-Sanierungen verzichtet.

2 Die systemangepaßte Bebauung des Standortes soll dem Leitbild der kompakten *»Stadt der kurzen Wege«* entsprechen. Teil des Leitbildes ist die *»Polyzentralität mit dem Innenstadtbereich als Hauptzentrum von Eberswalde und die Funktionsmischung von Wohnen, Arbeiten, Einkauf und Freizeit auf Quartiersebene«*, die *»zur klimatischen Entlastung«* beitragen.

Wo gibt es die Polyzentralität in der Stadt? Die Entwicklung der Friedrich-Ebert-Straße Süd (FES) als Einzelhandelsstandort trägt doch dazu bei, noch mehr in der Kerninnenstadt zu zentralisieren, während in anderen Vierteln kaum Einkaufsmöglichkeiten bestehen. Kurze Wege: Die Innenstadt hat bereits die kürzesten Wege, die man sich in Eberswalde wünschen kann. Wie sollen durch die Bebauung die Wege der Einwohnerinnen und Einwohner aus anderen Stadtteilen verkürzt werden?

3 Es soll dem Prinzip der sogenannten *»doppelten Innenentwicklung«* entsprochen werden. Diese sieht vor, sowohl innerstädtische Flächen baulich wieder zu nutzen und zu verdichten wie auch urbane Grünflächen zu entwickeln, aufzuwerten und miteinander zu vernetzen.

Schaut man über die FES hinaus, in welchem Flächen-Verhältnis stehen die bauliche Verdichtung und die Entwicklung von Grünflächen? Viele Argumente sprechen in diesem Fall für die Entwicklung einer Grünfläche!

»Hochqualitatives Grün und Aufenthaltsqualität« müssen nicht baulich geschaffen werden. Beeindrucken kann man Besucher und Bewohner der Stadt durch die Wertschätzung der Einzigartigkeit eines Waldstreifens in der Innenstadt!

Warum ist von Bebauung überhaupt die Rede, wenn es um die Anpassung an den Klimawandel geht? Was andere Städte teuer herstellen müssen, ist Eberswalde als Geschenk gereicht. Hat denn, was nichts kostet, keinen Wert?

PAUL VENUß,
Recht auf Stadt - für ein solidarisches Eberswalde

Die Ebertwiese **muß** *bebaut werden*

Die Ebertwiese muß bebaut werden, es gibt kein drumherum oder dazwischen. Das soll *»behutsam, klimaneutral und sozialverträglich«* geschehen, wie es jetzt auch der Chef der hiesigen *»Linken«* erzählt. Auf jeden Fall muß etwas geschehen, das ist der Tenor fast aller städtischen Fraktionen und der Mitarbeiter der Stadtverwaltung.

Viele Mitarbeiter der Stadtverwaltung, bestimmt auch der Herr Bürgermeister und viele Investoren, fangen langsam an zu weinen, wenn sie weiterhin auf dem Weg zur Arbeit an dieser *»Brachfläche«* vorbeigehen müssen. Eine der Stadtverwaltungsmitarbeiterinnen, die früher selber einen Laden hatte, aber damit scheiterte, weil ja die *»belebende Konkurrenz«* auf der Ebertwiese fehlte, nutzte gar die Einwohnerfragestunde im Ausschuß für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt, um dafür zu werben, daß die Bebauung endlich kommt. Zur Unterstützung hatte sie einige alte Händlerkollegen heranorganisiert.

Es gibt kein *»weiter so«* und nix machen, diese (für alle zugängliche) Wiese wurde lange Jahre geduldet, auch weil das Trockenlegen dieses Wiese recht teuer geworden wäre. Doch nun ist es an der Zeit sie jemandem zu geben, der für die Nutzung viel Geld verlangen kann. Denn inzwischen ist das Grundstück ja schon fast mit Gold aufzuwiegen und daher kann sich eine Bebauung auch auf solch schwierigem Baugrund lohnen. Denn für die Innenstadtentwicklung brauchen wir noch mehr leerstehende Läden, wie auf der gegenüberliegenden Straßenseite. Eine Stillegung der Straße als Fußgängerzone kommt auch nicht in Frage.

Dabei würde eben eine solche Wiese, inmitten einer Fußgängerzone, das Potential haben: Unmengen an Kunden von der Rathauspassage weg und direkt vor die Läden zu hohlen.

Es ist nicht nur eine Verschwörung gegen die Ebertwiese. Es ist eine Verschwörung gegen alle Natur in der Stadt.

PEGGY SIEGEMUND

Aktives Flächenmanagement

»Für eine nachhaltige Stadtentwicklungspolitik«

Eberswalde (bbp). Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 28. November beschlossen, *»die Zielstellungen der Stadtentwicklung durch ein aktives nachhaltiges Flächenmanagement zu stärken«*. Künftig sollen entsprechend dem Vorschlag von Bündnis 90/Die Grünen und SPD|BFE Flächenverkäufe *»nur dort erfolgen, wo die Entwicklungsabsichten von Investoren mit den langfristigen und strategischen Stadtentwicklungszielen im Einklang stehen«*.

Ausgenommen davon sind lediglich Arrondierungsflächen, insbesondere Kleinst- und Verschnittflächen sowie Grundstücksverkäufe, die einer Nutzungsbereinigung zugeführt werden sollen. Flächenankäufe sollen dazu dienen, einen Flächenpool aufzubauen, der die Umsetzung strategischer Stadtentwicklungsziele unterstützt. Insbesondere sollen Flächen angekauft werden, die noch unbeplant sind, ihre ehemalige Nutzung verloren haben, für eine neue Nutzung hergerichtet werden müssen, der Standortqualität durch ihre Nutzung nicht gerecht werden sowie unter- und zwischengenutzte Flächen.

Die Einnahmen und Ausgaben für das *»Nachhaltige Flächenmanagement der Stadt Eberswalde«* werden zweckgebunden und in ausreichender Höhe im Haushalt der Stadt geplant, heißt es in dem Beschluß weiter. Der Ausschuß für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt (ASWU) soll im Rahmen der Haushaltsaufstellung bzw. jährlich im I. Quartal des jeweiligen Haushaltsjahres durch die Verwaltung über die Mittelverwendung informiert werden.

Naturerfahrungsräume in Städten

Neuer Leitfaden unterstützt Kommunen und Initiativen

Foto: HNEE

Flächen zum Balancieren, Buddeln oder Rennen, zum Tiere beobachten oder Früchte naschen – Naturerfahrung ist für Kinder von großem Wert. Gerade in Großstädten sind naturbetonte Freiräume allerdings ein knappes Gut. Mittlerweile erkennen viele Initiativen und Kommunen, wie wichtig es ist, daß Menschen Natur erfahren und – im doppelten Wortsinn – begreifen können. Wie sie in ihrem Wirkungsbereich Naturerfahrungsräume planen, einrichten und dauerhaft betreiben können, beschreibt ein neuer Leitfaden des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) und der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE).

»Naturerfahrungsräume erfüllen stadtökologische und auch soziale Funktionen. Sie schaffen Raum für Erholung, für soziale Kontakte und bieten Kindern Bewegungs- und Entdeckungsräume. Naturerfahrungsräume sollten deshalb ein selbstverständlicher Bestandteil öffentlicher Freiräume in unseren Städten werden. Wie das gelingen kann, dazu gibt der neue Leitfaden jetzt praxisnahe Empfehlungen«, sagt Prof. Dr. BEATE JESSEL, Präsidentin des Bundesamtes für Naturschutz (BfN). Naturerfahrungsräume sind im Bundesnaturschutzgesetz verankert. Auch im Masterplan Stadtnatur der Bundesregierung ist eine Initiative zur Verbreitung von Naturerfahrungsräumen vereinbart.

»Naturerfahrungen von Kindern haben im Alltag eine hohe Bedeutung«, betont Prof. Dr. HEIKE MOLITOR von der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE). Das zeige sich gerade in der aktuellen Covid-19-Situation. Über mehrere Wochen waren nicht nur die Kitas und Schulen, sondern auch die Spielplätze geschlossen. *»Erfreulicherweise suchten sich Kinder zum Teil alternative Spielräume draußen. In städtischen Wäldern und Grünflächen konnte man wieder vermehrt Kinder beim Spielen und Gestalten beobachten.«*

Der Leitfaden liefert konkrete Anregungen, wie Naturerfahrungsräume für eine gesunde Entwicklung von Kindern geschaffen werden können. Er gibt ausführliche Antworten auf Fragen zur Vorbereitung, Planung, Einrichtung und zum Betrieb von Naturerfahrungsräumen: Wie läßt sich eine geeignete Fläche finden? Welche Genehmigungen sind erforderlich und welche Sicherheitsbestimmungen sind einzuhalten? Wie können sich Eltern und Kinder in die Gestaltung einbringen? Und nicht zuletzt: Wer kümmert sich um einen ordnungsgemäßen Betrieb?

Die positiven physischen und psychischen Wirkungen von Naturerfahrung auf Kinder und Jugendliche sind unbestritten und in den letzten Jahren oft beschrieben. Damit sind auch Naturerfahrungsräume in den Städten in den vergangenen Jahren stärker in den Blick der Öffentlichkeit gerückt. Verwaltungen und politisch Verantwortliche, Verbände und Initiativen in den Bereichen Kinder und Naturschutz sowie auch Pädagoginnen und Pädagogen treiben die Schaffung neuer Naturerfahrungsräume voran. Nicht zuletzt Eltern und Kinder selbst ergreifen verstärkt die Initiative für mehr Naturerfahrung vor der Haustüre. In wenigen Jahren sind in der BRD bereits dreißig Naturerfahrungsräume und naturnahe Spielräume entstanden. Eine Reihe weiterer sind in der Planung.

Erstellt wurde der Leitfaden im Fachbereich Landschaftsnutzung und Naturschutz der HNEE im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung zum Erprobungs- und Entwicklungsvorhaben *»Naturerfahrungsräume in Großstädten am Beispiel Berlin«*, das durch das BfN mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit gefördert wurde. Während der Laufzeit des Projektes und der Voruntersuchungen in den Jahren von 2010 bis 2020 wurden nicht nur drei Naturerfahrungsräume in Berlin dauerhaft etabliert, sondern auch umfangreiche wissenschaftliche und praktische Erkenntnisse für die Planung, die Einrichtung und den langfristigen Betrieb von Naturerfahrungsräumen gesammelt.

ANNIKA BISCHOF

Bezug: Bundesamt für Naturschutz (Hrsg.) (2020): Leitfaden Naturerfahrungsräume in Großstädten – Eine Arbeitshilfe für Vorbereitung, Planung, Einrichtung und Betrieb. Bonn-Bad Godesberg. Der Leitfaden steht kostenfrei zum Download zur Verfügung unter: www.bfn.de/fileadmin/BfN/planung/landschaftsplanung/Dokumente/NER_Leitfaden.pdf. Gedruckte Exemplare können kostenfrei bestellt werden bei: Bundesamt für Naturschutz, Außenstelle Leipzig, Alte Messe 6, 04013 Leipzig; E-Mail: PBox-BfN-Leipzig@BfN.de. www.hnee.de/K5621

Keine Mieterhöhungen I

Der Aufsichtsrat der stadteigenen Wohnungs- und Hausverwaltungsgesellschaft (WHG) kommt am heutigen Tage zusammen, um unter anderem über den Wirtschaftsplan 2021 zu entscheiden.

Wichtiger Bestandteil des Wirtschaftsplans sind regelmäßig die beabsichtigten Anhebungen der Mieten.

Die WHG muß kostendeckend wirtschaften. Auch müssen Liquiditätsreserven und Mittel für Neuinvestitionen eingeplant werden. Steigende Kosten haben daher durchaus steigende Mieten zur Folge. Die Frage ist das Maß.

Im Jahr 2020 hat die WHG auf Erhöhungen der Bestandsmieten im Zusammenhang mit den Belastungen durch die Maßnahmen zur Corona-Pandemie, die viele Mieterinnen und Mieter zu tragen hatten, verzichtet.

Die Corona-Maßnahmen wirken – selbst wenn sie 2021 nicht fortgesetzt werden – auch, und für viele erst, im Jahr 2021.

Davon abgesehen hat die WHG als städtische Wohnungsgesellschaft eine besondere Verantwortung, einer allgemeinen Mietpreistreiberei, die es in Eberswalde bereits gibt, entgegenzuwirken.

Die Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur hat daher ihren Vertreter im Aufsichtsrat der WHG gebeten, darauf hinzuwirken, daß die WHG auch 2021 auf eine Erhöhung der Bestandsmieten verzichtet.

MIRKO WOLFGRAMM, Fraktionsvorsitzender

Keine Mieterhöhungen II

2021 wird es keine Mieterhöhungen nach Mietspiegel für die Mieterinnen und Mieter bei der WHG Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft Eberswalde geben. Die WHG verzichtet damit auf 147.000 Euro Mieteinnahmen, die durch gesetzlich zulässige Mieterhöhungen 2021 möglich gewesen wären.

Die WHG Geschäftsführung verständigte sich darüber gemeinsam mit den Aufsichtsräten und dem Gesellschafter am 25. November in ihrer Aufsichtsratssitzung.

Auch in der anhaltenden Corona-Pandemie wollen wir in Eberswalde für die Mieterinnen und Mieter der WHG ein zuverlässiger und sozial verantwortungsvoller Vermieter sein, der in der Krise Stabilität und Vertrauen gibt.

Die WHG bietet umfassende Beratung und Information rund um die Mietzahlungen in der Corona-Pandemie. Beratungstermine können unter 03334/ 3020 oder per Mail info@whg-ebw.de vereinbart werden.

DOREEN BODEN

Barnimer Bürgerpost
abonnieren!
eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
internet: www.barnimer-buergerpost.de
Telefon: 0 33 34 / 35 65 42

Behinderungen *für den Obus*

Jüngste *»Errungenschaft«* der Eberswalder Verkehrspolitik ist die *»Verkehrsberuhigung«* in der Saarstraße durch Erweiterung der in Ostend geltenden Tempo 30 Zone bis vor die Tornower Straße.

Wie es in einer Mitteilung der Stadtverwaltung heißt, hatte es eine *»Verkehrsschau mit Vertretern der Polizei, des Ordnungsamtes, der Verkehrsabteilung und des Tiefbauamtes der Stadt Eberswalde«* gegeben, bei der *»alle Verkehrsschilder im Wohngebiet Ostend begutachtet«* wurden. *»Ziel war es, das gesamte Wohngebiet einheitlich als Zone 30 auszuschildern und damit die Verkehrssicherheit zu erhöhen.«* Die 30er Zone war nicht Ergebnis der Verkehrsschau, sondern von vornherein Ziel.

Die Barnimer Busgesellschaft (BBG) wurde bei der Verkehrsschau nicht beteiligt, obwohl das beschlossene Klimaschutzkonzept die Förderung des ÖPNV, insbesondere des Eberswalder Obusses vorschreibt. Bisher gab es sogar eine Übereinkunft zwischen BBG und die untere Verkehrsbehörde der Stadt, nach der die Vorfahrtsregelung für den Obus in der Saarstraße beibehalten wird. Aber die zuständige Sachbearbeiterin ging kürzlich in den Ruhestand und ihre Nachfolger wissen offensichtlich von nichts.

Diese aktuelle Behinderung des Obus-Verkehrs in Eberswalde ist indes bei weitem nicht die erste und einzige.

Ältere Eberswalderinnen und Eberswalder können sich noch daran erinnern, daß die ersten Ampeln im heutigen Ampelwalde ausschließlich dazu dienten, dem Obus Vorrang einzuräumen. Die Ampeln an der Einmündung der Puschkinstraße in die Wilhelm-Pieck-Straße (heute Eisenbahnstraße) sowie an der damaligen Endhaltestelle Boldtstraße wurden von den heranfahrenden Obussen über einen am Fahrdraht angebrachten Schalter angeschaltet und garantierten die freie Durchfahrt der Obusse. Danach gingen die Ampeln wieder in den Ruhezustand.

Mitte der 1980er Jahre, der übrige Fahrzeugverkehr hatte inzwischen stark zugenommen, wurden diese Ampeln durch Dauerampeln ersetzt, die nach ihrem eigenen Rhythmus arbeiteten und die den Obussen keinen automatischen Vorrang mehr einräumten. Allerdings war es damals – es gab noch keine computergesteuerten Ampelanlagen – noch möglich, die verschiedenen Ampeln aufeinander abzustimmen, so daß Staus weitgehend vermieden werden konnten (*»Grüne Welle«*).

Mit den Straßensanierungen nach 1990 kamen auch die Einengungen. So fehlten nach der Sanierung der Eisenbahnstraße 30 Zentimeter, um die vorherige vierspurige Verkehrsführung beizubehalten. Jede zusätzliche oder erneuerte Ampel funktionierte autark, so daß ständiges Stop & Go Normalität wurde. Nach Sanierung der Friedrich-Ebert-Straße wurde dort eine Tempo 30 Zone eingerichtet, in der Rechts vor Links gilt. Die Obusse mußten fortan an jeder Kreuzung und Einmündung anhalten. Erst nach Bürgerprotesten wurde die Zone aufgehoben und einfache Tempo-30-Schilder aufgestellt, womit die Vorfahrtsregelung in der Friedrich-Ebert-Straße wiederhergestellt war. Im Brandenburgischen Viertel blieb die Tempo 30 Zone hingegen. Geschwindigkeitsbeschränkungen gab es dann auch auf den Haupttrassen. Zuerst auf der B167 zwischen Westend und Finow, wo nun statt Tempo 60 nur noch Tempo 50 galt. Später wurde in der Breiten Straße das zulässige Tempo auf 30 reduziert.

Schließlich verschwand der Grünpfeil an der Einmündung Puschkinstraße, obwohl er dort sehr sinnvoll war. Und dann fiel 2016 noch die zweite Spur in der Heegermühler Straße weg. Die Wendestelle Boldtstraße mußte aufgegeben werden und die Obusse wendeten im Kauflandkreisel. Jetzt müßte eine Doppelhaltestelle am Markt geschaffen werden. Wenn mehr als zwei Busse halten, dann wird die Breite Straße blockiert, auch bei Rot.

Es gäbe viel zu tun, wollte man in Eberswalde den öffentlichen Nahverkehr und dessen Herzstück Obus tatsächlich fördern.

Eine Möglichkeit wäre beispielsweise, endlich die seit 2016 geltende Verkehrsführung in der Heegermühler Straße zurückzunehmen. Die zur Durchsetzung ihres Bürgerbegehrens von der Bürgerinitiative Radwege in Eberswalde angestrengte Klage vor dem Verwaltungsgericht Frankfurt (Oder) hängt nun bald zwei Jahre in der Warteschleife. Allerdings könnten die Eberswalder Stadtverordneten auch von sich aus dem Anliegen des Bürgerbegehrens entsprechen.

Dr. ULRICH POFAHL und GERD MARKMANN

Das Rad fährt mit dem Bus

Testphase zur Fahrradmitnahme in regionalen Buslinien

Eberswalde (bbp). Die Barnimer Busgesellschaft und der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC) wollen im Rahmen eines gemeinsamen Pilotprojektes die Möglichkeit zur Fahrradmitnahme im Busverkehr testen. Ab dem 14. Dezember haben Radfahrende im Barnim auf ausgewählten regionalen Buslinien die Möglichkeit, ihre Räder mitzunehmen.

Die Testphase beschränkt sich zunächst auf die Busse der Linien 864 (Eberswalder Busbahnhof – Clara-Zetkin-Siedlung) und 915 (Eberswalde – Altenhof). Zwischen 9 und 13 Uhr und ab 18 Uhr können Fahrräder auf diesen beiden Linien transportiert werden. Die Ticketpreise liegen bei 1,20 Euro (864 und 915 im Stadtverkehr bis zur Haltestelle: Lichterfelde, Bauernstube) bzw. 1,50 Euro (915 über den Stadtverkehr hinaus). Um Konflikte um den knapp bemessenen Platz in den Bussen zu vermeiden, haben Rollstühle und Kinderwagen weiterhin Vorrang vor Fahrrädern.

Der Pilotbetrieb der Fahrradmitnahme in den Bussen der BBG soll zu einer stärkeren Nutzung des Umweltverbundes beitragen und den Menschen im Landkreis den Umstieg auf umweltfreundliche Mobilitätsarten erleichtern. Durch die Fahrradmitnahme in Bussen soll eine zusätzliche Möglichkeit für eine schnelle und vor allem sichere Fahrt geschaffen werden. Gerade bei Dunkelheit und schlechtem Wetter oder einer Panne bietet die Fahrradmitnahme im Bus die Möglichkeit, größere Strecken im Bus zurückzulegen.

CHRISTIAN WAPLER, Sprecher der ADFC-Regionalgruppe Eberswalde, zeigt sich erfreut: *»Die Möglichkeit zur Fahrradmitnahme im Bus gibt mir mehr Freiheit und Flexibilität im Alltag und die Möglichkeit, mich auch auf dem Land möglichst umweltfreundlich fortzubewegen. Ich kann das Auto zu Hause lassen, wenn ich mit Bus & Rad in die Stadt fahren kann, um dort flexibel mit dem Rad meine Erledigungen zu machen. Und wenn ich zurück möchte, und gerade kein Bus fährt, bin ich mit dem Rad schneller wieder zu Hause und habe mich zudem noch ausreichend an der frischen Luft bewegt.«*

Der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club e.V. (ADFC) ist mit mehr als 185.000 Mitgliedern die größte Interessenvertretung der Radfahrerinnen und Radfahrer in Deutschland und weltweit. Er berät in allen Fragen rund ums Fahrrad: Recht, Technik und Tourismus. Politisch engagiert sich der ADFC auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene für die konsequente Förderung des Radverkehrs.

Testprojekt zum automatischen Andrahten von Obussen in Eberswalde

Vorzüge *des Oberleitungsbusses*

von Benjamin Freudenberg

Wir als Barnimer Busgesellschaft mbH sind mit unseren Oberleitungsbussen bereits in verschiedenen Projekten involviert gewesen und auch aktuell vertreten. Durch die Projektarbeit versuchen wir und andere Betreiber, den Fokus auf den Oberleitungsbus zu lenken, um auf die bereits erprobten Systeme hinzuweisen und deren Vorteile darzustellen. Dabei werden Themen wie effiziente Energienutzung, flexiblerer Einsatz der Obusse (kleines Batteriepack), flexiblere Gestaltung in Randbereichen der bestehenden Fahrleitung (automatisches Andrahten) und weitere Themen beleuchtet. In unserem aktuellen Projekt *»Trolley2.0«* wird der Einsatz von Hybridoberleitungsbussen (Obus mit Batterie) geplant und soll auch vollständig umgesetzt werden. Weitere Zusammenhangsmaßnahmen sind das automatische Andrahten und die effizientere Nutzung der Infrastruktur.

Der Punkt effizientere Nutzung der Infrastruktur sieht Ladesäulen für Elektro-PKW vor, um die Infrastruktur in seiner Ausnutzung zu erhöhen. Hierbei sind allerdings viele Punkte des Gesetzgebers zu beachten, was zur Zeit keine Umsetzung ermöglicht.

Das automatische Andrahten wird von der BBG bereits seit einigen Jahren mit verschiedenen Herstellern und Forschungsteams erprobt. Dazu gab es bereits Tests mit Versuchsfahrzeugen der Entwickler oder deren Systeme, um die Einsatzfähigkeit der verschiedenen Lösungen zu bewerten. Aus den Projekten der Westsächsischen Hochschule Zwickau (WHZ) ist das AOSA System entstanden. Dieses System versucht die Vorteile eines Obus mit denen eines Batteriebusses zu verknüpfen. Die Anfänge des automatischen Andrahtens liegen bereits im eBus Skorpion Projekt der WHZ. In diesem Projekt erfolgten erste Tests auf einem Versuchsaufbau mit Test in Eberswalde. Von Beginn im Jahr 2014 bis in das aktuelle Jahr 2020 ist ein Andrahtsystem inklusive Testbus entstanden, welches voll funktionstüchtig ist.

Dieser Testbus wurde in mühevoller Arbeit von der WHZ und externen Dienstleistern entworfen und fertiggestellt. Er dient nun der Erprobung verschiedenster Einsatzszenarien von Obus, Batteriebus mit partiellen Nachladestrecken bis zum Hybridoberleitungsbuskonzept. Hierbei wird und wurde auch im Test in Eberswalde der Fokus auf das Andrahtsystem des Testbusses gelegt. Die Ermittlung der Fahreigenschaften, der Erfolgsquote beim Andrahten, der Robustheit des Systems und der Verwendung im Alltagsgeschäft sind hierbei wichtige Kriterien, die nur in der Realität getestet werden können.

Foto: Ulrich Polfahl

Eine Woche lang nutzte der Versuchs-Obus der Westsächsischen Hochschule Zwickau das Eberswalder Obusnetz, um die Technologie des automatischen Andrahtens unter Praxisbedingungen zu testen. Unserem Fotografen gelang am 12. November diese Aufnahme in der Poratzstraße in Nordend, unweit des Hauptsitzes der Barnimer Busgesellschaft (BBG).

Die Tests haben gezeigt, daß das entwickelte System dazu fähig ist, durch Laserscanner, viel Rechentechnik und mechanischem Aufbau die Fahrleitung zu finden und die Stromabnehmerstangen mit den Stromabnehmerköpfen an die Fahrleitung zu führen. Eine 100%-Erfolgsquote konnte nicht erzielt werden, allerdings zeigte sich, daß der mechanische Aufbau, die Steuerungstechnik, der Testbus und weitere Komponenten die Testkilometer in Eberswalde gut überstanden haben. Wichtige Punkte für die Entwickler sind aus dem Test entstanden, welche bei der Finalisierung helfen werden, um eventuell zukünftige Test- oder auch Einsatzfahrten in Eberswalde zu ermöglichen.

Wir hoffen, mit der Zusammenarbeit mit der Westsächsischen Hochschule Zwickau, den Fokus der Energiewende wenigstens ein Stück auf die Vorzüge des Oberleitungsbusses zu lenken. Durch die langlebige Infrastruktur, dem lang bekannten und auch angewandtem Konzept des Oberleitungsbusses (80 Jahre Obus in Eberswalde) und der Ressourcenschonung im Vergleich zu reinem Batteriebus hoffen wir als Betreiber einer solchen Anlage, andere Betriebe im ÖPNV dazu zu bewegen, ein solches System zu etablieren (bspw. BVG).

Benjamin Freudenberg ist Ingenieur für technische Anlagen bei der Barnimer Busgesellschaft.

Vollgestopfte Bahnen

Nach Gaststätten, Kultur-, Sport und Freizeiteinrichtungen, sollen nun noch vor den Ferien auch Schulen, der Einzel- und Großhandel (außer Lebensmittel etc.) sowie *»körpernahe Dienstleistungen«* incl. Frisöre schließen. Als Mittel gegen Ansteckung gilt eine nächtliche Ausgangssperre und Alkoholverbot in der Öffentlichkeit. In Bahnen und Bussen hingegen gilt zwar Maskenpflicht, aber kein Abstandsgebot. Dafür ist auch zumeist gar kein Platz. Nötig wären hier Investitionen in mehr Personal und Fahrzeuge für eine merkliche Taktverdichtung.

Konzept umsetzen

Nach Auffassung von BVB/Freie Wähler sollen im Land Brandenburg zusätzlich 20 Millionen Euro pro Jahr zur Umsetzung des Konzepts von Bündnis Schiene zur Verfügung gestellt werden.

Lediglich 40 % der von Personen zurückgelegten Wege in Brandenburg erfolgen zu Fuß, mit dem Fahrrad oder öffentlichen Verkehrsmitteln. Der Anteil dieser umweltfreundlichen Verkehrsmittel soll laut Koalitionsvertrag bis 2030 auf 60 % erhöht werden. Dabei ist zudem von einer Zunahme des Verkehrs insgesamt auszugehen. Angesichts der klimapolitischen Ziele und der geplanten Erhöhung der Benzin- und Dieselpreise um voraussichtlich 17 bzw. 20 Cent bis 2026 ist eine zeitnahe Verbesserung des Schienenverkehrs dringend geboten.

Wenn unsere Bürger zukünftig statt Auto den Zug nutzen sollen, müssen diese Züge und Bahnstrecken auch existieren und in ausreichender Taktfrequenz verkehren. In einem ersten Schritt müssen alle Taktverdichtungen, die ohne große bauliche Veränderungen auf den bestehenden Schienen möglich sind, schnellstmöglich umgesetzt werden. Ein Beispiel hierfür ist die von BVB/Freie Wähler im Landtag bereits mehrfach angesprochene Taktverdichtung der S2 nach Bernau. Aber auch der Südast der S2 nach Blankenfelde, die S1 nach Oranienburg, die S5 nach Strausberg Nord oder die S46 nach Königs Wusterhausen sollen einen engeren Takt bekommen.

Barnimer Bürgerpost
abonnieren!
www.barnimer-buergerpost.de

Das Bündnis Schiene Berlin-Brandenburg hat zudem ein klares Konzept für den weiteren Ausbau der Schienenwege erstellt. Dieses macht Vorgaben, wann welche Investitionen erfolgen sollten und setzt so Prioritäten für einen gestuften Zeitplan, der sich aus den bahntechnischen Erfordernissen ergibt. Hierfür müssen laut den Fachleuten des Bündnis Schiene bereits im Haushalt 2021 die erforderlichen Planungsmittel für die baulichen Veränderungen bereitgestellt werden, um die Ziele bis 2025 rechtzeitig fertigstellen zu können. Denn bauliche Ergänzungen bei Schienen und Bahnsteigen bedürfen langer Planungs- und Realisierungsvorläufe.

Leider stellte die Regierungskoalition in ihrem Haushaltsplan keine Mittel für die Umsetzung dieser Planungen bereit. Die Fraktion BVB/Freie Wähler will hier auf den richtigen Weg helfen und hat den Antrag gestellt, aus dem Zukunftsinvestitionsfonds ab 2021 jährlich 20 Millionen Euro bereit zu stellen. Denn genau für solche Projekte ist der Fonds aus unserer Sicht gedacht.

Dr. PHILIP ZESCHMANN

Obus-Förderung im Landtag

Die Brandenburgische Landtagsfraktion BVB/Freie Wähler hat im November einen Antrag zur Obus-Förderung im Land Brandenburg vorgestellt. Der Landtag soll feststellen, daß *»die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse und der Klimaschutz in Brandenburg ... existentielle Aufgaben der Gegenwart [sind], die ein Umdenken auch in der Mobilität erfordern«*.

Eine konsequente Förderung des ÖPNV in Brandenburg sei nicht nur unerläßlich, *»sondern dieser ist auch mit Nachdruck auszubauen und dem tatsächlichen Bedarf der Aufgabenträger anzupassen... Dabei sind besonders umwelt- und klimafreundliche öffentliche Verkehrsmittel wie Straßenbahnen und Obusse weiter stärker zu fördern.«*

Die Fraktion kritisiert, daß bis heute in Brandenburg der Obus nicht als Verkehrsmittel für den regionalen Raum vorgesehen ist. Die Erfahrungen mit Obussen in Eberswalde würden indes aufzeigen, *»daß dieses Verkehrsmittel auf der einen Seite ein wichtiger Baustein für einen nachhaltigen Klimaschutz ist und auf der anderen Seite mit hohen Leistungen in Fahrkilometern und im Fahrgastaufkommen aufwarten kann«*. In dem Antrag wird die Landesregierung aufgefordert, *»die Mittel zur Wahrnehmung der Aufgaben der Aufgabenträger des ÖPNV gemäß ÖPNV-Gesetz um 9,5 Mio € zu erhöhen«* und die Verordnung über die Finanzierung des übrigen öffentlichen Personennahverkehrs im Land Brandenburg (ÖPNV-Finanzierungsverordnung) entsprechend zu ändern. Im weiteren soll die Landesregierung bis Ende 2021 prüfen, *»inwieweit ein Hybrid-Obus-System im Land Brandenburg umsetzbar ist, unter Berücksichtigung der Kosten für den Aufbau und den Unterhalt mit Oberleitung und Hybrid-Batterie-Betrieb, welche bestehenden Buslinien in Hybrid-Obus-Linien umgewandelt werden können und wie ein Hybrid-Obus-System mit dem bestehenden SPNV und ÖPNV verbunden werden kann«*.

Zu einer zukunftsfähigen Verkehrspolitik in der Stadt und dem ländlichen Raum, so die Begründung, zählt nicht nur der Erhalt, sondern auch der Ausbau des Nahverkehrs insbesondere mit umwelt- und klimafreundlichen öffentlichen Verkehrsmitteln wie Straßenbahnen und Hybrid-Obussen, die zugleich Feinstaub- und Stickoxidbelastung geringhalten.

Bisher erhalten die Kommunen Regionalisierungsmittel zur Sicherung des ÖPNV in Höhe von jährlich etwa 85 Millionen Euro. Um den tatsächlichen Bedarf der Aufgabenträger abbilden zu können, ist eine Aufstockung dieser Mittel nötig. Der ÖPNV ist, gemessen am Bedarf, deutlich unterfinanziert. Daher ist eine merkliche Erhöhung bei der Unterstützung der Landkreise und kreisfreien Städte in ihren Bemühungen ... zur Erreichung der gesteckten Klimaziele geboten. Die Veränderung der Verordnung über die Finanzierung des übrigen öffentlichen Personennahverkehrs im Land Brandenburg soll durch die Mittelerhöhungen dem tatsächlichen Bedarf im allgemeinen Angebot und dem tatsächlichen Bedarf des Ausbildungsverkehrs Rechnung tragen.

Eine vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) beauftragte Studie aus dem Jahr 2015 (*»Potentiale des Hybrid-Oberleitungsbusses als effiziente Möglichkeit für die Nutzung erneuerbarer Energien im ÖPNV«* vom 18.12.2015), sieht ein *»relevantes Einsatzpotential für den Hybrid Obus«* und stellt fest: *»Damit könnte die HO-Bus-Technologie einen wesentlichen Teil einer Strategie zur kompletten Elektrifizierung des Linienbusverkehrs in Deutschland darstellen.«* Diese Studie zeigt auf, daß Hybrid-Oberleitungsbusse im Vergleich zu Dieselbussen einen um 60 Prozent niedrigeren Energieverbrauch haben und etwa 40 Prozent weniger $C0_2$-Emissionen verursachen. Sie sind damit die emissionsärmsten Elektrobusse. Insbesondere für den Einsatz auf hochfrequentierten städtischen Linien mit hoher Kapazität stellen sie aufgrund technischer Vorteile auch das kostengünstigste und im Betrieb vorteilhafteste elektrische System dar.

Insbesondere wurden Handlungsempfehlungen bis 2025 vorgeschlagen, um die spezifischen Lebenszykluskosten von Hybrid-Oberleitungsbussen zu senken und so ihren Einsatz zu fördern. Hierzu ist auch die Gleichstellung der Elektrobusinfrastruktur mit der Straßenbahninfrastruktur auf Landesebene voranzubringen, um die Finanzierung über kommunale Ebenen zu unterstützen.

Die Umsetzbarkeit eines Hybrid-Oberleitungsbusbetriebs für den regionalen Einsatz in Brandenburg ist, ähnlich wie es das Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung (ISI) Anfang 2020 mit der Machbarkeitsstudie für Berlin-Spandau prüfte, zu evaluieren, um landespezifische Anforderungen und Potentiale aufzuzeigen.

SVEN WELLER, BVB/Freie Wähler

Entwicklung des Eberswalder ÖPNV

Die Wählergruppe *»Freie Wähler – Für Umwelt und Natur« setzt sich für eine Verbesserung des ÖPNV in Eberswalde ein. Ein sich so verringernder PKW-Verkehr würde zu weniger Belastungen und zu einer verbesserten Lebenssituation für die Bewohner Stadt führen. Für eine erfolgreiche Umsetzung des Mobilitätsplans 2030+ ist die Lösung der bestehenden Verkehrsprobleme Grundvoraussetzung.**

Der Mobilitätsplan 2030+ wurde auf der Stadtverordnetenversammlung am 26.11.2020 beschlossen. Er ist die Fortschreibung und Weiterentwicklung des VEP 2008 und besteht aus Verkehrsentwicklungsplan, Luftreinhalteplan und Lärmaktionsplan. Mit diesen drei Bausteinen soll einerseits dem gestiegenen Verkehrsbedarf Rechnung getragen werden, andererseits aber auch die Wohnqualität für die Eberswalder Bevölkerung verbessert werden. Insbesondere der Umfang des motorisierten Individualverkehrs, also konkret des PKW-Verkehrs, verschlechtert die Lebenssituation erheblich. Insbesondere die Lärmbelastung, aber auch die Belastung durch Emissionen von Abgasen und Feinstaub, die eine wesentliche gesundheitliche Beeinträchtigung für die Bewohner darstellen, sowie die starke Trennwirkung vielbefahrener Straßen mindern die Aufenthaltsqualität in Eberswalde.

Der Verkehrssektor stellt zudem eine wesentliche Belastung für das Klima dar. Allein der motorisierte Individualverkehr trägt rund 30 % zu den klimaschädlichen Emissionen bei. Der Mobilitätsplan soll endlich wirksame Maßnahmen enthalten, um die Belastungen nachhaltig zu verringern. Dies ist durch die Einschränkung des PKW-Verkehrs mittels wesentlicher Erweiterung des ÖPNV zu erreichen.

Eberswalde hat mit dem Obus ein sehr umweltfreundliches und effizientes Verkehrssystem. Dieses muß durch Ausweitung des Netzes und Taktverdichtung noch attraktiver gestaltet werden, sodaß Bürger freiwillig das Auto öfter stehenlassen. Neue Technologien, wie regenerativ gewonnener Wasserstoff als Treibstoff, verbunden mit Brennstoffzellen, würden das Obus-Netz auch flexibler machen.

Natürlich kostet das zunächst einmal Geld. Das Land und der Bund müssen hier unterstützend eingreifen. Dies wäre mit Sicherheit eine lohnenswerte Investition. Leider hat die Stadt Eberswalde nur bedingt Einfluß auf die Entwicklung des ÖPNV, da dieser in der Verantwortung des Kreises Barnim liegt.

Zusätzlich muß auch die Verkehrsführung der verbliebenen PKW und des Schwerlastverkehrs optimiert werden. Dem steht allerdings das vom Land geplante, völlig ungeeignete Projekt der Ortsumgehung B167neu entgegen. Diese Straße würde die Verkehrsentwicklung auf Jahrzehnte beeinträchtigen.

Die Wählergruppe *»Freie Wähler – Für Umwelt und Natur«* ist davon überzeugt, daß die Lösung der Eberswalder Verkehrsprobleme wesentlich davon abhängt, ob es gelingt, die Entwicklung des ÖPNV sowie des Eberswalder Straßennetzes in die eigenen Hände zu nehmen. Ohne diese wichtige Voraussetzung bleibt die erfolgreiche Umsetzung des Mobilitätsplans 2030+ Illusion.

OSKAR DIETTERLE

* Die Abgeordneten der beiden Wahlträger *»Freie Wähler – Für Umwelt und Natur – Gegen B167neu«* und *»Die PARTEI Alternative Liste Eberswalde«* bilden in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde die Fraktion *»Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur«*.

Heizwärme *durch Kompostierung*

Nur 3 Tage braucht ein Biomeiler, um auf Temperatur zu kommen. Dann hat er in seinem Innern 70 °C erreicht, genug, um die wasserführende Technik im Wintergarten von Christina Neumann und Tom Wils in kälteren Jahreszeiten eisfrei zu halten.

Eberswalde (hnee/bbp). Die Kombination aus Mist, Hackschnitzel, Kalk-Magnesium-Mehl, Wasser, Lehm und Kompostwürmer machen es nicht nur möglich, Wärme zu generieren, sondern ermöglichen auch die sichere Speicherung von CO_2 durch die Erzeugung von Dauerhumusformen. *»Es ist eine der ressourcenschonendsten Heizmethoden, die es aktuell gibt«*, sagt Tom Wils, der sich seit 2017 mit der Thematik intensiv auseinandersetzt. Zusammen mit seiner Partnerin Christina Neumann baute er im Selbstversuch einen Biomeiler nach. Im Rahmen der studentischen Projektwerkstatt *»Permakultur«* entstand die Idee, dieses Projekt umzusetzen. Dabei kam 2018 eine umfangreiche Hausarbeit heraus, die sich mit aktuellen Standards auseinandersetzt und zugleich kritisch beäugt. *»Aktuell ist es so, daß der Humus, der als Endprodukt beim Biomeiler übrigbleibt, sich zwar für die Düngung eignet, den Kohlenstoff aber nicht langfristig in dem erzeugten Humus speichert. Das hat auch viel mit der Sauerstoffzufuhr zu tun, bei der es Verbesserungsbedarf gibt«*, sagt Christina Neumann. Aus ihrer Sicht könnte man dieses Problem jedoch lösen, wenn man bspw. durch ein einfaches Rohrsystem den Sauerstoff in alle Bereiche des Biomeilers transportieren würde. *»Durch die Zugabe von Tonmehl kann freiwerdender Stickstoff besser gebunden werden, die Endprodukte gewinnen an Stabilität und haben eine bessere bodenaufbauende Wirkung. Gibt man nach dem Abkühlen auf unter 35 °C noch (heimische) Kompostwürmer hinzu, kann auch eine Durchmischung erfolgen, in der die stabilen Ton-Humus-Komplexe gebildet werden«*, empfiehlt Tom Wils.

Im Sommer wollen die beiden einen weiteren Biomeiler errichten, der nach dem gleichen Prinzip aber mit anderen Materialien gedämmt wird. *»Vielleicht mit Seegrasdämmung, das kann nicht schimmeln, ist ökologisch gut vertretbar und hat sehr gute Dämmwerte«*, sagt Christina Neumann. Mit diesem wollen die beiden dann nicht nur den Wintergarten der eigenen Gartenlaube eisfrei halten, sondern diese auch auf wohnliche Temperaturen bringen. *»Darüber hinaus sind wir schon sehr gespannt darauf, die Endprodukte des ersten Biomeilers im Labor untersuchen zu lassen«*, fügt sie hinzu. Hierbei wird die organische Substanz auf ihre Stabilität hin untersucht. Dies geschieht durch Verbrennung im Labor, wobei der Gewichtsverlust in Abhängigkeit von der Temperatur aufgezeichnet und ausgewertet wird.

*Projektwerkstätten an der HNEE sind Lehrformen, bei denen hauptsächlich die Studierenden für die Inhalte, Gestaltung und Umsetzung zuständig sind.

Wegweisende Verpackung: *Compostella im Grünbär*

In der Bernauer Naturkosthandlung *»Grünbär«* werden Backwaren neuerdings in Tüten aus Compostella verkauft, einem ungebleichten Papier, das keine chemischen Zusätze enthält, dafür aber von Natur aus fettdicht ist.

Foto: Thomas Tobler

Die Ladenbetreiber Saskia Nöring und Nico Homburg (Foto) gehen damit einen neuen Weg. Brot und andere Lebensmittel können in diesen Tüten frei atmen und schimmeln daher nie. Selbst eine starke Erhitzung im Backofen halten die Compostella-Tüten aus.

THOMAS TOBLER

Grünbär Naturkost · Berliner Str. 52
16321 Bernau · www.gruenbaer-naturkost.com

Kein Testbetrieb für kürzeren S-Bahn-Takt

Potsdam/Bernau (bbp). Die Landtagsfraktion BVB/ Freie Wähler hatte dem Landtag vorgeschlagen, drei Monate lang einen 10-Minuten-Takt der S-Bahn zwischen Bernau und Buch zu testen (BBP 9/2020). Möglich sei ein 10-Minuten-Takt auf der Linie S2 zumindest in den Stoßzeiten auch ohne Bau eines zweiten Gleises. Das hatten Deutsche Bahn und Landesregierung übereinstimmend erklärt.

Trotz aller Argumente haben SPD, CDU und Grüne sich mit ihrer Mehrheit im Landtag gegen den beantragten Testbetrieb ausgesprochen, teilte der Landtagsabgeordnete Péter Vida mit. *»In einer hitzigen und deutlich länger als geplanten Debatte machten wir deutlich, daß die Bernauer und Panketaler bereits seit 1990 auf den versprochenen 10-Minuten-Takt warten. Es braucht eine belastbare Zeitschiene zur Umsetzung.«* Statt des Probebetriebs schob die Kenia-Koalition einen Antrag nach, der lediglich eine erneute Prüfung des 10-Minuten-Taktes vorsieht. *»Wenn es offizielles Ziel ... und zudem laut Deutscher Bahn machbar ist, muß jetzt keine erneute Prüfung erfolgen, sondern die Umsetzung.«* Vidas Fraktion stellte daher einen Änderungsantrag, der vorsieht, daß auf Abschnitten, auf denen auch eingleisig ein 10-Minuten-Takt möglich ist, ein Testbetrieb erfolgen soll. *»Die Koalition lehnte jedoch auch diesen Änderungsantrag ab. SPD, CDU und Grüne haben folglich an diesem Tag gleich zweimal gegen den Testbetrieb des 10-Minuten-Taktes gestimmt.«*

Für Vida und seine Fraktion ist das nicht nachvollziehbar. *»Die Grünen kritisierten 2018, daß die Regionalisierungsmittel nicht wie vorgesehen im Bahnverkehr investiert werden. Doch nun in der Regierung setzen sie bei gestiegenen Regionalisierungsmitteln des Bundes genau die Politik fort, die sie zuvor kritisierten.« Auch die CDU Panketal hatte sich seit längerem mit einer Online-Petition für den 10-Minuten-Takt eingesetzt. Doch die CDU-Landtagsfraktion lehnte nun genau diese Forderung ab. Vertreter der SPD hatten den 10-Minuten-Takt 2018 und 2019 mehrfach angekündigt. »Nun, wo es nach der Wahl um die Umsetzung geht, stimmt die SPD im Landtag gegen die Umsetzung.«*

BVB/Freie Wähler werden *»weiter dafür kämpfen, daß der 10-Minuten-Takt zeitnah umgesetzt wird«*, so Vida. *»Bereits bei der kommenden Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur wird das Thema der S-Bahn-Anbindung erneut auf der Tagesordnung stehen.«* Seit dem 28. September werden auch wieder Unterschriften für den 10-Minuten-Takt der S2 gesammelt. *»Es gilt, den Druck jetzt weiter zu erhöhen. Wir sind der Überzeugung, daß wir dem Ziel politisch ein ganzes Stück nähergekommen sind.«*

Nachhaltigkeitspreis 2020

Eberswalde (prest-ew). Am 28. Oktober verlieh die Stadt Eberswalde den Nachhaltigkeitspreis 2020. In diesem Jahr erhält Lucie Kauffmann den mit 1000 Euro dotierten Nachhaltigkeitspreis für ihre Master-Arbeit mit dem Titel *»Bunte Vielfalt in die Stadt! Strategien zur Förderung der Akzeptanz heimischer Wildpflanzen auf öffentlichen Flächen«*.

Insektenschutz

Berlin (bbp). Das Bundeslandwirtschaftsministerium sucht Vorbild-Projekte für den Insektenschutz. Initiativen, Projekte und Ideen können sich bis zum 28. Februar 2021 bewerben. Insgesamt stehen Preisgelder in Höhe von gut 22.000 Euro zur Verfügung. Eine intakte Natur und Artenvielfalt sind die Basis für eine gesunde Landwirtschaft. Insekten leisten dabei einen elementaren Beitrag, um unsere Pflanzen und Nahrungsmittel zum Blühen zu bringen. Der Bundeswettbewerb *»Land.Vielfalt.Leben.«* prämiert daher das vielseitige Engagement rund um den Insektenschutz. Ob Blühstreifen oder die Schaffung von Nist- und Nahrungsangeboten – engagierte Bürger, Betriebe oder Initiativen haben nun die Chance, für ihr Engagement ausgezeichnet zu werden.

Alle Informationen sind online unter www.land-vielfalt-leben.de abrufbar.

Ganzheitliche Ernährung (3)

Heute möchte ich Ihnen einen weiteren wichtigen Baustein für unseren menschlichen Körper vorstellen: die Ballaststoffe.

Ballaststoffe sind ein nicht verwertbarer bzw. nur schwer verdaulicher Bestandteil der aufgenommenen Ernährung. Nach dieser Definition stellt sich die Frage: Warum sollen wir Ballaststoffe dann aufnehmen?

Ballaststoffe vergrößern das Nahrungsvolumen und binden sehr viel Wasser. Dies führt dazu, daß die Magenwand gedehnt wird. Dadurch erreichen wir schneller ein Sättigungsgefühl. Mit anderen Worten: Wir kommen mit weniger Nahrung aus und sind trotzdem satt.

Außerdem verbleibt der Nahrungsbrei länger im Magen. Der Magen wird dazu gezwungen, zusätzlich Wasser zu binden oder das Wasser wird mit der Nahrung zugeführt, um den sich verdickenden Nahrungsbrei zu verflüssigen. Erst mit genügend Wasser kann die Reise des Nahrungsbreis weitergehen. Eine längere Verweilzeit im Magen führt dazu, daß der Blutzuckerspiegel langsamer ansteigt. Ein zu schneller Anstieg des Blutzuckerspiegels und damit verbundene Spitzen stehen in engem Zusammenhang mit Diabetes. Wer genügend Ballaststoffe zu sich nimmt, wird schneller satt werden und das Sättigungsgefühl hält auch länger an. Allerdings dauert es mindestens 15 Minuten, bis das Gehirn registriert hat, daß wir satt sind. Deshalb sollte das Essen langsam genossen werden und mit der notwendigen Achtsamkeit. Deshalb sollten Sie während des Essens auf Ablenkungen, wie Fernseher, Computer, Smartphone und ähnliches verzichten.

Durch unseren Lebensstil haben es viele Menschen verlernt, das Sättigungsgefühl überhaupt zu spüren. Da der Magen ein Muskel ist, vergrößert er sich oftmals, wenn wir über längere Zeit zu viel Nahrung zu uns nehmen. Allerdings kann der Magen auch wieder verkleinert werden, wenn wir über mehrere Wochen, am besten über mehr als vier Wochen, deutlich weniger Nahrung zu uns nehmen.

Einige wasserlösliche Ballaststoffe dienen der Darmflora als Nahrung. Es handelt sich um sogenannte Präbiotika. Eine gesunde Darmflora unterstützt die Verdauung und das Immunsystem. Der Großteil unseres Immunsystems befindet sich im Darm.

Ballaststoffe sind von äußerster Wichtigkeit für die Reinigung des Darmes, die Blutzuckerspiegelkontrolle sowie die Regulation der Fettaufnahme und der Cholesterinaufnahme. Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung empfiehlt eine Ballaststoffzufuhr in Höhe von 30 Gramm pro Tag. Ballaststoffe finden sich vor allem in Hülsenfrüchten (Bohnen, Erbsen, Linsen, Lupine), Obst (z.B. Passionsfrucht, Birne, Kiwi, Feigen, Äpfel), Gemüse (vor allem alle Sorten von Kohl, Möhren und Kartoffeln), Nüssen und Samen (z.B. Chiasamen, Leinsamen, Mandeln, Kürbiskerne) sowie in Vollkorngetreide und daraus hergestellten Produkten.

FALK HINNEBERG (www.hinneberg.info)

BARshare der Kreiswerke Barnim:

Sicheres Geschäftsprinzip

Kommunen, kommunale Betriebe und geförderte Vereine sorgen für Grundauslastung

Eberswalde (bbp). Die kommunale Kreiswerke Barnim GmbH, Dachfirma eines Konglomerats an Unternehmen, die 100 % kreiseigen sind, teilweise aber auch mit Beteiligungen der Städte und Gemeinden oder privater Unternehmen wirtschaften und sich vorrangig im Müll- und Energiesektor betätigen, hat für ihr Projekt BARshare ein interessantes Geschäftsmodell entwickelt.

BARshare bietet elektrisch betriebene Autos und Fahrräder zum Ausleihen an. Mittlerweile 29 E-Autos und drei Lastenräder an insgesamt 18 Standorten im Landkreis, davon zehn in Eberswalde. Investiver Schwerpunkt bilden batteriebetriebene Elektro-Autos.

Über die Nutzung dieser Fahrzeuge durch Privatpersonen liegen noch keine Informationen vor. Für die Wirtschaftlichkeit der Investitionen spielt diese Nutzung aber ohnehin nur eine untergeordnete Rolle. Denn eine Grundauslastung der Fahrzeuge wird von mittlerweile zehn Hauptnutzern gewährleistet.

In Britz ist dies das Amt Britz-Chorin-Oderberg. Der Standort in der Eberswalder Straße 94b in Britz war zwar schon vor einem Jahr als einer der ersten eröffnet worden, allerdings konnte das Amt damals die Hauptnutzung des Renault ZOE noch nicht gewährleisten. Daher wurde das Fahrzeug zunächst in Eberswalde eingesetzt. Seit dem 1. Oktober steht der Renault nun den Amtsverwaltungsmitarbeitern für insgesamt 30 Stunden pro Woche zur Verfügung – zu einem Monatspreis von 339 Euro zuzüglich einer Pauschale von 10 Cent pro Kilometer, in der auch die Ladekosten im emobility Ladenetz Barnim enthalten sind.

Ähnlich funktioniert es seit Anfang September in Ahrensfelde. Hier fungiert die Gemeindeverwaltung als Hauptnutzer des auf dem Parkplatz vor der Gemeindeverwaltung in der Lindenberger Straße 1 stationierten Nissan e-NV 200 EVALIA. *»Wir haben uns extra für den geräumigen Nissan entschieden, um auch den Ahrensfelder Vereinen und weiteren gemeinnützigen Institutionen eine zusätzliche Transportmöglichkeit für eine größere Personenanzahl zur Verfügung stellen zu können«,* begründet Wilfried Gehrke, Bürgermeister der Gemeinde Ahrensfelde die Wahl des E-Fahrzeuges. *»Denkbar wäre der Einsatz für Fußballvereine, die mit dem Nachwuchs zu Turnieren fahren oder für Pflegeeinrichtungen, die ihn für größere Ausflüge mit Senioren nutzen können«,* führt Gehrke weiter aus. Bedarf dafür gäbe es. Mit einer Reichweite von 280 Kilometern bei vollem Ladezustand ist ein guter Ausflugsradius abgedeckt.

Foto: KWB

Hans-Jürgen Adam, Geschäftsführer der WHG Eberswalde (2.v.l.) und Christian Mehnert, Geschäftsführer der Kreiswerke Barnim (r.) weihen gemeinsam mit den Maskottchen der beiden Unternehmen den neuen BARshare-Standort an der Heegermühler Schleuse 9 ein.

Für den letzten Zuwachs im alten Jahr sorgte die städtische WHG Wohnungs- und Hausverwaltungsgesellschaft, die nach einem Lastenrad sich nun zwei neue E-Autos vom Typ Skoda CitiGo für je 40 Wochenstunden als Dienstfahrzeuge sicherte. Standorte sind am WHG-Hauptsitz an der Heegermühler Schleuse und in der Michaelisstraße 10 in der Eberswalder Innenstadt. *»Daß wir in puncto Mobilität mit der Zeit gehen und klimafreundliche Lösungen für unsere Dienstfahrten im Stadtgebiet finden müssen, ist uns bewußt«,* sagt der WHG-Geschäftsführer Hans-Jürgen Adam. *»Auch gegenüber unseren Mieterinnen und Mietern wollen wir mit gutem Beispiel vorangehen und zeigen, wie es gehen kann. Dafür war die Hauptnutzerschaft für das E-Lastenrad im Brandenburgischen Viertel ein erster Schritt, den wir mit Hilfe der zwei E-Fahrzeuge der Kreiswerke nun ausbauen können«.*

Die mittlerweile elf Hauptnutzer mit 390 registrierten Fahrerinnen und Fahrern – neben kommunalen Verwaltungen und Betrieben sind das auch öffentlich geförderte Vereine – garantieren, daß sich das Geschäft des kommunalen Konzerns wirtschaftlich trägt.

Nach Dienstende und an den Wochenenden können die E-Autos für private Zwecke eingesetzt werden. Das ist dann sozusagen das *»Zubrot«,* mit dem zusätzliche Gewinne realisiert werden können, wenn es zu einer umfassenderen Nutzung kommt. Neben der einmaligen Anmeldegebühr von 10 Euro und einer jeweiligen Buchungsgebühr von 2 Euro fallen hier 2,90 Euro pro Stunde außerhalb der Dienstzeiten an, wochentags von 7-17 Uhr sind es 4,90 Euro). Hinzu kommen jeweils 10 Cent Kilometerpauschale.

Ende Oktober kamen drei E-Fahrzeuge in Chorin, Oderberg und Tuchen hinzu, die nicht durch einen Hauptnutzer gebunden sind und somit ohne zeitliche Einschränkung privat genutzt werden können. Dafür sind inzwischen 670 Nutzer registriert. Weitere Standorte waren bis Jahresende am Bahnhof Wandlitzsee und in Werneuchen geplant.

Siegen lernen, heißt vom **Biber** *lernen*

Das bekannte Nagetier teilt sich mit uns den beliebten Platz am Wasser. Die Lebensraumansprüche unsrer beiden Spezies sind nicht die gleichen, deshalb gehört der Konflikt mit dem Nachbarn zumindest für den Biber zur alltägliche Routine.

Ein Beispiel: Der Biber kann die Unterschreitung eines bestimmten Wasserstandes in seiner Burg nicht tolerieren, genauso wie der Mensch den Anstieg des Wassers über eine bestimmte Schwelle auch nicht tolerieren möchte. Die Türschwellen von Biberburg und menschlicher Behausung müssen also unterschiedliche Geländehöhen aufweisen. Der Biber ist Vegetarier und braucht zum Leben Futter und Baumaterial. Bei der Wahl der Baumarten ist er sehr wählerisch. Erlen läßt er stehen, eine besondere Vorliebe hat er ausgerechnet für Obstbäume.

Mensch und Biber müssen sich in der Geschichte schon immer begegnet sein, drum weiß der Biber auch genau, wie er mit dem Menschen umgehen muß. Nagetiere gehören zu den intelligentesten Tieren. Wer mit dem Biber eine gemeinsame Grenze teilt, wie viele Kleingärtnerinnen und Kleingärtner, weiß, daß der Biber zum einen keine Grenzen kennt und zum anderen keinen Aufwand scheut, um sich Zutritt zu verschaffen, wenn dort schmackhafte Obstbäume locken.

Der Siegeszug des Bibers ist auf seine erfolgreiche Taktik zurückzuführen, die er an den Tag legt, um sich brachliegendes Wasserland anzueignen und auszubauen. Sein Erfolgsrezept liegt in seiner defensiven Strategie. Bisher ist kein Fall bekannt, daß ein Biber einen Menschen angegriffen hat. Obwohl seine Fällarbeiten viel Lärm erzeugen, schafft es der Biber selbst in bewohnten Gebieten, unbemerkt große Bäume zu fällen und zu dem Ort ihrer Bestimmung zu schleifen. Er mag es überhaupt nicht, bei seiner Arbeit beobachtet zu werden (von einigen Ausnahmen am Finowkanal abgesehen). Unzugängliche Gärten werden zu stillen Uhrzeiten traktiert und geplündert, bis die Garteninhaber entweder demoralisiert aufgeben, freiwillig auf Gehölze verzichten oder den Garten zur Festung erklären.

Die moralische Überlegenheit des Bibers besteht darin, daß er dem Menschen nicht vorsätzlich schaden möchte, sondern all seine Mühen darauf zielen, seine Grundbedürfnisse zu befriedigen. Wie kaum ein anderes Tier kann er einen ungeeigneten Lebensraum zu einem für ihn geeigneten umgestalten. Seine gewaltfreie Aneignungsmethode steht dabei nicht in Einklang mit dem Verfügungsrecht des Privatbesitzes. Da der Biber kein Staatsbürger ist, kann man ihm dieses übergriffige Verhalten zumindest juristisch nicht zur Last legen.

Der chinesische General, Militärstratege und Philosoph SUN TSU hat 500 v.u.Z. in seiner Schrift *»Die Kunst des Krieges«* die Gewaltlosigkeit als oftmals überlegenes Mittel zur Erreichung der eigenen Ziele beschrieben.

Sun Tsus Lehrsätze finden bis heute Anwendung. Hat der Biber heimlich in seinem Bau die asiatischen Deeskalationsstrategie studiert? Schauen wir mal: *»Die größte Leistung besteht darin, den Widerstand des Feindes ohne einen Kampf zu brechen«.* Als scheuer Vegetarier, unterhält der Biber ständige Bauwerke – trotz der regelmäßiger Zerstörung durch den Menschen. Langfristig muß man sich an den Biber gewöhnen.

»Gib Unterlegenheit vor und schau zu, wie andere arrogant werden.« Aufgebrachte Menschen (Paul), die den Abschuß des Bibers fordern, begeben sich moralisch auf Glatteis und rufen entsprechendes Veto hervor.

»Der, der weiß, wann er kämpfen sollte und wann nicht, wird siegreich sein.« Der Biber ist scheu, weil er weiß, daß er körperlich unterlegen ist. Wenn er den Menschen wittert, taucht er ab. Nachdem er Unordnung gestiftet hat, läßt er sich ein paar Tage nicht blicken.

»Jede Kriegsführung beruht auf Täuschung. Wenn wir also fähig sind, anzugreifen, müssen wir unfähig erscheinen […]; wenn wir nahe sind, müssen wir den Feind glauben machen, daß wir weit entfernt sind, wenn wir weit entfernt sind, müssen wir ihn glauben machen, daß wir nahe sind.« Die psychologische Reizbarkeit des Menschen weiß der Biber zu nutzen. Wenn er merkt, daß es an einer Stelle Widerstand gibt, probiert er es die nächste Nacht an einer anderen Stelle. Mit der Zeit gibt es so viele Schwachstellen, daß er sich viele Optionen offen hält.

Dieser kuriose Kampf ist noch aus einem Grund ungleich: Der Biber baut und schafft aus Überlebenswillen, während der Mensch meistens nur in seiner Freizeitbeschäftigung beeinträchtigt wird. Seine unglaubliche Arbeitsleistung verschafft dem Biber auch unter seinen Kritikern Anerkennung und insbesondere in der ehemaligen Arbeiterstadt Eberswalde vielleicht auch einen moralischen Vorteil.

Sein Schaffen verdient aber noch aus einem anderen Grund Anerkennung: Durch seine Lebensraumgestaltung kümmert er sich um die Gesundheit unserer Gewässerökosysteme. Als *»Tier der Tat«* kommt er dem Vollzug der EU-Wasserrahmenrichtlinie zuvor.

Das ist ein ernstes Problem für die Maßnahmenplanung und Abrechnung von Geldern, die für die Gewässerrenaturierung ausgegeben werden müssen. Wenn der Biber SUN TSU nun wirklich gut studiert hat, weiß er, daß der Mensch keinen Gesichtsverlust erträgt! Drum muß er noch ein paar Aufgaben für uns Menschen übrig lassen...

Vom Biber lernen, heißt siegen lernen!

PAUL VENUß

Biberschutz am Weidendamm

Eberswalde (prest-ew/bbp). Im Park am Weidendamm haben Biber eine Eiche so weit abgenagt, daß der städtische Bauhof den Baum aus Sicherheitsgründen fällen mußte. Da es nicht der erste Vorfall dieser Art im Park am Weidendamm ist, muß an den Bäumen im Park flächendeckend Biberschutz angebracht werden. Damit hat der städtische Bauhof Anfang November begonnen. Zunächst werden alle Bäume mit einem Stammdurchmesser größer fünf Zentimeter – außer Wildwuchs in Ufernähe – von der Schwärze bis ungefähr zehn Meter hinter dem asphaltierten Durchgangsweg mit dem Biberschutz ausgerüstet. Falls dieses Gebiet nicht ausreichen sollte, wird der Baumschutz noch weiter in Richtung Pfeilstraße ausgeweitet.

»Wir freuen uns natürlich, daß der Biber als schützenswerte Art in Eberswalde eine Heimat gefunden hat, müssen aber die notwendigen Maßnahmen treffen, um auch unseren Sicherungspflichten gegenüber den Menschen nachzukommen«, so Katrin Heidenfelder, Leiterin des Bauhofs. *»Biberschutz«* heißt hier also nicht Schutz **von** Bibern, sondern Schutz **vor** Bibern.

Kulturbahnhof gefördert

Biesenthal (bbp). Der Kulturbahnhof Biesenthal erhält aus dem Bundesprogramm *»Land intakt«* eine Förderung in Höhe von 25.000 Euro. Ein entsprechender Antrag des Biesenthaler Vereins KULTUR IM BAHNHOF E.V. war erfolgreich. Mit dem Förderprogramm werden *»gerade jetzt in Corona-Zeiten«*, wie der Bundestagsabgeordnete Stefan Zierke (SPD) betont, Kulturzentren im ländlichen Raum gestärkt.

»Wir freuen uns sehr, daß wir diese Fördermittel von LAND INTAKT erhalten haben. Der Kulturbahnhof wird das Geld nutzen, um sich Technik anzuschaffen. Wir brauchen mobile Technik, um nach draußen zu gehen. Durch Corona müssen wir uns neue Formen und Plätze für Kultur erschaffen. Veranstaltungen im Freien oder in größeren Räumen in der Stadt Biesenthal gehören dazu ebenso wie Online- und Streaming-Angebote für unsere Besucherinnen und Besucher. Diese Formate haben wir in diesem Jahr schon erprobt, aber auf einem sehr einfachen technischen Niveau. Für die Zeit nach der Pandemie ist es natürlich eine willkommene Erweiterung des Kulturangebots und auch für unsere Künstlerinnen und Künstler eine Möglichkeit, Kunst auch in anderer Form zu präsentieren«, so Elke Eckert vom Kulturbahnhof Biesenthal.

Das Projekt *»LAND INTAKT – Soforthilfeprogramm Kulturzentren«* unterstützt Soziokulturelle Zentren, Kulturhäuser sowie Kultur- und Bürgerzentren in ländlichen Räumen mit bis zu 20.000 Einwohnern. Die benannten Einrichtungen können Mittel für Modernisierungsmaßnahmen sowie programmbegleitende Investitionen abrufen. So wird ein Beitrag zum Erhalt eines lebendigen kulturellen und sozialen Umfeldes in ländlichen Räumen geleistet.

Bildung digital

Digitale Bildung ist bei uns nicht erst seit Corona ein heißes Thema. Mit unserem Lexikon für junge Menschen, verschiedenen Unterrichtskooperationen und unserer Arbeitsgruppe Pädagogik arbeiten wir schon länger an der Frage, wie wir das Thema Digitalisierung sinnvoll in die Schulen tragen können.

In diesem Jahr wurden gleich zwei BigBrotherAwards zum Thema Bildung verliehen. Zeit, unser Wissen und unsere Konzeptideen zu bündeln. Weil die Politik nicht aus dem Quark kommt und Schulen zwar Gestaltungsspielräume haben, aber zunehmend die Orientierung verlieren, haben wir das Digitalcourage-Bildungspaket erstellt. Darin fordern wir in zehn Leitlinien u.a. den Einsatz von Freier Software, Umsetzung von Datenschutz und daß Digitalisierung nicht länger nur als Unterrichtsmedium, sondern auch als Unterrichtsgegenstand begriffen wird. Ergänzt haben wir dies durch konkrete Tips zur Umsetzung.

Unser Bildungspaket gibt es in zwei Versionen, in der digitalen Basisversion (PDF, gratis) und der Vollversion (print, 15 Euro), die zusätzlich nützliche Broschüren und Unterrichtsmaterialien enthält. Letztere verschicken wir u.a. an die Kanzlerin, die 16 Kultusministerien, Elternverbände und Schülervertretungen.

Da Bildungspolitik aber lokal stattfindet, brauchen wir Unterstützung, damit es auch da ankommt, wo es wirken kann:

– Jedes Bildungspaket kostet uns 15 Euro (plus Porto). Unterstütze uns mit einer Spende.
– Bestelle das Bildungspaket in unserem Shop und gib es an Lokalparlamente, Schulleitungen, Lehrkräfte und Behörden weiter.
– Lade Dir die PDF gratis auf unserer Kampagnenseite herunter und gib sie weiter.
– Wenn Du das Bildungspaket verbreitest, teile uns bitte mit, an wie viele Stellen. Das ist für uns wichtig, um den Erfolg einzuschätzen.

www.digitalcourage.de/bildungspaket

LEENA SIMON und JESSICA WAWRZYNIAK, Digitalcourage e.V.

Mieterbewegung

Die schlechte Nachricht: Die Brandenburgische Landesregierung tut nichts zum Schutz der Mieterinnen und Mieter.

Die Gute Nachricht: Der Mieterbund kommt aus der Versenkung und erkennt seine Verantwortung. Man kann sie mit einer Petition unterstützen. *»Bisher steht die Mobilisierung in keinem Verhältnis zur Verschärfung der Lage. Viele begreifen nicht, wie entscheidend diese Verordnungen sind. Wir müssen stärker mit außerparlamentarischen Partnern kooperieren, um größere Menschenmengen auf die Straße zu bringen.«* (Ilka Stolle, Deutschen Mieterbund Brbg.)

www.openpetition.de/petition/online/mietsteigerungenbremsen-jetzt

Initiative RECHT AUF STADT – für ein solidarisches Eberswalde

50Hertz pokert hoch:

Tauziehen um den Baustopp

Der Rechtsstreit um die 380kV-Freileitung von Bertikow nach Neuenhagen nimmt deutlich Fahrt auf. Mitte September wurden die Klage des NABU Brandenburg in Kooperation mit der Bürgerinitiative und dem *»Wir in der Biosphäre«* e.V. sowie ein Rechtsschutzersuchen beim Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) gegen den Beschluß des Landesbergamts (LBGR) vom 12.8.2020 eingereicht (BBP 10/2020)).

Das Rechtsschutzersuchen zielt auf einen Baustopp, um zu verhindern, daß während der langen Dauer des Verfahrens vollendete Tatsachen geschaffen werden, deren Beseitigung auch im Falle eines Klageerfolgs nicht zumutbar wären. Es war absehbar, daß 50 Hertz sowohl bezüglich der Klage als auch des Rechtsschutzersuchens für eine Ablehnung plädieren würde. Andererseits stand aber der Antrag auf einen Baustopp im Raum.

Da erklärte 50 Hertz am 21.10.2020 in einem Schriftsatz, daß die Firma bereit ist, im Trassenabschnitt Bertikow-Golzow auf die Durchführung von Baumaßnahmen während des Rechtsschutzverfahrens zu verzichten. Für den Trassenabschnitt Golzow-Neuenhagen, der von dem Rechtsstreit, in dem es um bestimmte Vogelschutzgebiete gehe, nicht betroffen sei, lehne man aber einen Baustopp ab. Dem entgegneten wir, daß das Bauvorhaben als Ganzes zu betrachten sei und das Gericht bereits im ersten Verfahren den Antrag, die Südstrecke der Trasse aus dem Baustopp herauszunehmen, abgelehnt habe. Netztechnisch sei auch die Errichtung der 380kV-Freileitung von Golzow nach Neuenhagen sinnlos, da es in Golzow kein Umspannwerk gibt.

Das Gericht ist unserer Argumentation nicht gefolgt: Der 4. Senat des BVerwG lehnte am 12.11. unseren Antrag ab, denn durch den Schriftsatz von 50 Hertz vom 21.10., in dem 50Hertz zusichert, auf den Baulosen 1-3 keine Baumaßnahmen während der Dauer des Rechtsschutzverfahren zu unternehmen, sei der Rechtsschutz gesichert. Das Gericht hat auch klargestellt, daß alle Baumaßnahmen, die von 50 Hertz zwischen Golzow und Neuenhagen durchgeführt würden, auf dessen eigenes Risiko hin geschähen.

In der Begründung des Gerichts heißt es: *»Es mag sein, daß ein Erfolg des Antragstellers im Eil- und späteren Klageverfahren dazu führt, daß der Planfeststellungsbeschluß insgesamt beanstandet würde. Es ist aber Sache der Beigeladenen (50 Hertz, H.L.) zu entscheiden, ob sie bereits Investitionen vornimmt, obwohl sie nicht über einen bestandskräftigen Planfeststellungsbeschluß verfügt.«* (BVerwG, 12.11.2020, Rdnr. 5)

Wenn 50 Hertz also auf dem südlichen Trassenabschnitt Baumaßnahmen unternimmt, tut es das auf eigenes Risiko. Der Netzbetreiber pokert hoch.

Diese Entscheidung des BVerwG ist für uns insgesamt positiv zu werten, denn im eigentlichen Konfliktgebiet greift der Baustopp wieder, der durch die Entscheidung des LBGR vom 12.8.2020 hinfällig geworden war. Daß 50 Hertz auf der Strecke Neuenhagen Golzow Baumaßnahmen auf eigenes Risiko durchführen kann, ist schmerzlich, aber eine Konsequenz der Engführung des Konflikts allein auf Belange des Vogelschutzes, die auf der Strecke Neuenhagen – Golzow eben nicht geltend gemacht werden konnten, obwohl das NSG Nonnenfließ-Schwärzetal im Baufeld 4 liegt.

Der 4. Senat hat auch keine Entscheidungen oder Aussagen getroffen, die die Entscheidung im Hauptverfahren in irgendeiner Weise für uns negativ präjudizieren könnten. Eine Entscheidung über den Antrag auf Rechtsschutz hat das Gericht für das erste Halbjahr 2021 in Aussicht gestellt.

Nicht über unsere Köpfe! Keine 380kV-Freileitung durch Schutz- und Wohngebiete!

HARTMUT LINDNER
Bürgerinitiative Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat!
www.trassenfrei.info

WHG-Naturschutzbericht 2019

Trotz aller Einschränkungen, Beschränkungen und Widrigkeiten inmitten der Corona-Pandemie ist es uns gelungen, mit eifrigen und fleißigen Helfern die vierte Ausgabe unseres Naturschutzberichtes fertigzustellen. Auf mehr als 60 Seiten berichtet die WHG Wohnungs- und Hausverwaltungsgesellschaft kurzweilig gut bebildert über ihr Engagement zum Schutz von Natur, Umwelt und für die Menschen.

Wir stellen Ihnen in dieser Ausgabe unsere Idee und das Konzept des Naturschutzpreises Natur.Bewußt und die ersten Preisträger mit ihren prämierten Projekten vor. Im Naturschutzbericht finden Sie kleine und größere Projekte, die natürlich der Natur und Umwelt zugute kommen und den Menschen, die bei der WHG wohnen, ein hohes Maß an naturnaher Umgebung zum Wohl(n) fühlen inmitten der lebendigen Quartiere bieten. Erstmals stellen wir Ihnen auch unsere Favoriten vor, die wir sehr gern in den Quartieren pflanzen. Nehmen Sie Anteil an unseren Projekten und schauen Sie, was urbane Natur sein kann, die man so gar nicht auf den ersten Blick entdeckt oder hinter den Häuserfassaden vermutet.

Auch 2020 haben wir für Natur, Mensch und Umwelt in den WHG Immobilien gepflanzt, gebaut und verwirklicht. Bleiben Sie gespannt auf den Naturschutzbericht 2020.

DOREEN BODEN

Die Bernauer Endlos-Schleife

Ob Bernau jemals einen Gleichtakt mit der S-Bahn findet?

Am 25. November fanden sich S-Bahn-Freunde des Aktionsbündnis *»Eine S-Bahn für alle«* im Internet zu einem online-talk zusammen, um die Möglichkeiten zu verorten, wie denn die vom Berliner Senat betriebene Ausschreibung der S-Bahn-Privatisierung verhindert werden könnte. Zwei Tage später, am 27. November, trafen sich in Bernau Mitstreiter der BVB/Freie Wähler um den Landtagsabgeordneten Vida zu einer Petitionsübergabe an den Landtagsausschuß zur Taktverdichtung auf zehn Minuten.

Was ist daran bemerkenswert? Beide Initiativen, sowohl die Gegner der Privatisierung als auch die Bernauer Taktverdichtungswünsche, sind in der Sache selbst schon viele Jahre alt, werden aber immer mal wieder von wechselnden Protagonisten ins Spiel gebracht. Die S-Bahn-Privatisierung und der Zehn-Minuten-Takt stehen sich als Planung gegenseitig im Weg, nur einer kann gewinnen, sie schließen sich quasi mehr oder weniger aus. Das bemerkenswerte dieser beiden Novembertage ist nun, daß fast zeitgleich Aktionen stattfinden, ohne daß aufeinander verwiesen wird.

Die Akteure des Widerstands gegen die Privatisierung und diejenigen für eine Taktverdichtung haben nur minimale Chancen auf Erfolg, das zeigt die Historie der jahrzehntelangen Bewegungen auf diesen beiden Spielfeldern.

Was soll man also davon halten? Bei allem Respekt vor dem Willen, positive Wirkungen zu entfalten, ist es kaum noch zu übertreffen, wie chancenlos schief unabhängig voneinander die Flinten in die Luft gehalten werden, um ohne Pulver einen Volltreffer zu landen. Sollten solche Initiatoren beiderseits der Landesgrenzen vielleicht *»konspirativ«* zusammenarbeiten? Wer weiß das schon genau.

Das Berliner Aktionsbündnis *»Eine S-Bahn für alle«* streamte in einer moderierten Online-Veranstaltung mit Unterstützung des Vereins Regenbogenfabrik e.V. und ctrl.alt.coop dem Publikum fachkundig wechselnde Vorträge über die Erfahrungen mit Bahnprivatisierungen, wenn die Berliner S-Bahn betroffen ist. Zudem sind zwei berlinweite Aktionstage gegen die Bahnprivatisierung geplant: der eine am 5. Dezember war schon, ein zweiter ist am 10. Januar 2021 [www.eine-sbahn-fuer-alle.de twitter @1sbahn4all fbook einesbahnfueralle].

Die Katastrophe im Jahr 2010, als bei der Berliner S-Bahn fast nichts mehr ging, wurde dadurch verursacht, daß die Eigentümerin DEUTSCHE BAHN AG an die Börse wollte und der S-BAHN GMBH offenbar einen Sparkurs verordnete. Die S-Bahn GmbH generierte vor dem Börsengang ein Vielfaches des sonst üblichen Betriebsergebnisses, das quasi aus dem Nichts herbeigeschrieben wurde. Um es vorwegzunehmen: Die Millionen entstanden tatsächlich wie aus heiterem Himmel, doch der Börsengang fiel aus. Das Nichts aber blieb. Es entstand durch massiven Personalabbau, der Verschrottung von alten Reservezügen, einer gesetzlich nicht haltbaren längeren Taktzeit in der Bremsenwartung und anderem. Als Sahnehäubchen wurde das Bahnbetriebswerk Friedrichsfelde geschlossen.

Alles vertretbar mit einem öffentlichen Versorgungsauftrag? Wohl kaum. Die Verantwortlichen sparten, ohne die Kunden zu fragen, mal schnell viel Geld. Heute ist das zum Glück vorbei. Aber die Ausschreibung für den Verkauf der S-Bahn ist im Geschäftsgang und nun scheinbar nicht zu stoppen. Nach der Pressemitteilung vom 4. Oktober 2019 will das Land Berlin einen landeseigenen Fuhrpark anschaffen, der nach 2026 einem privaten Dienstleister – darum geht es bei der Privatisierung in erster Linie – in die Hände gegeben wird. Dieser beschafft dann neue S-Bahnzüge, hält diese instand und betreibt sie. Das heißt, eine Privatfirma übernimmt das komplette operative Geschäft in Eigenregie, und damit auch alle Bilanzen für einen wirtschaftlichen Fortgang. Klingelt es schon?

Zunächst dürfen wir raten, was zu tun wäre, um Bietern die Bahn so schmackhaft wie möglich zu machen. Der Mittelfristplan zeigt im Nordosten des Netzes Investitionen, die für die Querung des Karower Kreuzes durch die S-Bahn als Verlängerung von Springpfuhl aus gedacht sind, also ein Ringschluß Hohenschönhausen-Oranienburg. Das war's dann aber auch. Niemand wird sich jetzt in Eröffnung des Verfahrens hinstellen und Planungen generieren, die das Geschäft der Ausschreibung teurer machen würden als zuvor.

Der zweite Hinderungsgrund: Man kann sich lebhaft ausmalen, was ein Betreiber zukünftig für ein Interesse hätte, politisch eventuell erwünschte aber bilanziell belastende Investitionen zu tätigen. Mit dem zweigleisigen Ausbau via Buch-Bernau für einen Zehn-Minutentakt dürfte es also sehr eng werden, um nicht zu sagen: Die Bernauer stehen draußen und werden draußen bleiben, wenn die Privatisierung so läuft, wie gedacht.

Soweit zur Berliner Position.

27.11.: Brandenburg soll sich aktivieren

Eine Petition der CDU Panketal (CHRISTIN ENKELMANN) und BVB/Freie Wähler (PÉTER VIDA) mit 2.900 Unterschriften wird vor dem Bernauer Bahnhof an den Petitionsausschuß des Landtags (KARLA KNIESTEDT) übergeben (Foto). *»Wir haben die Petition der CDU Panketal und Bernau heute gemeinsam mit einer Unterschriftensammlung der Landtagsfraktion BVB/Freie Wähler zum gleichen Anliegen eingereicht. Mit dieser Zusammenführung aller Unterschriften wollen wir deutlich machen, daß wir über Parteigrenzen hinweg daran arbeiten, den vielen Worten der vergangenen Jahre nun auch Taten folgen zu lassen.«* Ist das Thema neu? In früheren Jahren war die Bundestagsabgeordnete DAGMAR ENKELMANN (Die Linke) an der Sache dran und versuchte, mit und ohne Ausschußbeteiligung am S-Bahn-Takt der S2 zu drehen – immer mit bescheidenem Erfolg. Es gab auch mehrere Unterschriftensammlungen dazu. Da es bei der Taktverkürzung um die Beteiligung mehrerer Bundesländer geht, sind Interessen des Bundes, der Länder, der Kreise und der Kommunen, des Fahrgastvereins sowie der mehrerer Bahnfirmen (ODG NBB Bahnnetz Bahnbetrieb Regio, Fernbahn, S-Bahn) unter einen Hut zu bringen. Das schier Unmögliche, alle Entscheidungsträger an einen Tisch zu bringen, ist bis heute nicht gelungen. Nur die Bündelung aller Interessenlagen wird es möglich machen, an den Hebeln des S-Bahn-Taktes zu drehen, denn die Wundermedizin *»Bundesinteresse«* hat sich mit dem Aufbau Ost und den bekannten Ergebnissen längst abgearbeitet.

Foto: BVB/Freie Wähler

Wie berichtet wird, zeigt sich zumindest auf Brandenburger Seite doch noch ein Zeichen für den Zehn-Minutentakt auf der acht Kilometer langen Strecke zwischen Bernau und Buch (Auszug Petitionstext): *»Umso erfreulicher ist es, daß die seit September 2019 neu gebildete Landesregierung sich dieses Themas angenommen hat. Kürzlich wurde im Landtag Brandenburg beschlossenen, die Taktverdichtung auf allen Außenästen voranzubringen, die Machbarkeit mit der vorhandenen Infrastruktur zu prüfen und die Finanzierung der zusätzlichen Verkehrsleistung mit Berlin auszuhandeln.«* Das klingt wie bei einem Zahnarzttermin mit Kostenplan. Gemeint ist, Brandenburg würde etwas springen lassen, wenn alle anderen auch mitspielen, ohne bislang zu wissen, wie teuer das wird. Nur ist hier die Rede von Verkehrsleistung, nicht von Investitionen im Schienennetz. Das ist mutig: *»Unsere Petition fordert daher die Landesregierung auf, den 10-Minuten-Takt auf der Linie S2 zwischen Bernau und Berlin-Buch zu beauftragen. Spätestens mit dem nächsten Verkehrsvertrag (ab 22.12.2025) für die Linie S2 ist ein 10-Minutentakt zwischen Bernau und Berlin-Buch im gesamten Fahrplan zu berücksichtigen.«*

Ob das aushandelbar ist, wenn Berlin die S-Bahn nach dem 31.12.2026 privatisiert hat? Das kann man nicht ernsthaft glauben, denn dazu müßte der zukünftige Betreiber der Bahn seine Zustimmung geben. So gesehen ist es sogar wichtiger, die Privatisierung der S-Bahn platzen zu lassen oder vorerst auf Eis zu legen, damit Bernau noch Gelegenheit bekommt, mit ins Boot zu kommen.

THOMAS TOBLER

Das Fest des Friedens?

Weihnachten steht vor der Tür und in diesem Jahr ist alles anders. Weihnachtsfeiern und -märkte fallen aus, Familientreffen sind nur sehr eingeschränkt erlaubt. Alles ist anders.

Nur die Kriegsvorbereitungen gehen ungehemmt weiter und für Rüstung wird immer mehr Geld bereitgestellt.

Gründe genug und Zeit zum Nachdenken.

Mir fallen da die sechs Kriegsweihnachten ein, wo wir auf Feldpost warteten, ob meine Brüder noch lebten. Ich hasse den Krieg und seine Kriegsvorbereiter, Hetzer und ähnlich verkommene Monster.

Wann wird endlich für alle Menschen die Völkerfreundschaft gewinnen?

ELISABETH MONSIG, geb. 1924

Freiwilligenagentur Eberswalde:

Kooperation erneuert

Eberswalde (bbp). Die Finanzierung der Eberswalder Freiwilligenagentur ist für drei weitere Jahre gesichert. Die Stadtverordnetenversammlung hat am 26. November eine entsprechende Kooperationsvereinbarung mit der Bürgerstiftung Barnim Uckermark, die seit 2008 als Träger der Freiwilligenagentur Eberswalde fungiert, beschlossen. *»Wir freuen uns über die Absicherung der hauptamtlichen Struktur der Freiwilligenagentur Eberswalde für weitere drei Jahre«*, sagt der Geschäftsführer der Bürgerstiftung KAI JAHNS. *»Damit sind die Jahre 2021 bis 2023 und somit auch die kommenden Freiwilligentage gesichert. Darüber hinaus ist dies auch die Bestätigung unserer Arbeit.«*

Die Stadtverordneten bewilligten für 2021 einen Personalkostenzuschuß von 25.000 Euro und für 2022 und 2023 einen Zuschuß von jeweils 30.000 Euro. Außerdem kann die Bürgerstiftung jährlich einen Sachkostenzuschuß von bis zu 5.000 Euro erhalten.

Die Freiwilligenagentur kooperiert mit den ansässigen Vereinen, Initiativen, Institutionen und Wohlfahrtsverbänden. Dazu wird sie 10 Stunden pro Woche als feste Sprechzeiten (dienstags und donnerstags) im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio vorhalten.

»Ziel der Freiwilligenagentur Eberswalde ist die Stärkung des Ehrenamtes und einer Kultur der Eigenverantwortlichkeit in Eberswalde und dem Umland«, heißt es in der Vereinbarung. *»Die Freiwilligenagentur Eberswalde versteht sich als uneigennützige Mittlerin zwischen Menschen, die auf der Suche nach freiwilliger und gemeinnütziger Tätigkeit sind, und gemeinnützigen Vereinen, Initiativen und Wohlfahrtsverbänden, die Unterstützung und Hilfestellung suchen. Die Freiwilligenagentur Eberswalde unterstützt vorrangig Angebote und Angebotsvermittlungen in der Stadt Eberswalde... Die Freiwilligenagentur Eberswalde vermittelt Interessierte für folgende Bereiche: Soziales, Senioren, Kinder und Jugend, Familien, Bildung und Erziehung, Kultur und Brauchtum, Umwelt, Integration sowie Rettung und Hilfe.«*

Wichteln als Zeichen des Miteinanders

Bürgerliche Weihnachtsaktion für Senioren gegen Einsamkeitsgefühle

Viele ältere Menschen haben keine Freunde oder Angehörigen mehr und leben daher sehr einsam in ihren Wohnungen und somit sehr isoliert. Auch Weihnachten verbringen sie deshalb ganz alleine. In unserer Einrichtung, dem Alloheim Seniorenresidenz *»Haus am Werbellinsee«*, können wir aufkommende Einsamkeitsgefühle hier in der Gemeinschaft sehr gut abfangen und entgegenwirken, allerdings sieht es in der häuslichen Umgebung bei allein lebenden Senioren ganz anders aus.

Um darauf aufmerksam zu machen und gleichzeitig ein Zeichen des Miteinanders, der Gemeinschaft und der Solidarität zu setzen, rufen die Alloheim Seniorenresidenzen daher bereits zum neunten Mal zu ihrer besonderen Aktion *»Wichteln gegen die Einsamkeit«* auf. Die Tradition des Wichtelns (andernorts auch Julklapp genannt) stammt übrigens aus Skandinavien. Vom Ursprung her beschenken sich damit Menschen, die sich einander gar nicht kennen. Ziel der Aktion ist es, alleinstehenden älteren Menschen, die keine Freunde oder Familie haben, die sie Weihnachten besuchen können, am Heiligen Abend eine Freude zu bereiten. Wir möchten diesen Senioren gemeinsam mit allen Bürgern zeigen, daß sie nicht alleine sind. Es gibt Menschen, die an sie denken und ihnen von Herzen ein schönes Weihnachtsfest wünschen. Gerade in diesem Jahr, das von der Corona-Pandemie geprägt ist, ist dies besonders wichtig!

Alle Bürger, Unternehmen, Vereine, Kindergärten und Schulen werden daher gebeten, kleine Geschenke im *»Haus am Werbellinsee«* abzugeben, die dann von Mitarbeitern der Residenz und ehrenamtlichen Helfern pünktlich zum Weihnachtsfest verteilt werden.

Foto: JOCHEN OSSENBERG

Um den materiellen Wert geht es dabei nicht. Es zählt, daß die Geschenke von Herzen kommen. Ob ein Gutschein, ein Hörspiel, Selbstgebackenes oder etwas Gebasteltes – jedes Geschenk wird seinen Empfänger oder seine Empfängerin finden und Weihnachtsfreude bereiten.

Die gespendeten Wichtelgeschenke können ab sofort persönlich abgegeben oder über den Postweg an die Alloheim Seniorenresidenz *»Haus am Werbellinsee«* (Krumme Straße 5, 16244 Schorfheide OT Altenhof), verschickt werden. Eventuelle geschlechtsspezifische Geschenke sollten am besten mit einem *»M«* für männlich, oder *»W«* für weiblich markiert werden. Heiligabend werden diese dann pünktlich zum Fest in der Region verteilt.

Jedes Geschenk wird ganz sicher an der richtigen Stelle ankommen. Weihnachten ist ein Fest der Familie, der Freude und des Miteinanders. Mit unserer Aktion *»Wichteln gegen die Einsamkeit«* wollen wir ein Zeichen der Solidarität gemeinsam mit unseren Mitmenschen setzen. Wir freuen uns über jedes liebevoll gepackte Paket, das seinen Weg in unsere Einrichtung findet. Für die Unterstützung der Bürger bedanken wir uns schon jetzt ganz herzlich!

SAMUEL WIEDEBUSCH

Als man nicht alles kaufen mußte

Ich war in meinem Leben viel unterwegs und hab in den vergangenen Jahren sehr viel gesehen. Bis vor dreißig Jahren gab es wohl keinen Ort, kein Grundstück, wo ein Kaninchenstall fehlte, d.h. viele Familien fütterten nach ihrer beruflichen Arbeit noch Kaninchen und andere Tiere und boten sie zum Verkauf an. Das war damals gern gesehen, war das doch ein Beitrag zur Versorgung der Bevölkerung. Mein Schwager hatte allein 270 Tauben, so daß ich alle 6 Wochen einen Hänger Taubendung wegfahren konnte. Ein Bekannter hat den Taubendung gemischt und mit dem Dünger baute er dann Spargel und andere Gemüsesorten an.

Ich persönlich konnte jeden Monat drei bis fünf Kaninchen abgeben. Die wurden zum Teil geschlachtet und in den Schwerpunktbetrieben zum Mittag angeboten. Ein Drittel wurde lebend nach Frankreich exportiert. Für ein Kaninchen bekam man etwa 50 Mark (der DDR). Für das Kilo wurden 12,50 Mark bezahlt.

In den Dörfern wurden auch Schweine und Rinder gefüttert, die dann abgeholt und in die Schlachtbetriebe gebracht wurden. Desweiteren wurden auch viele Tonnen Gurken und Tomaten sowie Obst und anderes Gemüse für die Kaufhallen geliefert. In meinem Garten erntete ich Petersilie. Drei Kilogramm gab ich in der Betriebsküche ab und bekam dafür 15 Mark. Rhabarber verschenkte ich an meinen Kollegen, der sich Saft daraus machte. Es wurde alles angebaut, geerntet, verkauft, weggegeben und verschenkt.

So konnten die Menschen in der DDR immer viel Eingewecktes und Säfte auf Vorrat einlagern. Es brauchte nicht so viel gekauft werden. Das war gut für den Geldbeutel, half bei der Versorgung der Bevölkerung, was asl Beitrag zur Festigung der DDR galt, war aber durch die kurzen Wege vom Produzenten zum Verbraucher auch ökologisch sinnvoll.

NORBERT GLASKE

Verantwortung und **Ethik** *in der Politik*

von Dr. med. Siegfried Adler

Zur Beurteilung von Verantwortung und Ethik in der Politik ist der Begriff Politik der zu besprechende Hauptgedanke. In der Geistesgeschichte seit Aristoteles gibt es bis heute viele Erklärungs- und Darstellungsweisen dieses Begriffes – positiv und auch negativ zu bewertende.
Ich trete ein für eine positive Darstellung als Methode der Lebensgestaltung von menschlichen Gemeinwesen nach dem Gesichtspunkt bzw. der Frage: Was ist der Mensch im Rahmen des Seins – also im Rahmen unserer Welt insgesamt?

Der Mensch hat eine Besonderheit: Er kann denken, daß er denkt. Diese Fähigkeit bewirkte seit seiner Entstehung alle geistigen und materiellen Entwicklungen auf unserer Erde. Das Funktionsvermögen des menschlichen Gehirns schaffte Denkstrukturen auch im Zusammenhang mit natürlichen Umweltbedingungen, die etwa zur Entwicklung von Religionen, Großartigem in Kunst, Wissenschaft und Technik führten und immer weiter entwickelt werden.

Mit allen diesen Faktoren ist der Mensch ein Sozialwesen. Er braucht zu seiner Existenz von der ersten Lebensstunde an die Leistungen einer Vielzahl anderer Menschen (Nahrung, Kleidung, Wohnung etc.). Notgedrungen ist eine Ordnung erforderlich, die mit dem Begriff Politik gestaltet wird.

Unser heutiges Wissen über die Genstrukturen beinhaltet u.a. die Einmaligkeit jedes einzelnen Menschen – mit anderen Worten besteht eine Einzigartigkeit jedes Menschen von seiner ersten Lebensstunde an. Als es auf den Entbindungsabteilungen noch sogenannte Kinderzimmer gab, konnte man individuelle Verhaltensweisen der Kinder bemerken und bei Kenntnis der Eltern Zuordnungen finden. Ich möchte dies bewerten als individuellen Willen bzw. als Ausdruck von Freiheitswillen jedes einzelnen Kindes mit dem Ziel, Wohlbefinden zu erhalten.

Zwischen den Begriffen Sozialwesen und Freiheitswillen muß man ein mehr oder weniger großes Spannungsfeld sehen, das Regulationen herausfordert. Die schon genannte Denkfähigkeit der Menschen führte zum Begriff der Ethik. Darunter versteht man die Gesamtheit sittlicher und moralischer Grundsätze. Im Brockhaus-Lexikon findet man unter diesem Begriff eine Abhandlung von mehreren Seiten. Dargestellt werden 3 Problemfelder: 1. die Frage nach dem höchsten Gut. 2. die Frage nach dem sittlichen Handeln und 3. die Frage der Freiheit des Willens. Diese drei Fragen enthalten für mich die Antworten und damit die Aufgaben für die Ethik in der Politik.

Zur ersten Frage heißt die Antwort: Das Leben in der Gesamtheit unserer Welt – also Leben von Menschheit, Tier- und Pflanzenwelt, ausgedrückt etwa auch mit dem Ethikpostulat des Tropenarztes und Philosophen ALBERT SCHWEIZERs: Ich bin Leben inmitten von Leben, das auch leben will.

Die Frage 2 enthält sehr viele Aufgaben der Politik, gerichtet an die unterschiedlichen Fähigkeiten der Menschen. Gesellschaftliche Bedingungen zu gestalten, derart, daß, wer Fähigkeiten hat, Arbeitsplätze und damit Grundlagen für die Lebensgestaltung anderer Menschen zu schaffen, dies auch tun muß innerhalb der Gesellschaft seines Lebensraumes. Die Verlegung von Arbeitsplätzen in andere Länder, nur um bei billigeren Arbeitskräften höhere Eigenprofite zu erzielen, sollte als Verstoß der in unserem Land seit dem 2. Weltkrieg gepriesenen sozialen Marktwirtschaft geächtet werden. Beispiele lassen sich hier viele anführen wie etwa Gewinnverlagerungen ins Ausland zur Umgehung der Steuerpflicht im eigenen Land.

Nahezu alle Weltreligionen enthalten Regeln zum sittlichen Handeln im Zusammenhang mit der Aussage zum Sinn des Lebens, Die Religionen in unserem Land (Christentum, Judentum, Islam) haben gleiche Wurzeln im biblischen Abraham und sind auf ein Leben nach dem Tod ausgerichtet. Von Bedeutung für unser weltliches Leben sind die 10 Gebote des Alten Testamentes (2. Moses 20, 2-17) und für den christlichen Bereich zusätzlich die Bergpredigt im Neuen Testament (Math. 5-7).

Sie haben offensichtlich für die heutige praktische Politik nur eine eingeschränkte Bedeutung. Seit der Kulturepoche der Aufklärung vom Ende des 17. Jahrhunderts gilt die Vernunft als einzige befähigte Instanz über Wahrheit und Falschheit von Erkenntnissen zu entscheiden im Gegensatz zu metaphysischen Postulaten.

Realen Bezug für jegliches Handeln sollte als ethische Grundlage für die Politik der Kategorische Imperativ des für mich größten Philosophen IMMANUEL KANT sein. Die Regel ist sehr einfach und für jeden denkenden Menschen leicht nachvollziehbar: *»Handle so, daß die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne«.*

Diesen Satz kann man auch so formulieren: Ich will nicht übervorteilt werden, ich will nicht betrogen werden, ich will nicht verletzt oder getötet werden, ich will nicht beleidigt werden, also darf ich all dieses anderen auch nicht antun.

Die 3. Frage nach der Freiheit des Willens gibt der Politik die Aufgabe, Bevormundungen außerhalb von Bereichen zum Schutz von Leben und Gesundheit oder Zerstörung der Natur zu vermeiden. Freie Willensentscheidungen sind Zündstoff und Motor für Innovationen und Leistungssteigerungen. Freie Willensentscheidung des Einzelnen bedeutet im Zusammenhang mit verantwortlicher Vernunft und unseren ethischen Postulaten nach Kant das Gegenteil von Ellenbogenfreiheit und hat immer das Ziel, Wohlbefinden für das gesamte menschliche Gemeinwesen zu bewirken. Danach sollte man Ansichten und Leistungen von Politikern und politischen Gruppierungen bewerten.

Die Geschichte hat für mich bewiesen, daß Sozialismus nach Marx und Engels mit Stalin, Pieck, Ulbricht und Honecker infolge mangelnder Freiheit im hier dargestellten Sinne zum Bankrott führte. Eine Politik für Menschen mit Fähigkeiten für Innovationen und Leistungen mit Schaffung von Arbeitsplätzen und Ressourcen zur Lebensgestaltung behinderter Menschen kann keine Klientelpolitik sein, sondern Politik für die Gesamtheit der Menschen.

Im November erhielten wir die traurige Nachricht, daß Dr. Siegfried Adler am 21. Oktober 2020, einen knappen Monat nach seinem 93. Geburtstag, verstorben ist.

Seinen Verwandten, insbesondere den beiden Töchtern gilt unser Mitgefühl.

Dr. Adler bereicherte viele Jahre lang als Autor die inhaltliche Vielfalt der »Barnimer Bürgerpost«. Sein Artikel von 2010 »Verantwortung und Ethik in der Politik« kann wohl ohne weiteres als sein Programm und sein Vermächtnis interpretiert werden (BBP 3/2010). Wir werden ihn, seine Emphatie und seine erfahrungsreiche und kluge, von Idealen geprägte Sicht auf die Welt immer in unserer Erinnerung behalten.

Lesen Sie seinen Artikel von 2010 – ihm zum Gedenken.

Dr. MANFRED PFAFF, Vorsitzender des Barnimer Bürgerpost e.V.
GERD MARKMANN, Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

Der Kinderarzt Dr. Siegfried Adler (1927-2020) inmitten einer Kinderschar zur Eröffnung des Bürgerbüros seines Parteifreundes Martin Hoeck (FDP) in der Frankfurter Allee 57 im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde am 14.12.2014. *Foto: GERD MARKMANN*

Vor 30 Jahren:

Rassistischer Mord in EW

Eberswalde (bbp). Am 6. Dezember vor 30 Jahren starb AMADEU ANTONIO KIOWA an den schweren Verletzungen, die ihm von gewalttätigen Neofaschisten nach einer Hetzjagd zugefügt worden waren. Er war das erste Opfer rassistischer Gewalt nach dem Beitritt der DDR zur BRD. Unter Beachtung der Corona-Regeln versammelten sich am 6. Dezember rund 150 Menschen an der Gedenktafel in der Eberswalder Straße vor der ehemaligen Chemischen Fabrik. Die Kundgebung wurde von der Barnimer Kampagne *»Light Me Amadeu«* in Kooperation mit der Stadt Eberswalde und dem Landkreis Barnim organisiert.

»Diese Schandtat enthemmter Skinheads erfüllt noch heute unzählige Menschen nicht nur in Eberswalde und ganz Brandenburg mit Scham und Entsetzen«, heißt es in einer Botschaft des Brandenburgischen Ministerpräsidenten Dietmar Woidke. *»Der Angolaner Amadeu Antonio Kiowa, der als Vertragsarbeiter in die DDR kam, wollte sich hier im vereinten Deutschland mit seiner Familie ein neues Leben aufbauen. Die Täter schlugen mit unvorstellbarer Brutalität auf ihn ein, weil er dunkler Hautfarbe war. Amadeu Antonio Kiowa war eines der ersten Todesopfer rechtsextremistischer Gewalt nach der Wiedervereinigung. Sein wenige Tage später geborener Sohn konnte seinen Vater nie kennenlernen.*

Diesem feigen Anschlag folgten bis in die heutige Zeit hinein weitere abscheuliche Überfälle und Morde. Wir dürfen diese Taten nie vergessen. Das sind wir den Opfern und uns selbst schuldig.

Es darf keine Toleranz geben bei rassistischen Sprüchen, bei Stigmatisierung oder Herabsetzung anders Aussehender, beim Schüren von Menschenfeindlichkeit und Säen von Gewalt. Denn oftmals folgen Worten brutale Taten. Ich danke allen, die sich in Brandenburg dem Kampf gegen Menschenfeindlichkeit und Rassismus verschrieben haben. Ich danke allen, die Antonio Amadeu Kiowa und allen anderen Opfern rassistischer Gewalt ein ehrendes Andenken bewahren.«

Corona

Wo kam es her, das kleine Biest,
Das unser Leben so vermiest?
Das – klitzeklein, mit Mörderkraft,
Schon Tausende dahingerafft.
Das durch alle Landes zieht,
Das weltweit schlägt auf das Gemüt,
Das eine mediale Schlacht entfacht,
Das das RKI beschäftigt Tag und Nacht,
Das manchen in die Knie zwingt,
Das uns die Luft zum Atmen nimmt,
Das die Wirtschaft ruiniert
Das unsere Freiheit ignoriert,
Das , so könnte man gedanklich starten,
Trefflich spielt in manche Karten.
Erschuf Natur den bösen Zwerg?
Waren Mächte der Finsternis am Werk?
Doch das möchte ich nicht vertiefen,
»Verschwörungstheoretikertitel« nicht genießen!

RAINER KROBOTH

200 Jahre Friedrich Engels:

Was ist **Freiheit?**

Freiheit – dieser Begriff gehört zu den Grundfesten der bürgerlichen Gesellschaft. Im Grundgesetz der BRD sind selbige insbesondere in den Grundrechtsartikeln niedergeschrieben. Dabei manifestiert sich die sogenannte *»individuelle Freiheit«* in der Realität letztlich vor allem als unternehmerische Freiheit. Die rechtlich garantierte individuelle Freiheit ist stark abhängig von den ökonomischen Möglichkeiten des jeweiligen Individuums. Sie ist also in der Praxis alles andere als garantiert.

Der Freiheitsbegriff geht indes über den rechtlichen Rahmen weit hinaus. Für den deutschen Philosophen GEORG FRIEDRICH HEGEL war die Freiheit die Einsicht in die Notwendigkeit. *»Blind ist die Notwendigkeit nur, insofern dieselbe nicht begriffen wird«*, schrieb Hegel. FRIEDRICH ENGELS kommentierte das in seiner als *»Anti-Dühring«* bezeichneten Schrift so: *»Nicht in der geträumten Unabhängigkeit von den Naturgesetzen liegt die Freiheit, sondern in der Erkenntnis dieser Gesetze, und in der damit gegebnen Möglichkeit, sie planmäßig zu bestimmten Zwecken wirken zu lassen... Freiheit des Willens heißt daher nichts andres als die Fähigkeit, mit Sachkenntnis entscheiden zu können.«*

Begonnen mit der *»Entdeckung der Verwandlung von mechanischer Bewegung in Wärme: die Erzeugung des Reibefeuers«* – laut Engels trennte sich der Mensch *»damit endgültig vom Tierreich«* – war *»jeder Fortschritt in der Kultur … ein Schritt zur Freiheit«*.

Jede Erfindung und jede Entdeckung erweiterte und erweitert die Freiheitsmöglichkeiten des Menschen im allgemeinen. Allerdings zu dem Preis, daß im besonderen diese Freiheitsmöglichkeiten nur einem kleinen Teil der Menschen zugute kommen – zulasten des anderen größeren Teils. Wobei die Knechtschaft der anderen zugleich die Knechtenden selbst in Abhängigkeiten von ihren eigenen Herrschaftsmitteln zwingt, was wiederum auch deren Freiheit stark beschränkt.

Zur *»Fähigkeit, mit Sachkenntnis entscheiden zu können«* tritt als weitere Voraussetzung die Möglichkeit, überhaupt entscheiden zu können. Sowohl die Geknechteten als auch die Knechtenden sind Sachzwängen unterworfen, die ihnen als *»fremde, sie beherrschende Naturgesetze gegenüberstehen«*. Dabei wirken die gesellschaftlich wirksamen Kräfte *»ganz wie die Naturkräfte: blindlings, gewaltsam, zerstörend, solange wir sie nicht erkennen und nicht mit ihnen rechnen«*.

Freiheit ist in diesem Sinne also nicht zuletzt die Einsicht in die Notwendigkeit, solche Verhältnisse zu erreichen, in denen der *»Fortschritt der Kultur«*, also der Fortschritt der Produktivkräfte, nicht von der Herrschaft Einzelner über die dazu erforderlichen Mittel (Produktionsmittel) abhängig ist, sondern der menschlichen Gesellschaft insgesamt zur Verfügung steht, *»die eigne Vergesellschaftung der Menschen, die ihnen bisher als von Natur und Geschichte oktroyiert gegenüberstand, … ihre eigne freie Tat«* wird.

Friedrich Engels bezeichnet dies als den *»Sprung der Menschheit aus dem Reiche der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit«*.

GERD MARKMANN

Zitate aus: Friedrich Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. MEW 20, S. 106/107, 260 u. 264

EuGH: Flüchtlingsstatus für Wehrdienstflüchtige aus Syrien

Rechtswidrige Praxis des BAMF beenden!

Die Frage, ob die drohende Einberufung zum Wehrdienst in Syrien, wo es kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung gibt, als Fluchtgrund anzuerkennen ist, wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) seit 2016 strikt verneint. Jungen Männern aus Syrien, die sich durch Flucht dem Wehrdienst entzogen hatten, wurde der Flüchtlingsstatus nach Genfer Flüchtlingskonvention verweigert und nur subsidiärer Schutz zuerkannt, der sie zwar vor einer Abschiebung nach Syrien bewahrte, ihnen aber keinen Familiennachzug ermöglicht. Erhielten 2015 noch 99,7 % aller Antragsteller aus Syrien den vollen Flüchtlingsschutz, waren es 2016 ca. 58 % und 2017 nur 39 %.

Diese BAMF-Praxis war juristisch umstritten. Es gab Oberverwaltungsgerichte (in Bayern, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen), die diese Praxis für rechtswidrig erkannten. Aber dem stand die Rechtsprechung in Berlin-Brandenburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und im Saarland entgegen, die die BAMF-Praxis billigte.

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat nun mit seiner Entscheidung für Klarheit gesorgt. Ein syrischer Wehrdienstflüchtiger hatte vorm Verwaltungsgericht Hannover geklagt, das dem EuGH einige Rechtsfragen vorlegte, die jetzt geklärt wurden. Fazit, die Praxis des BAMF ist rechtswidrig, wie auch die Rechtsprechung, die Wehrdienstflüchtlingen aus Syrien den vollen Flüchtlingsstatus verweigert.

Ausschlaggebend waren dafür waren Kriegsverbrechen der syrischen Armee während des Bürgerkriegs und die Verfolgung von Wehrdienstentziehung durch den syrischen Staat, u.a. auch mit der Todesstrafe (www.proasyl.de). Es ist an den deutschen Gerichten, ihre Rechtsprechung an den Erkenntnissen des EuGH auszurichten und am BAMF, seine rechtswidrige Praxis schleunigst zu beenden.

HARTMUT LINDNER

Gemeinwohl-Ökonomie:

Die Wirtschaft ist für alle da

In der Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) verpflichten sich Unternehmen und Organisationen, ihr Handeln an Prinzipien wie Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit zu orientieren – und in ihren Bilanzen darüber Rechenschaft abzulegen.

Die Corona-Pandemie wirft ebenso wie die Klimakrise grundsätzliche Fragen auf: Ist es nicht letztlich unser kapitalistisches, auf Wachstum basierendes Wirtschaftssystem, das die Krisen verschlimmert, wenn nicht gar auslöst? Und wenn ja: Was könnte die Alternative zum Bestehenden sein? Die Gemeinwohl-Ökonomie bietet ein Modell zur Transformation der Wirtschaft. In den vergangenen Wochen hat die GWÖ eine Reihe von Empfehlungen und Maßnahmen zum Umgang mit der Krise und für die Post-Corona-Zeit publiziert. Eine Wirtschaft, die sich am Gemeinwohl orientiert, ist die einzige Lösung, um künftigen Generationen einen gesunden und bewohnbaren Planeten zu hinterlassen.

Die Grundidee der GWÖ ist keine neue Erfindung, sondern schon in vielen Verfassungen verankert: *»Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl«*, lautet Artikel 151 der Bayerischen Verfassung. Der Artikel 14 des Grundgesetzes besagt: *»Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen«*. Konträr dazu fördert das bestehende Wirtschaftsmodell wachsende Gefahren für die Menschheit: Klimawandel, Verlust an Artenvielfalt, auch die aktuelle Pandemie. Die GWÖ dagegen ist ein alternatives Wirtschaftsmodell, das auf Grundwerten wie Nachhaltigkeit, Kooperation und Gerechtigkeit basiert, statt auf Profitmaximierung und Wettbewerb zu setzen. Entsprechend soll ein Gemeinwohl-Produkt das Bruttoinlandsprodukt als Erfolgsmaß für Volkswirtschaften ablösen.

Der Publizist CHRISTIAN FELBER gründete 2010 in Österreich die Bewegung der Gemeinwohl-Ökonomie – basierend auf seinem gleichnamigen Buch – gemeinsam mit Unternehmen, die ihre soziale und ökologische Verantwortung erkannten. Mittlerweile ist die GWÖ institutionell in 17 Ländern vertreten und setzt sich international für die Transformation der Wirtschaft zu einer ethischen Marktwirtschaft ein, die das Gemeinwohl ins Zentrum wirtschaftlicher Entscheidungen rückt.

Gemeinwohlorientierte Unternehmen achten auf Werte wie Menschenwürde, Solidarität, soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit sowie Transparenz und Mitentscheidung, und sie legen dies in einer Gemeinwohl-Bilanz offen. Wie gelebte Gemeinwohl-Ökonomie aussehen kann, haben mittlerweile über 600 Unternehmen in so einer Bilanz dokumentiert.

Mitten in der Krise über die Welt danach zu reden – ist das eine Zumutung? Haben wir nicht alle genug damit zu tun, die Beschränkungen des alltäglichen Lebens, die Angst vor der Erkrankung und den materiellen Folgen zu bewältigen? Wir haben uns entschieden, den Blick in die Zukunft dennoch zu wagen. Wir sind überzeugt, daß wir jetzt überlegen müssen, was auf Dauer anders werden muß, damit es für alle besser wird.

Die Gemeinwohl-Bilanz bietet einen 360-Grad-Blick auf das ganze Unternehmen bzw. die ganze Organisation. Das Ergebnis wird in einem Punktsystem dargestellt, so daß der Beitrag der einzelnen Unternehmen zum Gemeinwohl vergleichbar wird. Dabei werden Punkte nur für solche Aktivitäten vergeben, die über die Erfüllung des gesetzlichen Mindeststandards hinausgehen. Die Basis dafür ist die Gemeinwohl-Matrix. Sie ermöglicht eine umfassende, systematische Betrachtung der Aktivitäten in Bezug auf alle Interessensgruppen. Durch die GW-Bilanz wird differenziert angezeigt, in welchen Bereichen ein Beitrag zum Gemeinwohl geleistet wird und wo noch Entwicklungspotentiale liegen.

Unternehmen: Mittlerweile erstellen einige sehr bekannte Unternehmen, beispielsweise der Outdoor-Produzent Vaude Sport oder die Sparda-Bank München, regelmäßig eine Gemeinwohl-Bilanz. Dazu kommen zahlreiche kleine und mittelständische Unternehmen der produzierenden Industrie und des Handwerks sowie Energieversorger und Firmen aus dem Online-Handel oder dem Lebensmittelbereich.

Bildungseinrichtungen: Neben Unternehmen sehen auch Bildungseinrichtungen die Vorteile einer Gemeinwohl-Bilanzierung. Eine Reihe von Schulen und Hochschulen haben GW-Bilanzen erstellt.

Immer mehr Schulen und Hochschulen thematisieren die Gemeinwohl-Ökonomie auch in ihren Bildungsangeboten. An der Universität Valencia gibt es den weltweit ersten GWÖ-Lehrstuhl, und das Studienzentrum Saalfelden in Österreich bietet in Kooperation mit der Fachhochschule Burgenland den Masterstudiengang *»Angewandte Gemeinwohl-Ökonomie«* an. Zudem ist die Gemeinwohl-Ökonomie Thema einer Vielzahl von wissenschaftlichen Arbeiten.

Gebietskörperschaften: Auch für Gemeinden ist die Gemeinwohl-Ökonomie und vor allem die entsprechende Bilanzierung ein handhabbares Modell zur Umsetzung ihrer Verpflichtung zum Gemeinwohl. Einige Gemeinden unterstützen privatwirtschaftliche Unternehmen bei der Erstellung einer GW-Bilanz finanziell. Elf Gemeinden zwischen Norddeutschland und Südtirol haben bereits eigene Gemeinwohl-Bilanzen erstellt, und eine Vielzahl hat kommunale Unternehmen GW-bilanziert. Acht regionale Regierungen in Spanien, Österreich und Deutschland haben die GWÖ in ihre Regierungsprogramme aufgenommen.

Politische Unterstützung: Nicht nur in der Regionalpolitik, auch international findet die Gemeinwohl-Ökonomie politische Unterstützung und Zustimmung. 2015 votierte der EU-Wirtschafts- und Sozialausschuß in einer Initiativstellungnahme für die GWÖ und bezeichnete sie in einer zweiten, von der Kommission beauftragten Stellungnahme als *»neues nachhaltiges Wirtschaftsmodell«*. Im Rahmen der UN-Weltklimakonferenz erhielt die erste gemeinwohlbilanzierte Krankenkasse (BKK ProVita) gemeinsam mit dem vegan-vegetarischen Verein ProVeg Deutschland e. V. den Klimaschutzpreis Climate Action Award 2018 der Vereinten Nationen für das gemeinsame Projekt *»Aktion Pflanzen-Power«*. Damit ging der Preis zum ersten Mal nach Deutschland und an ein Unternehmen, das GW-bilanziert ist.

Im März 2019 präsentierte sich die GWÖ vor dem UN Regional Forum in Genf vor Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus 40 Ländern. Dabei wurde die Gemeinwohl-Bilanz als Best Case für die Umsetzung des UN-Ziels für nachhaltige Entwicklung (SDG) Nummer 8 (Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum) vorgestellt. Die ganzheitliche Unternehmensbetrachtung der GW-Bilanz entspricht bezüglich Ambitionsniveau, Interdependenz und transparentem Umgang mit widersprüchlichen Zielen den Anforderungen der Sustainable Development Goals (SDGs). Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Universität Bremen, die die Gemeinwohl-Bilanz beim Thema der Umsetzung der SDGs in kleinen und mittelständischen Unternehmen mit einem hohen Ambitionsniveau aufführt.

Es weisen also bereits viele Entwicklungen in Richtung der Gemeinwohl-Ökonomie. Die aktuelle Corona-Krise eröffnet uns die Chance, den Übergang zu einer gemeinwohlorientierten, den oben erwähnten Verfassungen entsprechenden Wirtschaft zu meistern.

Die größte vergebene Chance wäre es, zu einem Normalzustand vor der Krise zurückzukehren – denn Klimakrise, Verlust von Artenvielfalt, Hunger und Ungleichheit sind in der Summe bei weitem größere Gefahren für die Gesundheit und das Leben der Menschen als ein einzelnes Virus. Mit gleicher Konsequenz müssen jetzt die anderen relevanten Kurven abgeflacht werden, vom Energie- und Ressourcenverbrauch über die Gefährdung und Ausrottung von Arten bis hin zum Anstieg der Ungleichheit auf den internationalen Finanzmärkten und im Welthandel. Im Unterschied zur Behebung der Finanzkrise 2008 sollten dieses Mal vorrangig Menschen gerettet und nachhaltige Wirtschaftspraktiken gefördert werden. Nutzen wir die Chance: aus der Krise in die Gemeinwohl-Ökonomie!

DANIELA von PFUHLSTEIN

Commons

Im Taschenwörterbuch Englisch-Deutsch von 1989 wird *»common«* so übersetzt: gemeinsam; allgemein, öffentlich; alltäglich, normal; umgangssprachlich auch ordinär oder gemein. *»Commonlaw«* beispielsweise ist das (ungeschriebene) Gewohnheitsrecht, *»commontalk«* das Stadtgespräch. Als Substantiv gebraucht bedeutet *»common«* Mitbenutzungsrecht oder Norm. Als *»the commons«* wird in Großbritannien das Unterhaus genannt.

Wenn heute und hier in verschiedenen sozialen Bewegungen und Initiativen von *»commons«* die Rede ist, dann geht es freilich nicht um das britische Parlament. Hier wird der englische Begriff als Synonym für die Allmende (im Mittelalter der gemeinsam genutzte Gemeindebesitz an Wiesen, Wäldern und Mooren) oder allgemein für Gemeingut verwendet.

In diesen Bewegungen und Initiativen, die sich allesamt auf Ursprünge in englischsprachigen Ländern beziehen, wird der Begriff erweitert zum *»Commoning«*, was heißen soll: *»Menschen organisieren sich auf Augenhöhe, um miteinander gut auszukommen sowie selbstbestimmt Nützliches und Sinnvolles für sich und andere herzustellen. Dabei entscheiden die Beteiligten gemeinverantwortlich darüber, was sie brauchen und wie sie Vermögenswerte (Ressourcen, Zeit und Räume) bewirtschaften, gestalten und verteilen.«* Als Felder des Commoning werden genannt: SOZIALES MITEINANDER, SELBSTORGANISATION DURCH GLEICHRANGIGE sowie SORGENDES & SELBSTBESTIMMTES WIRTSCHAFTEN. (www.muster.des. commoning.wiki/view/felder-des-commoning). Irgendwie hört sich das nach dem *»Kommunistischen Manifest«* von Karl Marx und Friedrich Engels an, obwohl es scheint, als hätten die Commoning-Verfechter von selbigem noch nie etwas gehört. Aber sie schreiben: *»Commoning heißt auch, anders zu wirtschaften und mit der Logik der Marktwirtschaft* (das heute übliche Synonym für Kapitalismus – gm) *zu brechen. So kann der Abschied vom kapitalgetriebenen Wirtschaften gelingen.«* (ebenda)

Wieviel hiervon Utopie und wieviel davon unter den gegenwärtig herrschenden Verhältnissen Wirklichkeit werden kann, inwieweit vielleicht damit gar die herrschenden Verhältnisse im Sinne der Commoning-Ideale geändert werden können, wäre in der Praxis auszuprobieren.

GERD MARKMANN

Mut in der Corona Krise

Bernau (bbp). Mit weihnachtlichen Mut-Plakaten wirbt die BeSt Bernauer Stadtmarketing GmbH für ein respektvolles und solidarisches Miteinander. Zum Erhalt einer lebendigen Innenstadt sollten alle lokal kaufen oder bei lokalen Händlern online bestellen. Dafür hat BeSt eine Datenbank mit *»Corona-Angeboten«*, Lieferservices, Weihnachtsangeboten, Öffnungszeiten und Kontaktmöglichkeiten aufgebaut (www.bernauer-innenstadt.de).

Querdenker:

Wer nimmt sie wahr? Was wollen sie?

Es gibt sie schon einige Zeit. Doch jetzt mit der Corona-Pandemie sind sie besonders aktiv geworden. Durch die spektakuläre Massendemo vor dem Berliner Reichstagsgebäude erst so recht. Und es breiteten sich so einige Verdächtigungen und Beobachtungen bezüglich der Teilnahme rechter Extremisten aus.

Deshalb war es für mich interessant zu erfahren, was die *»Querdenker«* so im Schilde führen. Ohne auf die öffentliche Medienmaschine zurückgreifen zu wollen, wurde ich auf die Ankündigung einer bundesweiten Protestdemo in Frankfurt (Oder) aufmerksam, die, im Zusammenhang mit aktuellen Beschlüssen aus dem Regierungssitz der BRD, am 28. November an der Oderpromenade in Frankfurt an der Oder stattfand.

In enger Abstimmung hatten sich auf deutscher und polnischer Seite beiderseits der Oderbrücke, die für diesen Tag durch starke Polizeikräfte abgesperrt war, rund 1.500 Demonstranten versammelt. Die von erfahrenen Organisatoren aus den westlichen Bundesländern zunächst auf beiden Seiten des Flusses versammelten Teilnehmer demonstrierten pünktlich ab 13 Uhr anfangs jeder für sich zur gleichen Thematik.

Dann entfaltete sich ein polnischer Demonstrationszug am Rondell in Slubice und zog mit seinen lauten Losungen und Spruchbändern über die Oderbrücke. Auf deutscher Seite wurden sie in freundschaftlicher Atmosphäre begrüßt und bestens organisiert zum Versammlungsplatz auf der Uferpromenade begleitet. Beachtlich waren die gute Abstimmung der starken polnischen und deutschen Polizeikräfte

Foto: HELMUT BRAUNSCHWEIG

und die hohe Disziplin der Demonstranten, die zu keinerlei Gerangel Anlaß gaben. Mitgeführte Bilder, Sprüche und verbale Äußerungen drückten in aller Deutlichkeit den Protest der Demonstranten gegen die überzogenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie und auch anderer politischer freiheitsfeindlicher Bestimmungen aus (Verbot des Schwangerschaftsabbruchs in Polen).

Von der aufgestellten Bühne ergriffen die Redner zwei- und dreisprachig das Wort zum Protest. In klarer Ansprache wurde deutsch und polnisch auf den Inhalt des Protestes verwiesen und dabei betont, daß es um die Maßnahmen gegen und nicht um eine Negierung der Corona-Pandemie geht. Deshalb folgte auch in regelmäßigen Abständen die Aufforderung zum Anlegen des Mund-Nasen-Schutzes und zur Einhaltung möglichst kontaktfreier größerer Abstände zueinander. Ein Dank ging dabei auch an die Polizei, die bei Bedarf großzügig und unentgeltlich mit Gesichtsmasken aushalf.

Über drei Stunden verlief der Protest absolut gewaltfrei. Eine – wohl nur vorsorglich – herbei gerufene Reiterstaffel zog unverrichteter Dinge ganz schnell wieder ab. Nicht zuletzt wurde von der Versammlungsleitung auf die Nichtzulassung von Versammlungsteilnehmern hingewiesen, die aus dem revanchistischen, rassistischen, antisemitischen oder gar faschistischen Spektrum kommen und durch ihr Äußeres oder Reden auffallen.

Die *»Querdenker«* sind eine in der Entwicklung befindliche Bewegung, die bisher nur punktuell in verschiedenen Zentren in der BRD agiert. Es ist an der Zeit, die Organisation durch fest umrissene Inhalte und Zielstellungen zu festigen, sie zu formulieren und medial zu verbreiten. Die Redner formulierten rund ein Dutzend Programmpunkte, die erkennen ließen, welcher Personenkreis sich angesprochen fühlen soll. Es werden alle Arten von rechts gerichtetem Ideengut, die zur Verletzung der Friedfertigkeit der Bewegung führen könnten, abgelehnt. Diese Ansagen fanden bei den Anwesenden großen Beifall und wurden mit Sprechchören der Worte *»Freiheit, Frieden, Demokratie«* auf deutsch, polnisch und englisch belohnt. Weitergehende Äußerungen zur Solidarität untereinander in dem sich ausbreitenden Klassenzwiespalt in dieser konservativ geprägten bürgerlichen Gesellschaft waren weniger zu vernehmen.

Nachsatz: Es bleibt zu hoffen, daß in naher Zukunft auch die friedensgefährdende Politik der Merkel-Regierung in den Protest einbezogen wird!

HELMUT BRAUNSCHWEIG

*Der Verkehrs*unfall

Ein Blick in die Wirren der Statistiken

Nehmen wir einmal an, wir wollen die Zahl der Verkehrsunfälle ermitteln und feststellen, ob so ein Verkehrsunfall für die Gesundheit schädlich ist. Ein Blick in das Statistische Jahrbuch der BRD würde uns die Antwort geben, denn dort fließen alle erfaßten Verkehrsunfälle ein. Für unser Denkexperiment blenden wir das aber mal aus.

Welche Möglichkeiten haben wir? Wir könnten beispielsweise die Verkehrsunfälle in der Friedrich-Ebert-Straße zählen. In Brandenburg an der Havel oder Berlin käme man sicherlich auf ähnliche Ideen und würde die Verkehrsunfälle in der Steinstraße bzw. auf dem Kurfürstendamm zählen.

Schnell käme heraus, in Berlin passieren mehr Verkehrsunfälle. Na klar, weil der Kurfürstendamm ja viel länger ist als die Friedrich-Ebert-Straße. Also beziehen wir in Eberswalde zusätzlich zur Friedrich-Ebert-Straße noch die Eisenbahnstraße bei der Zählung der Verkehrsunfälle ein, um eine Vergleichbarkeit zu erreichen. Die festgestellte Zahl der Verkehrsunfälle in Eberswalde würde steigen, aber in Berlin werden es immer noch mehr sein.

Also wird man sich in Berlin sagen, vielleicht ist der Kurfürstendamm die falsche Straße und man zählt beispielsweise in der Schönhauser Allee die Verkehrsunfälle. Nur werden es dann wohl noch mehr werden.

Die Steinstraße in Brandenburg an der Havel ist eine Tempo-20-Zone. Dort werden sicherlich nur ganz wenige Verkehrsunfälle gezählt. Aber kann man daraus schlußfolgern, daß es in Brandenburg weniger Verkehrsunfälle als in Berlin gibt?

Woher kommen dann die mehr als 3000 Verkehrstoten im Jahr? Wir werden es nicht wissen. Wir können es nicht wissen, wenn wir nur die Unfälle in ausgewählten Straßen zählen.

Es bleibt die Frage, wie können wir uns mit diesem lückenhaften Wissen vor Verkehrsunfällen schützen? Denn das ist ja das Ziel unserer Erhebungen.

Eine Möglichkeit wäre, den gesamten Straßenverkehr zu verbieten und nur noch notwendigen Frachtverkehr zuzulassen. Aber auch das Zuhausebleiben nützt nichts, denn es kam schon vor, daß ein Brummi an einer Bundesstraße in ein Wohnhaus gefahren ist mit dem realen Risiko, daß Bewohner durch herabstürzende Trümmerteile Schaden erleiden.

Man könnte sich durch Schutzkleidung, wie sie z.B. Eishockeyspieler oder Formel GP Fahrer verwenden, vor Knochenbrüchen, Hautabschürfungen oder Prellungen schützen. Aber wenn man von einem 50-Tonner überrollt wird, nutzt auch das nix.

Vom Einzelfall her weiß man, wie gefährlich ein Verkehrsunfall sein kann. Aber das Risiko, ob es zum Unfall kommt, und von welchen Umständen das abhängt, kennen wir in unserem Experiment nicht. Doch die Verantwortlichen sind gezwungen, irgendwas zu machen. Wie aber können sie wirksame Abwehrmaßnahmen einleiten, wenn ihnen der Gesamtüberblick zu den Gefahren und Risiken fehlt? Dazu bräuchte man auswertbare Statistiken.

Nebenbei bemerkt, ein Eberswalder Statistiker hat in seinem Buch festgestellt, daß nur, wenn man eine vollständige Übersicht über den Sachverhalt hat, Statistik sinnvoll ist. Dann könnte ein Kollektiv aus Kfz-Ingenieuren, Autobauern, Unfallforschern, Physikern, Medizinern, Politikern und Statistikern handeln. Nicht benötigt werden jedoch *»Experten«*, Bürokraten und politische Klugscheißer.

Zu Verkehrsunfällen gibt es das Statistische Jahrbuch und auch in den Regionen liegen detaillierte Zahlen vor, die sachlich fundierte Schlußfolgerungen möglich machen. In anderen Bereichen hingegen wird frank und frei nach den in unserem Denkexperiment Methoden verfahren.

Ähnlichkeiten mit dem, was gerade aktuell passiert, sind selbstverständlich reiner Zufall und beabsichtigt.

Dr. ULRICH POFAHL

Eberswalder Schülerinnen schreiben Brief an Landesregierung:

Warum *ist das Schulessen ungesund?*

Die 11-jährigen Schülerinnen Lilli und Noa zeigen sich stark enttäuscht vom Angebot der Schulkantine im A.-v.-Humboldt-Gymnasium in Eberswalde. In einem Brief an das Brandenburger Landwirtschafts- und das Verbraucherschutzministerium verleihen sie ihrem Unverständnis Ausdruck. Täglich Fleisch, keine regionalen Zutaten, einfältige Mahlzeiten – ihrer Ansicht nach paßt das nicht zu den Bekenntnissen des Kenia-Koalitionsvertrags:

»Wir sind zwei 11jährige Schülerinnen, die sich für eine nachhaltige Zukunft einsetzen. Wir sind ... in der Jugendgruppe der Grünen in unserer Region aktiv. Zudem sind wir in derselben Klasse und beide Vegetarierinnen. Wir wundern uns, daß es trotz vielversprechender Aussagen im Koalitionsvertrag immer noch wenig vegetarisches bzw. gar kein veganes Essen in unserer Schulkantine gibt... Sie [sollten] sich dafür einsetzen, daß es nicht mehr jeden Tag Fleisch gibt, da dies auch nicht gesund ist, und daß es Möglichkeiten gibt, sich vegetarisch und vegan zu ernähren! Finden Sie nicht auch, daß jede und jeder entscheiden können soll, welches Essen er bzw. sie essen möchte? Zudem besteht das vegetarische Essen oft nicht etwa aus nährstoffreichem Gemüse und Hülsenfrüchten, sondern ist eher süß und einfältig. Bitte ändern Sie was!«

ROBERT FUNKE, Grüne Jugend Barnim

Pandemie und Sozialabbau

Für die Bewältigung der kapitalistischen Krise und die Hochrüstungsprogramme müssen ökonomische Ressourcen mobilisiert werden. Dafür läßt sich die Pandemie nutzen. Mit ihr werden bereits jetzt dramatische Attacken auf die soziale Lage der Arbeiterklasse, aber auch auf die der Kleingewerbetreibenden geritten...

Mit den Problemen, die eine Pandemie aufwirft, läßt sich davon ablenken, daß wir es mit einer kapitalistischen Krise zu tun haben, die lange vor dem Ausbruch der Seuche einsetzte. Hilfsprogramme für Banken und Konzerne lassen sich als Maßnahmen gegen die Folgen der Coronapandemie verkaufen. Die Hochrüstung erfolgt unverändert. Die jeweiligen Kosten werden mit Virusbekämpfung begründet und die wachsende Staatsverschuldung muß wieder abgebaut werden – schließlich gilt die Schuldenbremse unverändert, die bloß ausgesetzt ist.

Der Angriff auf die soziale Lage der Arbeiterklasse wird vermutlich nicht in voller Breitseite gegen alle Werktätigen gerichtet sein. Schon am Beispiel der Kurzarbeit läßt sich die Spaltung der Klasse gut erkennen. Manche Gehälter werden fast bis zur ursprünglichen Höhe aufgestockt, andere landen bei 60 bis 67 Prozent. Allen wird aber vermittelt, Kurzarbeitsgeld sei eine staatliche Wohltat. Der Wahrheit, daß mit den Beiträgen der Arbeiter und Angestellten die Betriebe subventioniert werden, ist sich kaum jemand bewußt.

Zu erwarten ist eine Insolvenzwelle, die Kleinbetriebe, Kleingewerbetreibende, Kulturschaffende hart treffen wird. Am stärksten dürfte sie jene Branchen erfassen, in denen die Beschäftigten kaum organisiert sind, zum Beispiel in der Gastronomie, dem Fremdenverkehr und im Kulturbereich. Aber auch viele Automobilzulieferer werden Insolvenz anmelden. Arbeitsplatzabbau droht u. a. in der Automobilindustrie, im Maschinenbau und in der Stahlindustrie... Die Kapitalisten werden versuchen, diesen Umstand für neue Angriffe auf die Arbeitsverhältnisse zu nutzen – das unbefristete Vollzeitarbeitsverhältnis soll zu einer Ausnahmeerscheinung werden. Das alles droht, wenn nicht Kämpfe der Betroffenen, die Solidarität der Klasse, ja die aller Werktätigen dem etwas entgegensetzen.

Eine weitere Form der Krisenabwälzung dürfte eine neue Welle der Privatisierung öffentlichen Eigentums sein. Das wird die Kommunen, vermutlich aber auch das Gesundheitswesen und alle Bereiche der sogenannten Daseinsvorsorge betreffen sowie den Nah- und Fernverkehr. Hierzu werden die kommunalen Haushalte weiter ausgeblutet... Begründet werden wird das dann auch noch ausgerechnet mit dem Kampf gegen die Klimakatastrophe...

PATRIK KÖBELE

Aus einem Vortrag zum Thema *»Reaktionärer Staatsumbau?! – Anforderungen an Strategie und Taktik – Bundestagswahlen 2021«*, den der DKP-Vorsitzende auf der Tagung des DKP-Parteivorstandes am 28./29.11.2020 in Essen hielt.

Tag der Reinigungskräfte

Altenhof (bbp). Am 8. November war der *»Tag der Reinigungskräfte«.* Im Alloheim Senioren-Residenz *»Haus am Werbellinsee«* in Altenhof bedankte sich die Geschäftsleitung beim Reinigungspersonal und den Mitarbeitern der Wäscherei mit einer Rose und einem kleinen Frühstück für die geleistete Arbeit.

»Besonders in der Pflegebranche ist Hygiene von großer Wichtigkeit«, sagt Einrichtungsleiter Samuel Wiedebusch. *»Wir wollen unserem Team zeigen, daß wir ihren täglichen Einsatz und ihre Leistung würdigen und wertschätzen.«* Derzeit beschäftigt das *»Haus am Werbellinsee«* 10 Reinigungsmitarbeiterinnen.

Um die Wertschätzung für die Arbeit des Reinigungs- und Wäschereipersonals auch ganzjährig auszudrücken, setzt die Einrichtung auf Familienfreundlichkeit und vielfältige Weiterbildungsmöglichkeiten. *»Wir bieten unseren Mitarbeitern neben einer Festanstellung bei Bedarf kinderfreundliche Arbeitszeiten an. Dadurch können auch junge Mütter nach einer längeren Babypause leicht ins Berufsleben zurückkehren. Zusätzlich ermöglichen wir unserem Team auf Wunsch verschiedenste Fortbildungen und stehen in jeder Lebenssituation zur Seite«,* so Wiedebusch.

Der *»Tag der Reinigungskräfte«* wurde 2004 von der Krimi-Autorin Gesine Schulz ins Leben gerufen. Gefordert wird dabei insbesondere ein besseres Ansehen des Berufsbildes, in dem täglich äußerst anspruchsvolle Aufgaben verrichtet werden.

Tarifrunde für Reinigungskräfte:

Helden ohne Lohn-Plus?

Eberswalde (bbp). Sie halten Krankenhäuser und Pflegeheime sauber, reinigen Schulen, desinfizieren Behörden und Büros: Die rund 980 Reinigungskräfte im Landkreis Barnim haben durch die Pandemie besonders viel zu tun. Doch trotz gestiegener Belastungen könnte ihnen eine spürbare Lohnerhöhung verwehrt bleiben, warnt die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU). Der Grund: In der laufenden Tarifrunde für das Gebäudereiniger-Handwerk haben die Arbeitgeber bislang *»kein akzeptables Angebot«* vorgelegt, so die Gewerkschaft.

»Wenn nun die Infektionszahlen wieder steigen, setzen sich gerade auch Reinigungskräfte einer erhöhten Ansteckungsgefahr aus. Ihre Arbeit ist dabei unverzichtbar«, sagt Astrid Gehrke, Bezirksvorsitzende der IG BAU Oderland. Laut dem Angebot würde der Einstiegsverdienst von derzeit 10,80 € je Stunde ab kommendem Jahr um lediglich 20 Cent steigen. *»Das liefe für die Beschäftigten fast auf eine Nullrunde hinaus«,* so Gehrke. Die Gewerkschaft fordert ein Plus von 1,20 € je Stunde in allen Lohngruppen. Außerdem soll es erstmals ein verpflichtendes Weihnachtsgeld in der Gebäudereinigung geben. *»Nur wenn die Einkommen deutlich steigen, können vor allem die vielen Frauen, die meist in Teilzeit arbeiten, der Armutsfalle entgehen.«*

Die Deutschstunde

Es ist einige Wochen her, da wurde der 30. Jahrestag der Annexion des Ostens Deutschlands unter dem Namen *»Deutsche Wiedervereinigung«* gefeiert. Logischerweise erfolgte nach der Einvernahme auch die Änderung der Sprache, auch der Tatsache geschuldet, daß das nun gemeinsame Volk zusehends verblödet.

Es begann mit der Rechtschreibreform. Einige Worte sollten nun so geschrieben werden, wie man sie ausspricht, so sollte das t, durch das z ersetzt werde. Also Differenzial anstelle von Differential oder Potenzial statt Potential.

Sogar in nicht lektorierten teuren Hochschullehrbüchern gab es plötzlich beide Schreibweisen mit t und z auf einer Druckseite. Selbstverständlich blieben in der deutschen Sprache die Ausnahmen erhalten. Speziell beim Wort Nation veränderte sich nichts. Bei Nazion könnte die Kunstendung –on wie wir sie von Robotron, Dederon oder Pentacon kennen, auf einen Nazi hinweisen, das Kurzwort für einen Nationalsozialisten, der Selbstbezeichnung der deutschen Faschisten. Dann käme das Wort Nazi im Deutschen von Nation ohne Sozialismus – durchaus überlegenswert.

Mit dem neuen nationalen Bewußtsein verschwanden auch lieb gewonnene Bezeichnungen für kulinarische Genüsse, die einen Bezug zu anderen geografischen Einheiten und deren Völkern hatten. Das Zigeunerschnitzel und der Mohrenkopf wurden geopfert, weil diese angeblich rassistisch seien. In diesem Sinne müßten Königsberger Klopse folgen, weil Königsberg (heute Kaliningrad) nach Revanche klingt, oder Wiener Würstchen umbenannt werden, weil die Vorfahren der türkischen Mitbürger 1683 vor Wien ihre Eroberungspläne für das Abendland vorerst begraben mußten.

Dem Vernehmen nach soll es sogar eine Gaststätte geben, in der Stalingrader Kesselgulasch serviert wird. Ein Mathematiker erwartet bei diesem Gericht eine leere Menge, also nichts, denn im Kessel von Stalingrad waren Nahrungsmittel nicht mehr vorhanden.

Schließlich wäre da noch der Negerkuß. Als gelernter DDR-Bürger, der oft die Werbung im Westfernsehen verfolgt hat, weiß man, die heißen dort Dickmanns. Damit gab es lange Zeit keine Probleme. Wenn dieser Name übernommen wird, hat man vielleicht juristische Schwierigkeiten mit product placement, wie es im Engleutschen heißt. Schlimmer ist jedoch das Wort Dickmanns, es müßte nach neuem Verständnis für die Gleichberechtigung auch Dickfraus geben. Wobei wir bei einem weiteren Mangel der BRD-deutschen Sprache sind.

Es gibt Politiker und staatlich beschäftigte Experten – in der BRD wird so etwas auch als Wissenschaftler bezeichnet – die es nicht geschnallt haben, ein grammatikalisches von einem biologischen Geschlecht zu unterscheiden. Das hat im Alltagsleben verheerende Folgen. Einerseits, weil nun Deutschlernende völlig verwirrt werden. Es heißt immer noch das Pferd (sächlich) in seiner konkreten Form aber der Hengst (männlich) die Stute (weiblich) und das Fohlen (sächlich). Für das Rind gilt Ähnliches, nämlich Bulle, Kuh und Kalb. Wie soll das nun bei Primaten umgesetzt werden? Es heißt immer noch der Affe und der Mensch. Das letzte Wort ist sicherlich ein geistiger Faustschlag in die Gesichter der verbissen kämpfenden Sprachverweiberungsaktivisten.

Andererseits erschafft man die Tücken des Objektes im Zusammenhang mit dem ohnehin schon nicht leicht und schon oftmals von Beamten selbst nicht verständlichem Beamtendeutsch. Um aktuell zu bleiben: Die Frau Justizminister Christine Lambrecht (SPD) oder die Justizministerin, wie sie sich selber bezeichnet, verwendet in dem Gesetzentwurf zum neuen Insolvenzrecht das generische Femininum, d.h. alle Personen werde in ihrer grammatikalisch weiblichen Form genannt, also Schuldnerin, Inhaberin oder Beschwerdeführerin. Bei dem zuletzt genannten Substantiv, welches aus dem Grundwort Führerin und dem Bestimmungswort Beschwerde besteht, klingt das Grundwort im Deutschen besonders doof. Eventuell könnten diese Formulierungen vor Gericht nicht bestehen. Trotzdem erhält dieser Vorschlag der Frau Justizminister Unterstützung von der grünen Partei. Ihnen sei hier verziehen, weil sie schon immer einen aufopferungsvollen und aussichtslosen Kampf gegen die Naturgesetze führen und dabei in ihren Erfolgen irgendwie an die Olsenbande erinnern.

Aber auch die Linken zeigen sich trendy. Beispielsweise erschien in der letzten Ausgabe ihres lokalen Agitpropblattes *»Offene Worte«* ein ganzseitiges Interview mit deren Fraktionschef im Brandenburger Landtag. Ausnahmslos ist dort im Text bei Personen das Gendersternchen abgedruckt. Eine tolle Strategie und ein geeignetes Rezept, sich nicht mehr der Sprache des Volkes zu bedienen, um sich dann auch von den letzten Wählern dieser Partei zu verabschieden.

Zum Schluß noch, es hat schon einmal in der deutschen Geschichte einen Anschluß gegeben. Das Resultat kennen wir. Aber die Ösisprache blieb bis heute erhalten. Auch wir im Osten werden der sprachlichen Kohlonisation widerstehen!

REINER SCHREIBER-SCHIEFERDECKER

Reinigung rekommunalisieren

Mit den Sparmaßnahmen der vergangenen Jahre wurden zahlreiche öffentliche Aufgaben privatisiert. Ganz oben auf der Wunschliste stand die Reinigung öffentlicher Gebäude. Die Privatisierung hat sich weder qualitativ noch organisatorisch bezahlt gemacht. Daher fordert ver.di, die Reinigung öffentlicher Gebäude zu rekommunalisieren.

ANDREA KÜHNEMANN

Vor 130 Jahren:

Der **Mord** *an Tatanka Yotanka*

Vor 130 Jahren, am 15. Dezember 1890, wurde Tatanka Yotanka (engl. Sitting Bull), Häuptling und Medizinmann der Dakota (Hunkpapa-Lakota-Sioux) ermordet. Zwei Wochen später forderte das Massaker von Wounded Knee zwischen 150 und 300 Opfer.

Tatanka Yotanka war der spiritiuelle Anführer der nordamerikanischen Prärieindianer in ihrem letzten großen Aufstand von 1875 bis 1877. Gemeinsam mit Tashunka Witko (engl. Gracy Horse) und anderen Häuptlingen der Dakota und der Cheyenne fügte er der US-Armee am 25. Juni 1876 die größte Niederlage in den nordamerikanischen Indianerkriegen zu. In der Schlacht am Little Bighorn wurde das 7. US-Kavalleriegetiment unter Oberstleutnant George Custer vernichtend geschlagen.

Die US-Armee reagierte mit konzentrierten Strafexpeditionen, die Custers Fehler vermieden. Inzwischen waren im Zusammenhang mit dem Bau der Pazifik-Eisenbahn die großen Bisonherden – die Lebensgrundlage der Prärieindianer – nahezu ausgerottet. Zudem mangelte es den Aufständischen an Waffen- und vor allem Munitionsnachschub. Bis zum Frühjahr 1877 mußten sich die meisten Indianergruppen ergeben, wie am 8. Mai 1877 Tashunka Witko, der 4 Monate später ermordet wurde.

Tatanka Yotanka war mit einer Gruppe von 2.000 bis 3.000 Gefolgsleuten nach Kanada geflohen. Doch nach der Ausrottung der Büffel war ein freies Leben als Nomaden in der Prärie nicht mehr möglich. Am 19. Juli 1881 kehrte er aus dem Exil zurück und ergab sich den US-Behörden. Er lebte anschließend in der Standing-Rock-Reservation. Dort setzte sich Tatanka Yotanka für eine Versöhnung mit den ehemaligen Kriegsgegnern ein. Er trat auch bei den Wildwestshows von Buffalo Bill in den USA und in Kanada auf, um den Besuchern die indianische Lebensweise nahezubringen und über die Verbrechen der Weißen an den Indianern aufzuklären. Allerdings beherrschte er die englische Sprache nur ungenügend, so daß sein Anliegen schon daran scheiterte.

Er galt als Unruhestifter, den die US-Presse grundsätzlich als feindlich gesinnten Indianer darstellte, der als Person alles verkörpere, was den Weißen an den Indianern mißfiel. Weite Teile der Öffentlichkeit, vor allem aber des Militärs, hielten ihm die Schlacht am Little Bighorn als Untat vor. Sie beurteilten sein damaliges Vorgehen als arglistig, hinterhältig und mordlustig.

Als im Jahr 1890 die Geistertanz-Bewegung, die angesichts der Not in den Indianerreservaten für die Rückkehr der Dakota zu ihrer ursprünglichen Lebensweise betete und tanzte, starke Verbreitung fand und diese Bewegung die Unterstützug von Tatanka Yotanka fand, wurde sinniert, wie der angesehende Häuptling beseitigt werden kann. Diese Bewegung wurde von der US-Regierung als Bedrohung gesehen.

Die Drecksarbeit erledigte der Indianeragent James McLaughlin, in dessen Auftrag indianische Reservatspolizisten Totanka Yotanka bei einer versuchten Verhaftung ermordeten.

Nach dem Tod von Tatanka Yotanka suchten etwa 100 Hunkpapa Zuflucht bei Häuptling Unpan Gleška (engl. Spotted Elk, auch Si Tanka, engl. Big Foot) von den Minneconjou, die wie die Hunkpapa zu den Lakota-Sioux gehören. Vierzehn Tage später, am 29. Dezember 1890, kam es zum Massaker von Wounded Knee, bei dem Unpan Gleška und fast alle Hunkpapa den Tod fanden. Insgesamt wurden zwischen 150 und 300 Indianer ermordet, darunter viele Frauen und Kinder.

Das Massaker von Wounded Knee, ausgelöst auch durch die Angst vor der Erweckungsbewegung der Geistertänzer, ist das letzte große *»Gefecht«* zwischen indigenen Stämmen im amerikanischen Westen und Weißen.

Die Indianerkriege der USA waren nun endgültig vorbei. Die Kriege der USA in aller Welt begannen...

GERD MARKMANN
(nach einer Anregung von Karl Dietz)

Freiheit für Mumia Abu-Jamal

von Angela Davis

Seit 38 Jahren ist der afroamerikanische Bürgerrechtler Mumia Abu-Jamal in den USA eingekerkert. Er wurde am 9. Dezember 1981 in Philadelphia unter dem Vorwurf des Polizistenmordes verhaftet, obwohl er selbst es war, der durch rassistische Polizeigewalt schwer verletzt wurde und nur knapp überlebte. Die internationale Solidaritätsbewegung fordert seit Jahrzehnten die sofortige Freilassung des in der Haft erkrankten politischen Gefangenen. Das Todesurteil von 1982 wurde 2011 aufgehoben und in lebenslange Haft umgewandelt. Doch die Berufungsverhandlungen wurden im Frühjahr 2020 unbefristetet ausgesetzt. Am 16. November forderte das International Action Center (IAC) auf einer virtuellen Pressekonferenz die sofortige Freilassung von Mumia Abu-Jamal. Angela Davis, Anfang der 1970er Jahre selbst politische Gefangene der US-Justiz und mit der Todesstrafe bedroht, nahm daran teil.

Mumia Abu-Jamal hat eine zentrale Rolle bei der Bewußtseinsbildung gespielt, die uns heute an den kritischen Punkt gebracht hat, an dem nach etwa anderthalb Jahrhunderten fortlaufender Anstrengungen endlich der strukturelle und institutionelle Charakter des Rassismus in der Gesellschaft zur Kenntnis genommen und ernsthaft die Forderung nach seiner Abschaffung erhoben wird. Abschaffung auch der Todesstrafe, der Gefängnisse und der Polizei. Und so ist es nur richtig und gerecht, daß wir auf diesem neu eroberten Kampfterrain auch unsere Anstrengungen verstärken, unseren Genossen und Bruder endlich zu befreien.

Durch die Präsidentschaftswahlen ist Philadelphia in letzter Zeit ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Hinzu kam, daß die Polizei Walter Wallace ermordet hat, der sich in einer psychischen Krise befand, und daß der Lehrer und Aktivist Anthony Smith von FBI-Agenten verhaftet wurde. Noch in der Woche vor seiner Verhaftung hatte das Philadelphia Magazine Anthony Smith wegen seiner gemeinnützigen Arbeit im Stadtteil seiner Schule und seiner besonderen Befähigung zur Leitung von Gruppen gelobt...

Wir wissen auch, daß der Stadtrat von Philadelphia kürzlich eine offizielle Bitte um Entschuldigung für den Brandbombenanschlag (der Polizei auf ein Move-Haus) ausgesprochen hat. Bei dem Anschlag waren 1985 elf Mitglieder der Move-Organisation, darunter fünf Kinder, getötet und insgesamt 61 Häuser (des Wohnviertels) vollständig zerstört worden...

Mumia war ein relativ junges Mitglied einer Generation schwarzer radikaler Aktivisten und Intellektueller, die über den strukturellen und systemischen Charakter des Rassismus sprachen, lange bevor die Kritik an den grundlegenden Institutionen unserer Gesellschaft allgemein forciert wurde. Wegen unserer radikalen Haltung nahm uns der Staat ins Visier und verteufelte zahllose schwarze Radikale. Einige von uns wurden wieder freigelassen, viele sind aber bereits seit Jahrzehnten hinter Gittern.

Mumia geriet schon sehr früh ins Fadenkreuz der Polizei von Philadelphia und des (FBI-Spionageprogramms) *»Cointelpro«*. Es begann mit seiner Mitgliedschaft in der Black Panther Party. Seine inzwischen offengelegte 700seitige FBI-Akte zeigt, daß die Polizei von Philadelphia in Absprache mit dem FBI seit vielen Jahren versucht hatte, Mumia ein Verbrechen anzuhängen. Wie wir inzwischen wissen, wurde später mindestens ein Drittel der in seinen Fall verwickelten Polizisten beschuldigt, in zahlreichen Strafverfahren in Philadelphia systematisch Beweismaterial manipuliert zu haben. Nur wenige Leute wissen aber, daß die Ermittlungen im Todesfall von Daniel Faulkner, dem Polizisten, den Mumia getötet haben soll, nicht von der Mordkommission der Polizei von Philadelphia durchgeführt wurden, sondern von der *»Civil Defense Unit«* – einer lokalen Spezialeinheit des FBI, die für das vom (ehemaligen FBI-Direktor) J. Edgar Hoover entwickelte *»Cointelpro«* zuständig war.

(Übersetzung: Jürgen Heiser, »Junge Welt«, 7.12.2020)

Alternative Prominente in Eberswalde (Folge 5):

Knochen Karl, *der Verkehrspolizist*

Fast jeder kannte Knochen Karl, aber sein richtiger Namen ist der Eberswalder Bevölkerung unbekannt. Er war ein hagerer Typ. Die Bezeichnung seiner Körpergröße schwankte so zwischen mittelgroß und groß. Auffällig starke Wangenknochen, große Augen und eine leicht verwitterte und gebräunte Gesichtshaut waren weitere Merkmale von Eberswaldes bekanntesten Polizisten.

Ursprünglich kam Knochen Karl aus Wriezen. Knochen Karl war die Idealgestalt für einen Verkehrspolizisten. Im Unterschied zu Polizeibeamten war er stets auf der Straße zu finden. Nur einmal, erzählte mir ein Bekannter, traf er Knochen Karl im VPKA* an einem Schreibtisch an, weil er 10 Mark für eine Ordnungswidrigkeit bezahlen mußte. Ansonsten tauchte Knochen Karl für die Verkehrsteilnehmer oft wie aus dem Nichts auf. Sei es nach einem Verkehrsunfall, beim schrägen Überqueren der Puschkinstraße als Fußgänger abends um 22.45 Uhr oder als Radfahrer ohne funktionierender Beleuchtung, Knochen Karl entging nichts. Er verwarnte die Bürger, mal kostenpflichtig, manchmal reichte eine Drohgebärde.

Auch wer nicht in Besitz einer Fahrerlaubnis, später Führerschein genannt, war, machte Bekanntschaft mit Knochen Karl, wenn er auf einem *Elephantenhocker* mitten auf der Kreuzung Eisenbahnstraße (zeitweilig Wilhelm-Pieck-Straße)/Rudolf-Breitscheid-Straße stand und mit einem Regelstab in vorbildlicher Grundstellung den Kreuzungsverkehr regelte. Sogar einem Russenauto wies er auf dieser Kreuzung auf die korrekte, der StVO entsprechende Abbiegerichtung, hin. Bei Knochen Karl floß der Verkehr, es gab keine Wartezeiten an dieser Kreuzung, und im Berufsverkehr hatte der Obus immer die Vorfahrt. Damals fuhren mehr als doppelt so viele Obusse wie heute.

Wer sich als Fußgänger schnell in der Sperrichtung über diese Kreuzung schmuggeln wollte, wurde sofort mit einem schrillen Pfiff aus der Trillerpfeife von Knochen Karl, einer zurückweisenden Geste und einem abfälligen Blick bestraft. In einer solchen Situation mußte einmal ein Baggerfahrer in der Eisenbahnstraße aus Richtung Bahnhof kommend vor der Kreuzung bremsen und anhalten. Einen TüV gab es damals noch nicht und die Bremse vom Bagger war eine Seilzugbremse. Diese versagte in der beschriebenen Situation, weil sich das Hinterrad vom Bagger löste und auf Knochen Karl zukullerte. Knochen Karl erkannte in Sekundenschnelle die Gefahr, sprang vom Elephantenhocker, während das abgelöste Rad an der Hausecke vom heutigen Medieneck zum Stillstand kam. Knochen Karl brüllte den Baggerfahrer an, ob er denn nicht rechtzeitig hätte bremsen können. Was weiter daraus wurde, ist unbekannt, auch weil der Beobachter dieses Vorfalls kein Gaffer sein wollte. Wichtig ist nur, der Verkehrsfluß auf dieser Kreuzung funktionierte mit Knochen Karl besser als mit jeder Ampelsteuerung.

Knochen Karl war immer präsent im Eberswalder Straßenverkehr. Bekannte berichteten, daß Knochen Karl verlangte, daß sie auf der Wilhelmsbrücke vom Fahrrad absteigen mußten. Denn das Benutzen der alten Wilhelmsbrücke war nur für Fußgänger erlaubt.

Auch außerhalb von Eberswalde gab es Vorkommnisse mit Knochen Karl. Zeugen berichteten von einem Polizeiauto mit eingeschaltetem Blaulicht auf dem zugefrorenen Choriner Amtssee. Knochen Karl war dabei. Das Polizeiauto konnte sich aus eigenem Antrieb nicht aus dieser Situation befreien.

Knochen Karl war gefürchtet, geachtet und von den Eberswaldern respektiert. Er war ein sehr guter Verkehrspolizist, fast jeder Bürger hatte seine Erfahrungen mit ihm. Ohne seine weiße Polizeijacke und der dazu gehörigen weißen Mütze konnte man sich Knochen Karl nicht vorstellen. Man sah ihn sehr selten ohne Uniform. Er mußte irgendwo in der Raumerstraße nähe Straße der Jungen Pioniere (heute Brunnenstraße) gewohnt haben.

Solche Sauereien wie heute, wo jeder Radfahrer gegen die bestehende Straßenverkehrsordnung verstößt, gab es bei Knochen Karl nicht. Knochen Karl wurde noch als VP Angehöriger bei der Betriebspolizei im Kranbau gesichtet. Dann verliert sich seine Spur für die Eberswalder. Bleibt noch nachzutragen, Knochen Karl hatte eine recht hübsche Tochter.

ARNOLD SCHREIBER-SCHIEFERDECKER

* VPKA – Volkspolizeikreisamt, zuletzt ansässig im späteren Polizeipräsidium und der noch späteren Polizeiwache in der Pfeilstraße. Anstelle des inzwischen abgerissenen Gebäudekomplexes entsteht dort derzeit eine Anlage für betreutes Wohnen.

Die Basisdemokraten:

Bevormundung des Volkes beenden

Immer wieder müssen wir feststellen, daß Wahlversprechen nicht eingehalten und in den Parlamenten Entscheidungen getroffen werden, die sich gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung richten. Unser Ziel ist es, daß kluge Entscheidungen gemeinsam mit uns Bürgerinnen und Bürgern getroffen werden und unser Wille endlich wieder ins Zentrum der Politik rückt! Dies geht jedoch nur, wenn wir mit basisdemokratischen Mandatsträgern in den Parlamenten vertreten sind.

Wir, DIE BASISDEMOKRATEN E.V., sind ein seit 2014 eingetragener Verein. Zur Kommunalwahl im März 2021 wollen wir als Personengruppe bzw. Wählervereinigung in Frankfurt/Main antreten. Wir wollen erstmals eine basisdemokratische Beteiligung der Urwählerschaft gewährleisten.

Unsere gelisteten Kandidatinnen und Kandidaten sind, anders als bisher üblich, verpflichtet, im Vorfeld einen Informationsaustausch zu allen Themen anzubieten. Auf Basis dieses Diskurses sollen Abstimmungen der Bevölkerung durchgeführt und die Ergebnisse konsequent in den Kommunalvertretungen übertragen werden. Dadurch soll endlich die Meinung der Gemeinschaft über das Interesse von Lobbyvereinen oder Parteien gestellt und eine echte und direkte Demokratie verwirklicht werden. Hierfür suchen wir Listenmitglieder. Diese gehen folgende Verpflichtung ein:

1. Alle Verordungsanträge aus den Vertretungen müssen sofort zur Abstimmung an die Bevölkerung weitergereicht werden!
2. Verordnungsanträge, welche aus dem Diskurs der Bevölkerung erarbeitet und durch die Bevölkerung angenommen wurden, müssen auf der nächstmöglichen Vertreterversammlung zur Abstimmung gebracht werden.
3. Die basisdemokratischen Mandatsträger verpflichten sich, nach den Abstimmungsergebnissen der Bevölkerung zu stimmen.
4. Die Mandatsträger der BASISDEMOKRATEN sind nur das Sprachrohr aller Wähler. Hält ein Mandatsträger sich nicht an die aufgestellten Regeln, so wird ihm das Vertrauen durch die Basisdemokraten entzogen und er wird aufgefordert, sein Amt niederzulegen. Für nachfolgende Wahlen wird er nicht mehr aufgestellt.
5. Eine gleichmäßige Rotation der Mandatsträger wird durch Rücktritt gewährleistet. Die Reihenfolge der Nachrückenden ergibt sich aus der Folge der Listenplätze nach der Wahl.

Es ist notwendig, die Liste mit einer möglichst hohen Anzahl von Kandidaten zu besetzen. Wir wollen die Kommunalwahl in Frankfurt/Main nutzen, um den Bekanntheitsgrad der BASISDEMOKRATEN zu steigern. Mit unserem Projekt wollen wir zeigen, wie eine Basisdemokratie funktioniert. Wir wollen nicht nur ein Zeichen setzen, sondern auch ein Vorbild für die kommenden Landtags- und Bundestagswahlen sein. Wir wollen denen *»da oben«* zeigen, daß es aufgeklärte, verantwortungsbewußte und engagierte Bürgerinnen und Bürger gibt, die sich nicht weiter bevormunden und gängeln lassen werden. Unser Ziel ist eine lebenswerte Zukunft für UNS ALLE!

JÜRGEN KARL MANNECK

Neugestaltung einer Ausstellung in der Potsdamer Allee 61

»Die Platte neu auflegen«

Eberswalde (bbp). Die Ausstellung »*DIE PLATTE NEU AUFLEGEN: Die Entwicklung des Brandenburgischen Viertels und die Geschichten seiner Bewohner*« wird verlängert und neu gestaltet.

Foto: Gerd Markmann

Im Rahmen des Projektes hatte sich eine Kooperation mit der städtischen Wohnungs- und Hausverwaltungsgesellschaft (WHG) ergeben, die in der Potsdamer Allee 61 eine Wohnung zur Verfügung stellte, die sich noch im originalen DDR-Zustand befindet. Das Kooperationsverhältnis habe sich sehr positiv entwickelt, berichtet die Ausstellungsmacherin Mascha Heß. Die Ausstellung wurde sowohl im Viertel als auch von vielen Interessierten von außerhalb sehr gut angenommen und auch gerne für kommunalpolitische Meetings genutzt. Die WHG erklärte sich daher bereit, den Kooperationsvertrag und somit die Existenz der Ausstellung bis zum 31. Mai 2021 zu verlängern.

Bestandteil der Ausstellung ist ein Sonderausstellungsraum, in dem momentan Fotografien von Kindern aus dem Viertel zu sehen sind. Die Bilder entstanden bei dem Projekt *»Kiez, Kids, Kameras: Fotografien vom Brandenburgischen Viertel«*. Nun, ein Jahr nach der Eröffnung, sei es an der Zeit, der Ausstellung neuen Glanz zu verleihen, sagt die Ausstellungsmacherin Mascha Heß. Die Bilder sollen wie geplant den Kindern überreicht werden, während der Sonderausstellungsraum neu gestaltet wird. *»Da ich selber hier im Brandenburgischen Viertel wohne, habe ich in den vergangenen Jahren viel fotografiert. Von diesen Fotografien möchte ich eine kleine Auswahl großformatig präsentieren.«* Um der Stimmung der Fotografien gerecht zu werden, will die Galeriekünstlerin drei Fotografien in Tapetenform über die gesamte Wandfläche des Raumes anbringen.

Der hierfür beantragten Förderung stimmte der Sprecherrat *»Soziale Stadt«* Anfang November per eMail-Abstimmung zu. Zugleich beschloß der Sprecherrat, die Fertigung eines neuen Werbebanners zu fördern. Das alte Plakat enthält nicht mehr die korrekten Ausstellungsdaten und hatte zudem den Nachteil, *»vom Winde verweht«* zu werden. Das künftige Banner soll aus stabilem Material angefertigt werden und natürlich die aktuellen Kontaktdaten und die ab Januar gültigen regelmäßigen Öffnungszeiten enthalten.

Ein dritter Förderantrag, über den Anfang Dezember beschieden wurde, zielte auf die Sicherung von festen Öffnungszeiten im Jahr 2021. Geplant ist, die Ausstellung wöchentlich am Montag von 10 bis 12 Uhr sowie jeden letzten Sonntag im Monat von 16 bis 18 Uhr offenzuhalten.

Für die drei Maßnahmen sind Kosten von zusammen 3.260 Euro beantragt worden, die auch kurz vor Jahresende noch im Projektfonds vorhanden waren.

Coworking *in der Thinkfarm*

Es war schon ein beachtliches Tempo, mit dem die WHG Wohnungsbau und Hausverwaltungsgesellschaft und die Thinkfarm zusammenkamen – mittendrin in der Corona-Pandemie mit all den Einschränkungen. Dem Kennenlernen im Mai folgte rasch die Idee einer Zusammenarbeit. Es entstand die gemeinsame Vision, Menschen in der Stadt für nachhaltiges nachbarschaftliches Miteinander auf sozialen und gesellschaftlichen Ebenen zum Mitmachen zu gewinnen. Die Liebe und Begeisterung, in Eberswalde zu wirken, zu gestalten und zu entwickeln, hat uns sehr beeindruckt.

Seit dem 1. Juni 2020 ist die Thinkfarm auf fast 600 m² im Medienhaus präsent. Hinter der Thinkfarm stehen Madlen Haney, Ingo Frost und Sven Gumbrecht. Ihr erfolgreiches Konzept heißt *Coworking**: Kreative aus Kunst, Kultur, Medien und Wirtschaft kommen hier zusammen, um zu arbeiten.

Die WHG wird dieses zukunftsorientierte und innovative Projekt zur regionalen und überregionalen Entwicklung an diesem Standort unterstützen, um die gemeinschaftlichen Interessen *»Wohnen, Leben, Arbeiten & Gestalten, Mitwirken & Mitmachen«* im aktiven kommunikativen Austausch zu fördern.

Die Thinkfarm ist offen für Menschen aller Generationen und Herkunft. Sie ist ein Ort des Zusammenkommens und Zusammenarbeitens, ein interessenübergreifender Wirkungskreis für nachbarschaftliche, ökologische, regionale und wirtschaftliche Synergien. Dies entspricht unserer Strategie, soziale Verantwortung für die Region zu übernehmen und durch aktives Handeln unsere Stadt zu gestalten und zu prägen. Die WHG ist in vielen Bereichen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens ein wichtiger Teil unserer Stadt. Dies entwickeln wir durch Zusammenarbeit mit Partnern aus unterschiedlichen Branchen stetig weiter.

Die Thinkfarm wird an diesem Standort eine Konzeption umsetzen für Veranstaltungen, Workshops und Seminare rund ums Wohnen & Leben in Eberswalde unter den Prämissen der Nachhaltigkeit, Gemeinschaft und Nachbarschaft für einen sozialen und gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt von Mehrgenerationen. Das Konzept des mobilen Arbeitens im *Coworking Space* in Eberswalde mit dem Schwerpunkt ortsunabhängiges Arbeiten ist längst erprobt und wird steigend nachgefragt. Im Fokus stehen dabei regionale Unternehmen, Selbstständige, Schüler, Studenten und Freiberufler sowie die Förderung eines fachbereichs- und branchenübergreifenden Austausches, um wirtschaftliche und nachhaltige Synergien der Stadtentwicklung zu ermöglichen.

So könnte auch der Austausch im Coworking umgesetzt werden, wenn sich das Modell des mobilen flexiblen Arbeitens auch bei Ämtern und Behörden stärker durchsetzt und deren Mitarbeitende das Angebot im Coworking nutzen. Die WHG wird ab 2021 von der Thinkfarm darin unterstützt, den unternehmerischen Prozeß des mobilen und ortsunabhängigen Arbeitens in einem Coworking Space für Mitarbeitende der WHG zu begleiten.

Die WHG wird einen eigenen Coworking Place in der Thinkfarm gestalten und entwickeln, um die WHG Mitarbeitenden zum ortsunabhängigen flexiblen mobilen Arbeiten im fachlichen Austausch mit anderen Unternehmen und Freiberuflern zu motivieren. Auch können dann flexiblere Beratungen und Meetings und temporäre Büronutzung u.a. für Projektpartner der WHG variabel angeboten und genutzt werden.

DOREEN BODEN

* Coworking bezeichnet die Zusammenarbeit zwischen FreiberuflerInnen, Organisationen und Unternehmen. Dabei handelt es sich um einen neuen Arbeitsstil in einer innovativen Umgebung mit gemeinsam genutzten Arbeitsräumen der flexibler ist als traditionelle Büroumgebungen.

Buchtip:

Tante Adelheid

99 Zirkusnummern – ein Roman-Porträt

Der Fotojournalist Nöchting liegt im Sterben ... In die Gibsrosette über seinem Krankenbett halluziniert er sich zurück in die Manege des Zirkus Hein, der geführt wird von der resoluten Direktorin Adelheid Hein, auch Tante Adelheid genannt. In knappen Texten entsteht pointiert und anekdotenreich das Porträt einer ganz außergewöhnlichen Frau, deren Familiengeschichten bis ins 19. Jahrhundert zurückreichen. Von Schlesien bis in die Altmark, von Brandenburg bis Sachsen füllen sie Bilderbögen aus Lust und Frust des *Fahrenden Volks* mit nie erlahmendem Charme und Witz und erzählen auch, welch bemerkenswerte Rolle dieses private Unternehmen in der unternehmerfeindlichen DDR spielte. Gelegentlich nutzt GERLACH als Fotojournalist Nöchting den erzählerischen Rahmen, um kritische bzw. selbstkritische und kommentierende Zwischenfragen einzubringen.

ROLF GERLACH: Leider erst lange nach meiner »recherchierenden Gastrolle« im Zirkus Hein und dem Tod Adelheids, der ich mich in tiefer Dankbarkeit verbunden fühle, bin ich auf diesen Kunst-Trick verfallen, um endlich doch noch das Vertrauen der verehrten Freundin in meine ziemlich ungezügelte Autoren-Neugier in würdiger schriftlicher Form zu rechtfertigen. Das brave Tippeltappel eines trockenen Chronik-Stils hätte Adelheids verblüffendes Charisma womöglich verschluckt.

ROLF GERLACH: Tante Adelheid. 99 Zirkusnummern. Roman-Porträt · Verlag: Buchwerkstatt Berlin 2016 · Eine Marke der Frieling & Hoffmann GmbH & Co. KG · ISBN 978-3-940281-96-8, 8,90 €. Bestellungen sind auch über die BBP möglich. Kontakt siehe Impressum auf Seite 32.

Volksinitiative gestartet:

Erschließungsbeiträge abschaffen

BVB/Freie Wähler starteten am 30. November die Volksinitiative »Erschließungsbeiträge abschaffen!«, deren Ziel die Abschaffung Beiträge für die erstmalige Herstellung von Straßen, die bisher Sandpisten waren, ist.

Straßen sind, das ist unsere Überzeugung, Güter der Allgemeinheit und es ist nicht gerecht, wenn Anlieger teils sehr hohe Abgaben dafür bezahlen müssen. Es ist eine Frage des sozialen Friedens, Teile öffentlicher Daseinsvorsorge nicht durch einzelne (oft Familien und Senioren) zahlen zu lassen.

Laut einer aktuellen Umfrage sprechen sich 76% der Brandenburger für eine Abschaffung der Erschließungsbeiträge aus. Daher haben die Vertrauenspersonen der Volksinitiative PÉTER VIDA, Dr. STEFANIE GEBAUER (Stadtverordnete Kremmen) und GERD KIRCHNER (Stadtverordneter Falkensee) am 30. November die Inhalte der Volksinitiative vorgestellt und den Startschuß zur Sammlung von Unterschriften gegeben. Zugleich wurde das vor Beginn und Ausformulierung der Volksinitiative durch Prof. Dr. THORSTEN INGO SCHMIDT erstellte umfassende juristische Gutachten zur Zulässigkeit des Vorhabens präsentiert. Prof. Schmidt ist einer der renommiertesten Hochschullehrer und Gutachter im Land Brandenburg. Er erläuterte, warum die konkrete Fragestellung rechtlich zulässig ist und insbesondere nicht in die Haushaltshoheit des Landtages eingreift.

BVB/Freie Wähler wird die Volksinitiative mit einer wirkungsvoll angelegten Kampagne begleiten und hofft auf eine große Zahl an Unterschriften. Nach der 2018/2019 erfolgreichen Volksinitiative zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge soll nun ein weiterer Schritt zu mehr Beitragsgerechtigkeit gegangen werden.

Informationen zur Volksinitiative samt dem auszufüllenden Formblatt gibt es unter: www.sandpisten.de.

PÉTER VIDA, Landesvorsitzender BVB/Freie Wähler

Hintergrund:

Nach einer erfolgreichen Volksinitiative hatte der Landtag 2019 bereits die Anliegerbeiträge für den Ausbau von Straßen abgeschafft. Die Kommunen erhalten einen Ausgleich für die Kosten. Ende August 2020 lehnte das Landesparlament dann jedoch den BVB-Antrag zur Abschaffung der Erschließungskosten für Sandpisten ab.
Wegen der Corona-Pandemie will die Initiative im Internet und über Briefe sammeln.

Tanzen fördern

»Die größte Kunst ist es, Kindern ihre Träume zu erfüllen.« So steht es auf der Webseite des Eberswalder Vereins TANZ MIT SEELE e.V.

Ein Verein, der 2016 aus einer Elterninitiative heraus gegründet wurde und in Zusammenarbeit mit dem Tanzsalon Zippel Bewegung und Tanz für junge Menschen in Kursen und Projekten anbietet, die die Ziele, Wünsche und Träume von Heranwachsenden thematisieren. Die Tanzprojekte bringen den Kindern und Jugendlichen die Kunst und Kultur nahe, um sich selbst besser kennenzulernen und einen respektvollen Umgang miteinander und füreinander zu erspüren und zu erleben. Eigene thematische Choreografien wurden schon kreiert, geprobt und aufgeführt.

»Beim Tanzen soll es zuallererst um die Freude, den Spaß und die Begeisterung der Kinder und Jugendlichen gehen und nicht darum, ob die Eltern die Kursgebühren bezahlen können. Nachhaltiges soziales Engagement ist für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der WHG eine bedeutungsvolle Herzensangelegenheit. Wir engagieren uns in so vielen unterschiedlichen Genres der sozialen gemeinschaftlichen Teilhabe, weil es uns wichtig ist und wir für die Menschen in Eberswalde – für ein gutes verbindendes Miteinander – stehen«.

Mit einer Spende von 5.000 Euro unterstützt die WHG den Verein TANZ MIT SEELE e.V., um ein erweitertes und zusätzliches Angebot der Tanzförderung zu schaffen, daß möglichst viele tanzbegeisterte Kinder- und Jugendliche mitwirken und teilnehmen können.

DOREEN BODEN

Barnimer **Kulturpreis**

Bündnis 90/Die Grünen im Barnim schreiben auch in diesem Jahr den Barnimer Kulturpreis aus. Den Preis 2020 verstehen wir gleichzeitig als Zeichen der Solidarität mit den Kulturschaffenden, die in diesem Jahr in ihren Aktivitäten stark eingeschränkt waren. Der Preis ist wiederum mit 750 Euro dotiert, die von Mitgliedern der bündnisgrünen Kreistagsfraktion und von Axel Vogel, Umweltminister des Landes Brandenburg, gestiftet werden.

Bewerben können sich ehrenamtlich tätige Kulturschaffende, Vereine und Initiativen, die bereits über einen längeren Zeitraum zur Bereicherung des kulturellen Angebotes im Landkreis Barnim beitragen. Die Kulturangebote können sich sowohl an Kinder und Jugendliche als auch an Erwachsene richten. Die eingereichten Vorschläge sollten eine anschauliche Darstellung des kulturellen Wirkens sowie den Zeitraum der Aktivitäten enthalten.

Bewerbungen können bis zum 8. Januar 2021 in der Geschäftsstelle von Bündnis 90/Die Grünen in der Friedrich-Ebert-Str. 2, 16225 Eberswalde, eingereicht werden. Zulässig sind Eigenbewerbungen und qualifizierte Auszeichnungsvorschläge.

Die Auswahl erfolgt durch eine Jury, bestehend aus Vertretern von Bündnis 90/Die Grünen und aus dem Barnimer Kulturbereich.

Mit dem Kulturpreis 2019 war der Verein *»Kulturhaus Heidekrug 2.0«* aus Joachimsthal ausgezeichnet worden.

KARL-DIETRICH LAFFIN, Begründer des Kulturpreises

Bürgerpost-Autoren 2020

Die »*Barnimer Bürgerpost*« feierte in diesem Jahr gleich ein doppeltes Jubiläum. 25 Jahre ist es her, daß sich der Trägerverein gründete (Mai 1995) und die erste Ausgabe unserer Leserzeitung erschien (22. September 1995). Und bereits Februar war die 300. Ausgabe der »*Barnimer Bürgerpost*« erschienen.

Mit 32 Seiten hatte diese Jubiläumsausgabe den doppelten Umfang. Wir nutzten diese Ausgabe, um auch mal etwas hinter die Kulissen zu schauen (siehe unser PDF-Archiv auf WWW.BARNIMER-BUERGERPOST.DE. Die Doppelausgabe vom Februar blieb in diesem Jahr keine Ausnahme. Aus organisatorischen Gründen erschienen (bzw. erscheinen) auch die Sommerausgabe (Juli/August) und die hier vorliegende Winterausgabe (Dezember/Januar) in doppeltem Umfang.

Im Jahr 2020 steuerten insgesamt 142 Autorinnen und Autoren ihren Beitrag zur inhaltlichen Vielfalt der *»Barnimer Bürgerpost«* bei, davon schrieben 66 bereits im Vorjahr Beiträge und 77 kamen neu oder nach längerer Pause wieder dazu (2019: 134, 2018: 119, 2017: 145, 2016: 137, 2015: 105, 2014: 120, 2013: 113, 2012: 116, 2011: 97). Im einzelnen gilt unser Dank:

Dr. Siegfried Adler, Gisbert Amm, Kenneth Anders, Jörg Arnold, Anne Balzer, Hans Bauer, Esther Bejarano, Annika Bischof, Elke Blank, Karl-Heinz Blättermann, Frank Bock, Doreen Boden, Dr. Hildegard Bossmann, Marieta Böttger, Anneka Brandenfels, Monika Braune, Helmut Braunschweig, Veronika Brodmann, Ruth Butterfield, Angela Davis, Karl Diedrich, Oskar Dietterle, Karl Dietz, Niels Dubrow, Steffen Ehlert, Evelyn Freitag, Benjamin Freudenberg, Robert Funke, Dieter Gadischke, Ivo Garbe, Astrid Gehrke, Andreas Gerke, Dr. Rolf Gerlach, Prof. Dr. Hartmut Ginnow-Merkert, Norbert Glaske, Jürgen Gramzow, Karen Rike Greiderer, Jens Gröger, Brigitte Großmann, Martin Günther, Dr. Anja Guttenberger, Heiko Haase, Birgitta Hahn, Xanthe Hall, Jan Heide, Sabine Helmer, Clemens Herrmann, Christiane Herrmann, Waldemar Hickel, Janno Himpel, Falk Hinneberg, Andrea Hoehne, Katja Hoyer, Kai Jahns, Viktor Jede, Sanna Joenperä, Joachim Klein, Anette Kluth, Patrick Köbele, Dr. Helmut Koch, Johanna Köhle, Sylke Köhn, Köhn, Michael Koth, Ronny Kretschmer, Rainer Kroboth, Susanne Kruopis, Andrea Kühnemann, Konrad Kutt, Karl-Dietrich Laffin, Juliane Lang, Eckhard Laurich, Sascha Leeske, Sascha Lej, Hartmut Lindner, Julia Lindner, Kornelia Lubke, Dr. Michael Luthardt, Hardy Lux, Silke Maier, Jürgen Karl Manneck, Anja Mayer, Klaus Meißner, André Meusinger, Obiri Mikini, Michail Mitarjew, Elisabeth Monsig, Bernd Muck, Bernd Müller, Augusto Jone Munjunga, Karen Oehler, Kurt Oppermann, Guido Penz, Hans-Christoph Peters, Dr. Manfred Pfaff, Daniela von Pfuhlstein, Dr. Ulrich Pofahl, Sarah Polzer-Storek, Bernd Pomraenke, Tina Prager, Dr. Lutz Prieß, Florian Profitlich, Elisabeth Rehbaum, Conny Renkl, Peter Richter, Marco Riedel, Sebastian Riesner, Mike Scharlipp, Hans- Günter Schleife, Carolin Schlenther, Nadine Schnittke, Arnold Schölzel, Heiko Schult, Christa Schumann, Maria Seidel, Dr. Sylvia Setzkorn, Peggy Siegemund, Leena Simon, Dr. Andreas Splanemann, Stefan Stahlbaum, Thomas Strese, Rena Tangens, Adelheid Thäns, Dr. Rainer Thiel, Albrecht Triller, Paul Venuß, Péter Vida, Dr. Waltraud Voigt, Heike Wähner, Jessica Wawrzyniak, Sven Weller, Dr. Magdalene Westendorff, Samuel Wiedebusch, Lars Winkelmann, Thorsten Wirth, Mirko Wolfgramm, Stefan Wollenberg, Thomas Woßeng, Ringo Wrase, Dr. Philip Zeschmann, Stefan Zierke und Carsten Zinn.

Die namentlich gekennzeichneten Artikel sowie redaktionelle Texte und Notizen summieren sich im Jahr 2020 auf insgesamt 586 Beiträge. Dank unserem aufmerksamen Korrekturkollektiv mit Kornelia Lubke, Karl Dietz, Uwe Manowsky und seit kurzem Thomas Tobler. Weitere Verstärkung ist hier gern gesehen. Stets zuverlässig und schnell sorgt die Firma Grill & Frank für den Druck der *»Barnimer Bürgerpost«*. In der Danksagung nicht fehlen dürfen selbstverständlich unsere fleißigen Verteiler. Leider fielen in diesem Jahr gleich mehrere durch Unfall und Krankheit aus, so daß sich diese Arbeit zuletzt auf immer weniger Schultern verteilte. Wer hierbei helfen möchte und kann, melde sich bitte bei der Redaktion.

Dank sagen wir auch den Verkaufsstellen, in denen unsere Leserzeitung angeboten wird. In Eberswalde sind das die Buchhandlung Mahler (Eisenbahnstr. 7), Globus Naturkost (Michaelisstr. 10) und der Regionalladen *»Krumme Gurke«* (Ruhlaer Str. 1). Hinzu kommt die Finowfurter Bücherstube Landgraf (Hauptstr. 167) und in Bernau die Buchhandlung Schatzinsel (Alte Goethestr. 2).

Zum Jahreswechsel steht zunächst die Umstellung auf eine neue Buchhaltungssoftware ins Haus, was mit einigem organisatorischen Aufwand verbunden sein wird. Nach der Beschaffung eines neuen Druckers werden im neuen Jahr wahrscheinlich weitere Hardware-Erneuerungen notwendig. Finanziell steht unsere Zeitung weiterhin auf soliden Füßen, so daß die Abopreise voraussichtlich auch im Jahr 2021 stabil bleiben.

Auch im kommenden Jahr ist Ihre Unterstützung, liebe Leserinnen und Leser, gefragt. Bringen Sie sich ein, nicht nur als Autorin oder Autor, sondern wenn möglich durch tatkräftiges Mittun bei der Organisation des Geschäftsbetriebs, der Verteilung, aber auch, um den Trägerverein mit Ihren Ideen und frischer Tatkraft zu stärken (Kontakt: vorstand@barnimer-buergerpost.de). Finanzielle Zuwendungen, Spenden oder Erbschaften – auch für unsere weiteren Projektbereiche (Geschichte der Arbeiterbewegung im Roten Finowtal, Kiezmagazin Maxe) – sind selbstverständlich immer gern gesehen.

GERD MARKMANN,
Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

Publizistische Grundsätze der Barnimer Bürgerpost

Nach dem Brandenburgischen Landespressegesetz (BbgPG) § 4 (1) ist jede Zeitung verpflichtet, *»die vom Verleger beziehungsweise Herausgeber schriftlich aufgestellten publizistischen Grundsätze ... regelmäßig, mindestens einmal jährlich, zu veröffentlichen«*. Die folgenden Publizisitischen Grundsätze der *»Barnimer Bürgerpost«* wurden auf der Mitgliederversammlung des Herausgebervereins am 25. März 1998 bestätigt:

1.

Ziel der publizistischen Tätigkeit der »Barnimer Bürgerpost« ist, aktiv an der Meinungs- und Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger des Kreises Barnim mitzuwirken und deren aktive und demokratische Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben ... zu fördern. Angesprochen werden souveräne Bürgerinnen und Bürger, deren Selbstbestimmtheit und Selbstbewußtsein die »Barnimer Bürgerpost« ein Podium geben will.

2.

Der Inhalt der »Barnimer Bürgerpost« wird von ihren Leserinnen und Lesern bestimmt. Die Arbeit der ehrenamtlichen Redaktion beschränkt sich in der Hauptsache auf das Zusammenstellen der Beiträge.
Der Herausgeberverein garantiert die redaktionelle und inhaltliche Unabhängigkeit der Redaktion. Weder der Verein noch Dritte haben das Recht der inhaltlichen Steuerung, der kommerziellen Anpassung oder sprachlichen Direktive.

3.

Jeder namentlich gekennzeichnete Beitrag wird unzensiert und ohne Kommentar veröffentlicht.
Grenzen werden allein vom zur Verfügung stehenden Platz gesetzt.
Keinen Raum in der »Barnimer Bürgerpost« haben rassistische, faschistische und gewaltverherrlichende Äußerungen.

4.

Die Berichterstattung insbesondere über die lokalen Geschehnisse, über die Entscheidungen und Sichtweisen in den kommunalen Parlamenten, erfolgt ohne besondere Rücksichten mit dem Anspruch, kritisch und frech (bei aller gebotenen Kritik aber auch fair) zu sein.

5.

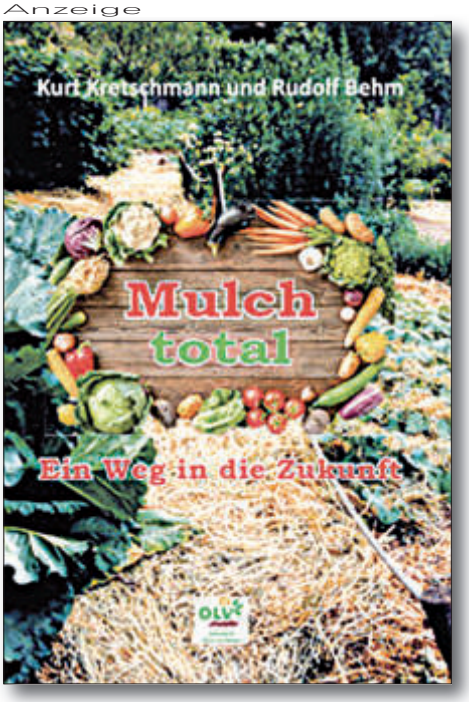
Zum inhaltlichen Spektrum der »Barnimer Bürgerpost« gehören auch Beiträge zur Umwelt, zur Geschichte und Kultur.

Arbeitsgericht Eberswalde macht dicht

»Mehr Bürgernähe« durch Schließung von Standorten

Mit dem Weggang des langjährigen Direktors des Arbeitsgericht Eberswalde Martin Guth Ende 2018 nach Frankfurt/Oder hätte u.a. auch beim Bürgermeister der Stadt Eberswalde klar sein müssen, daß höchste Alarmstufe herrscht und die Tage des Standort Arbeitsgericht Eberswalde gezählt sein könnten.

Anzeige



Ich selbst habe mittels einer Fragestellung im kommunalpolitischen Raum dies zum Thema gemacht. Das wurde vom Eberswalder Bürgermeister FRIEDHELM BOGINSKI (FDP) in seiner bekannten Art und Weise temporär gepaart mit einer Portion Arroganz und Realitätsferne negiert und erneut in die Fabelwelt der Gerüchteküche verwiesen.

Gleiches galt auch für die Mehrheit der *»Großen Koalition der Verwaltungswilligen«* in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung, die zum damaligen Zeitpunkt auch keinen Anlaß zum aktiven Handeln sahen.

Auch in diesen Fall sollte ich mit meiner damaligen Fragestellung und der darin geäußerten Vermutung und Befürchtung einmal mehr Recht behalten. Eine diesbezügliche Aufgeregtheit und gespielte Empörung des Bürgermeisters in der Sitzung des Hauptauschusses am 10. Dezember zu aktuellen Entwicklungen in der Brandenburger Arbeitsgerichtsbarkeit hat eine *»BILD-verdächtige«* Schlagzeile im Barnim-Echo der Märkischen Oderzeitung produziert, die aber mit den Realitäten und Wahrnehmungen in der Eberswalder Bevölkerung wenig in Übereinstimmung zu bringen ist.

Im übrigen sind die Verantwortlichen des DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg und der DGB-Region Ostbrandenburg aktuell in der Sache sprachlos.

CARSTEN ZINN,
fraktionsloser Stadtverordneter in Eberswalde

Hintergrund:

Am 10. Dezember gingen die drei Brandenburger Regierungsfraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen mit einer gemeinsamen Presseerklärung *»zu den Planungen für ein neues Arbeitsgerichtskonzept für das Land Brandenburg«* an die Öffentlichkeit. Was dieses neue Konzept beinhaltet, erfährt man nicht. TINA FISCHER (SPD), DANNY EICHELBAUM (CDU) und BENJAMIN RASCHKE (B90/Grüne) loben indes *»die bessere Erreichbarkeit der Arbeitsgerichte«* und *»mehr Bürgernähe«* durch *»Gerichtstage im ländlichen Raum«*. Nur Raschke läßt etwas mehr gucken durch die Bemerkung, daß Standorte aufgegeben werden. Also: mehr Bürgernähe durch weniger Standorte. Laut nicht offizieller Quelle ist u.a. geplant, das Arbeitsgericht Eberswalde mit dem Arbeitsgericht Frankfurt (Oder) zu fusionieren mit Aufgabe des Standortes Eberswalde.

Bereits am 27. Juni 2019 hatte die Märkische Oderzeitung berichtet, daß sich die Nachbesetzung des nach Weggang von MARTIN GUTH nach Frankfurt (Oder) vakant gewordenen Direktorpostens beim Arbeitsgericht Eberswalde *»in die Länge zieht«*. Seit Guths Weggang fungierte Richter STEFFEN MARX, der schon vorher dessen Vertreter war, als kommissarischer Leiter. Und er ist auch jetzt lediglich *»mit der Wahrnehmung der Aufgaben betraut«*. Die MOZ-Reporterin Viola Petersson schrieb schon 2019 davon, daß man *»hinter den Kulissen immer wieder auch von Plänen der Landesregierung«* höre, *»die Zahl der Standorte [der Arbeitsgerichte] zu reduzieren«*.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- ❑ zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- ❑ Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ❑ ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
  Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (Selbsteinschätzung)
- ❑ Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- ❑ Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim **Vertrieb über einen Zustelldienst** wird eine **Versandkostenpauschale von 9 EURO pro Jahr** erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: ❑ per Bankeinzug ❑ per Rechnung

IBAN BIC Bank

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

❑ Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: *Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde*
(Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)

Frohe Weihnachten, einen besinnlichen Jahreswechsel sowie einen gesunden Rutsch in ein erfolgreiches Jahr 2021 wünschen

Verein und Redaktion der Barnimer Bürgerpost

impressum

*heraus***geber:** Barnimer Bürgerpost e.V.
*an***schrift:** Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
*tele***fon:** (0 33 34) 35 65 42
*e-***mail:** redaktion@barnimer-buergerpost.de
*inter***net:** www.barnimer-buergerpost.de
*redak***tion:** Gerd Markmann
*drucker***ei:** Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088
*redaktions***schluß:** 9. Dezember 2020

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODEBB. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 27. Januar 2021.